



# Investmentfonds-Bericht

Januar 2022



**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

**Schmitz & Cie. GmbH**  
**Individuelle Fondsberatung**

Am Sommerfeld 22  
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20

Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)

[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
**Privates Depotmanagement**

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65

Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)

[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Rückblick auf das Börsenjahr 2021</b>	<b>2</b>
1.1 Aktienmärkte	2
1.2 Rentenmärkte	4
1.3 Devisenmärkte	6
<b>2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds</b>	<b>12</b>
<b>3. Rückblick auf die beiden Schmitz &amp; Partner Fonds</b>	<b>19</b>
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	19
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	20
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	21
<b>4. Ausblick auf aktuelle Themen</b>	<b>23</b>
4.1 Corona-Krise (3. und 4. Welle)	23
4.2 Corona-Krise (5. und n-te Welle)	33
4.3 Staatsverschuldung	45
4.4 Höhere Inflation als politischer Wille	53
4.5 Immobilien	57
4.6 Gold	64
4.7 Nachhaltiges Investieren	67
<b>5. Ausblick auf das Investmentjahr 2022</b>	<b>72</b>
<b>6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln</b>	<b>78</b>



## 1. Rückblick auf das Börsenjahr 2021

### 1.1 Aktienmärkte

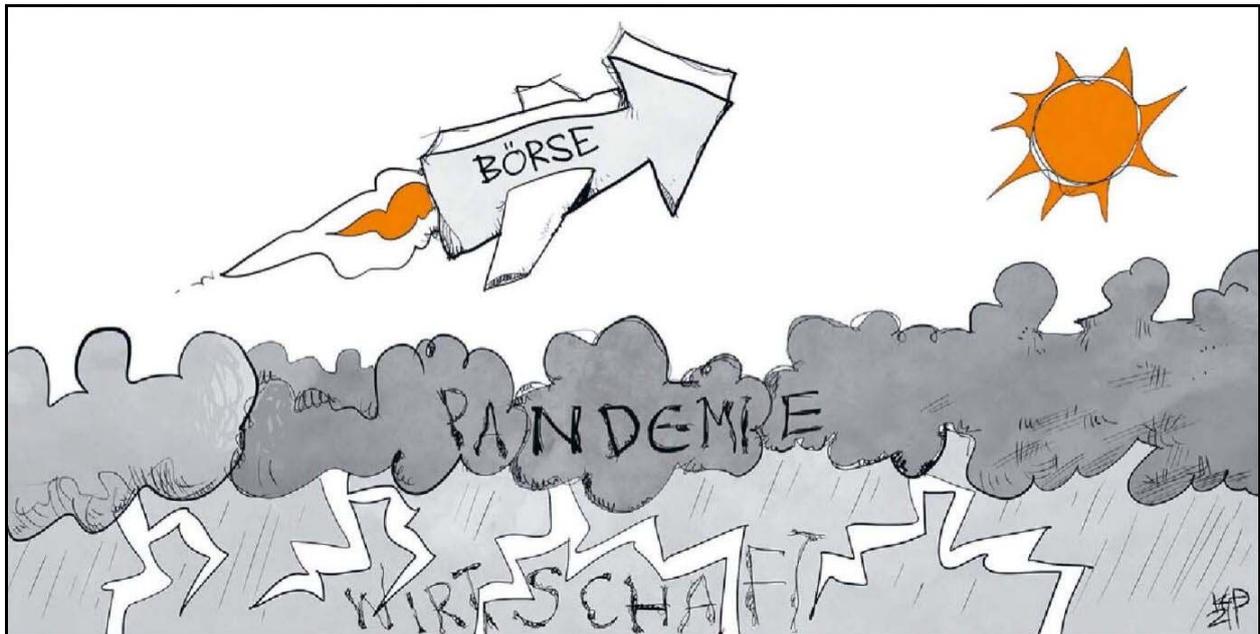
Der **Rückblick auf 2021** ist sehr erfreulich. Fast an allen internationalen Aktienbörsen gab es deutliche Kurssteigerungen. Und für die Aktienindizes – so wie hier der Deutsche Aktienindex DAX – ging es nahezu das ganze Jahr unermüdlich bergauf:



Quelle: *Handelsblatt* vom 25. Mai 2021, Seite 26

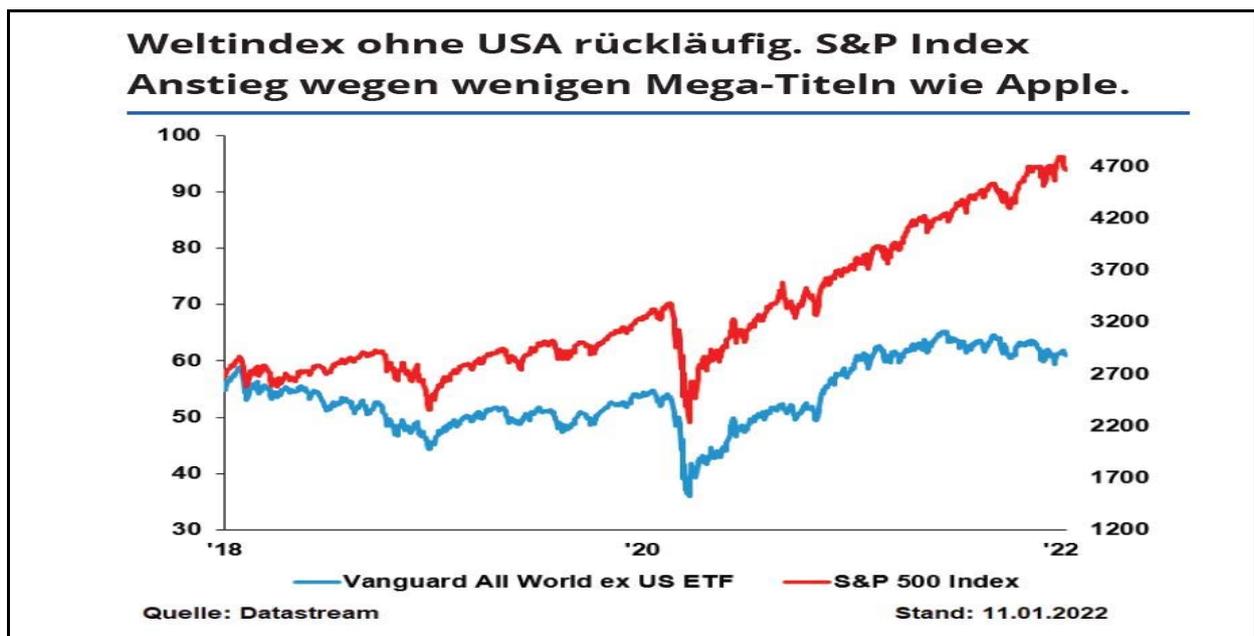
Alle wichtigen **europäischen Aktienbörsen** konnten im vergangenen Jahr Kursgewinne verbuchen. So legten beispielsweise die Aktien in Spanien (*IBEX 35*) um acht Prozent oder in England (*FTSE*) um 14 Prozent zu. Noch stärker kletterten die Aktienkurse in Deutschland (*DAX*) mit einem Gewinn von 16 Prozent, in der Schweiz (*SMI*) mit 20 Prozent oder in Frankreich (*CAC 40*) mit 29 Prozent. Der Spitzenreiter im vergangenen Jahr waren österreichische Aktien (*ATX*) mit einem Kursplus von 39 Prozent!

Europaweit stiegen die Aktienkurse im Durchschnitt (*Euro Stoxx 50*) um 21 Prozent.



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. - 24. Januar 2021, Seite 26

Ganz ähnlich war die Entwicklung in **Übersee**. Auch hier gab es mehrheitlich Kursgewinne: in Japan (*Nikkei 225*) zogen die Kurse um fünf Prozent an und in den USA (*Dow Jones*) kletterten die Aktienkurse um 19 Prozent. Der technologielastige Index (*Nasdaq 100*) stand am Jahresende sogar um 27 Prozent höher als zwölf Monate zuvor. Über die Hälfte des Jahresanstiegs war auf nur fünf Aktien (Microsoft, Apple, Nvidia, Alphabet und Tesla) zurückzuführen. Das war auch der Grund, warum der Welt-Aktienindex 2021 deutlich stieg. Ohne Wall Street (bzw. im Wesentlichen diese fünf Aktien) wäre auch der Weltindex nicht gestiegen:<sup>1</sup>



Quelle: *FINANZWOCHEN* vom 13. Januar 2022, Seite 13

<sup>1</sup> Vgl. *FINANZWOCHEN* vom 2. Dezember 2021, Seite 2 und vom 13. Januar 2022, Seite 1.

Lediglich in China (*SSE 180*) fielen die Aktienkurse um fünf Prozent und in Hongkong (*Hang-Seng*) sogar um 14 Prozent.

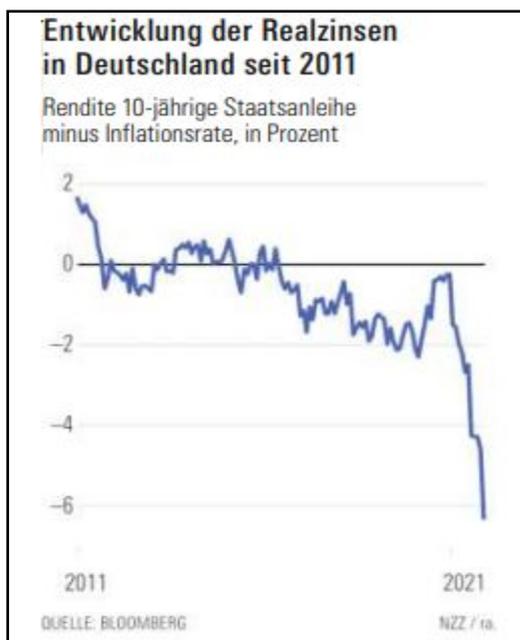
Wer mit seinem Geld im vergangenen Jahr in exotischen Aktienmärkten spekulierte, konnte sich über noch höhere Gewinne freuen. So stiegen die Aktienkurse in Sri Lanka (*Colombo All Share*) um 74 Prozent, in den Vereinigten Arabischen Emiraten (*ADX General*) um 81 Prozent, in Sambia (*Lusaka All Share*) um 109 Prozent und in der Mongolei (*MSE Top 20*) sogar um sagenhafte 147 Prozent!

## 1.2 Rentenmärkte

An den **Rentenmärkten** blieben die Zinssätze auch im abgelaufenen Jahr im Minusbereich. Zum Jahresende lag in der Schweiz die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen bei minus 0,16 Prozent, gegenüber dem Jahresanfangsstand von minus 0,55 Prozent.

Nicht viel anders ist die Situation am deutschen Rentenmarkt. Auch hier liegen die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen zum Jahresende bei minus 0,20 Prozent, nachdem sie zwölf Monate zuvor noch bei minus 0,56 Prozent lagen.

Die Rechnung für einen deutschen Anleger sieht momentan so aus: Bei einem derzeitigen Zins für eine zehnjährige Bundesanleihe von minus 0,2 Prozent und einer aktuellen Inflationsrate von sechs Prozent (siehe hierzu auch Seite 53) ergibt sich eine Realverzinsung von minus 6,2 Prozent<sup>2</sup>:



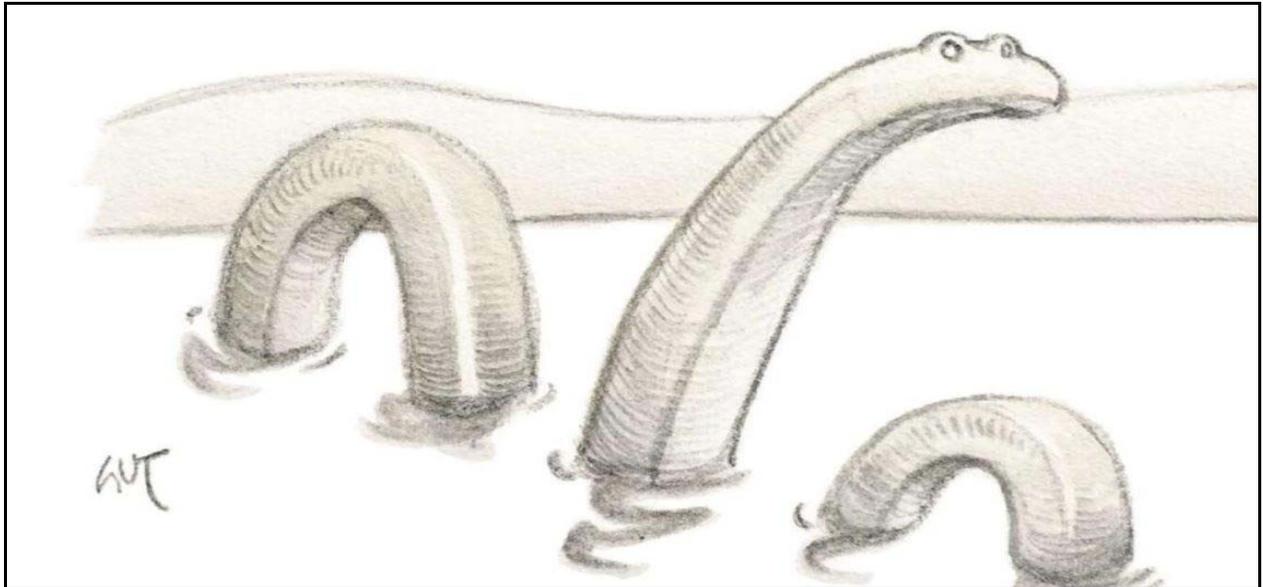
Quelle: NZZ vom 30. Nov. 2021, Seite 25

Erschreckend bei dem Blick auf die links stehende Grafik ist der schnelle und heftige Absturz der Realverzinsung. Bewegten sich die kaufkraftbereinigten Renditen in den letzten zehn Jahren in der Spannbreite von plus zwei Prozent bis minus zwei Prozent, stürzten die realen Zinsen in den letzten Monaten auf unter minus sechs Prozent ab. Zur Verdeutlichung: Bei einer Teuerung von sechs Prozent halbiert sich die Kaufkraft innerhalb von nur zwölf Jahren. Und nach 24 Jahren hat sich die Kaufkraft geviertelt!

Weil das Thema Inflation und stetiger Kaufkraftverlust für Sparer und Anleger eine große Bedeutung in den nächsten Jahren haben wird, gehen wir im weiteren Verlauf dieses Berichtes in Kapitel 4.4 (Höhere Inflation als politischer Wille) noch intensiver auf diese Problematik ein.

<sup>2</sup> Inflationsrate von 6 Prozent abzüglich der Nominalverzinsung der Bundesanleihe von minus 0,2 Prozent, also  $6\% - (-0,2\%) = 6,2\%$  Kaufkraftschwund für den Anleger.

Vorläufig wird sich an der Situation an den Rentenmärkten in Deutschland und in der Schweiz nicht viel ändern. Die Suche nach dem untergegangenen Zins gleicht der Suche am *Loch Ness* – der „Zins-Nessi“ bleibt verschwunden:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Oktober 2021, Seite 21

Während Anleger durch die politisch gewollten Zinssenkungen hunderte von Milliarden Euro einbüßen, profitiert der Staat bei seiner maßlosen Schuldenmacherei durch viel zu niedrige Schuldzinsen. Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.3 (Staatsverschuldung) auf Seite 45.

Der Welt-Anleihe-Index in Euro war im Jahr 2021 per Saldo nahezu unverändert. Dies bedeutet nichts anderes, als dass mit festverzinslichen Wertpapieren im Durchschnitt im abgelaufenen Jahr kein Geld zu verdienen war:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2



### 1.3 Devisenmärkte

Am **Devisenmarkt** fiel der Euro gegenüber dem Schweizer Franken im Jahr 2021 um rund vier Prozent von 1,08 Franken pro Euro auf nur noch knapp 1,04 Franken. Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) insbesondere im letzten Jahr massiv an den Devisenmärkten interveniert hat, damit der schwache Euro nicht noch schwächer wird, geht es aktuell darum „jede Bemerkung zu vermeiden, die Marktteilnehmer dazu bringen könnte, auf einen noch stärkeren Franken zu spekulieren.“<sup>3</sup>



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Seit mehr als zehn Jahren versucht die Schweizerische Nationalbank mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich der Franken gegenüber dem Euro zu stark aufwertet. Im Jahr 2010 begann sie, in großem Stil am Devisenmarkt zu intervenieren – ohne Erfolg. Ein Jahr später setzte die SNB einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro fest, den sie im Januar 2015 dann wieder aufgeben musste. Auch in den Jahren danach trieben Phasen der Unsicherheit an den internationalen Börsen immer wieder Kapital in die Schweiz als sicheren Hafen und ließen den Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufwerten.<sup>4</sup>

Deutlich schwieriger wird es für die Schweizerische Nationalbank jedoch werden, den Schweizer Franken gegenüber dem Euro nicht wieder aufwerten zu lassen, wenn die Inflation im Euroraum weiter spürbar anzieht (siehe hierzu die Ausführungen im weiteren Verlauf dieses Investmentfonds-Berichts). „In diesem Szenario wird der Franken stärker, weil die SNB die Teuerung erfahrungsgemäß besser im Zaum hält als die anderen Notenbanken, womit der Franken mehr Kaufkraft behält.“<sup>5</sup>

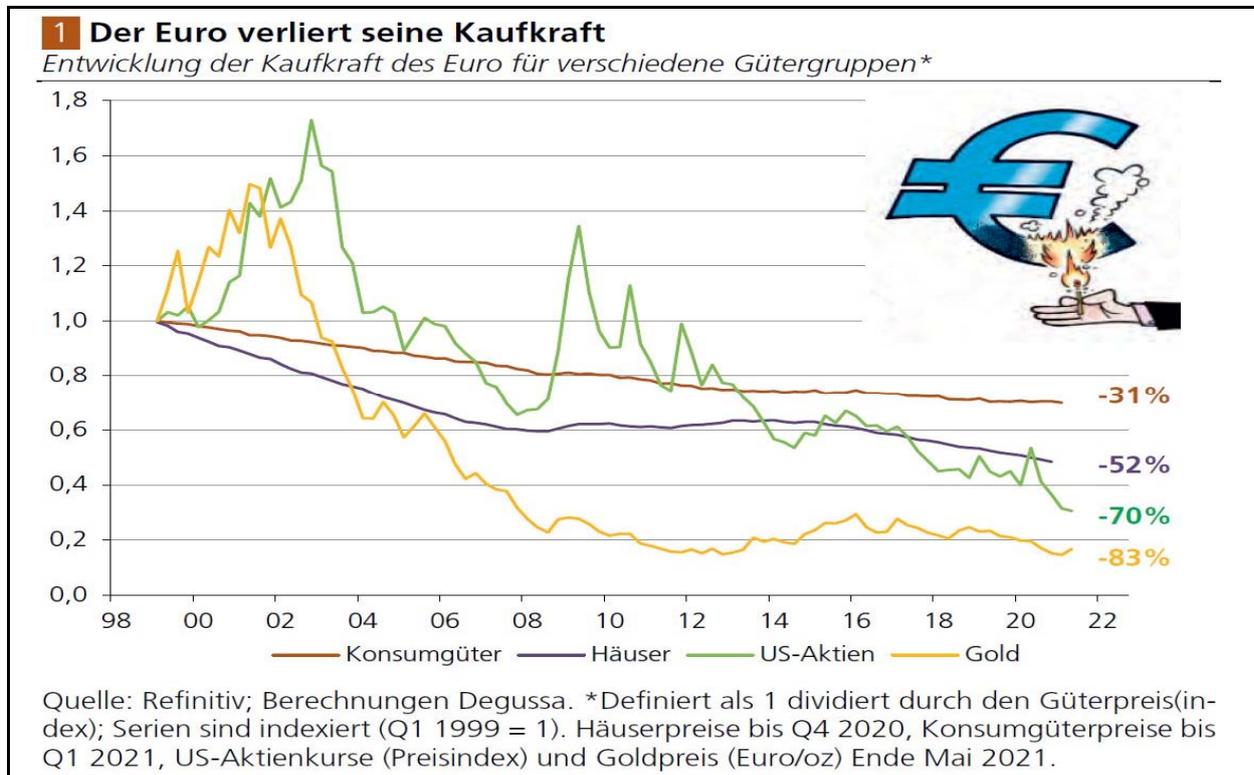
<sup>3</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Juni 2021, Seite 24.

<sup>4</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Juni 2021, Seite 15.

<sup>5</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Juni 2021, Seite 14.



Wie stark der Euro schon jetzt an Kaufkraft eingebüßt hat, und dabei alles andere als „stabil“ ist, wie die Politiker es gerne ihren Bürgern weiszumachen versuchen, zeigt ein Blick auf die folgende Grafik:



Quelle: *Degussa Marktreport*, 2. Juni 2021, Seite 1

Seit seiner Einführung im Jahr 1999 hat der Euro, auf Basis der Konsumgüterpreise gemessen (braune Linie in der Grafik), bis heute 31 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt. Legt man die Häuserpreise im Euroraum zugrunde (lila Linie), betrug der Kaufkraftverlust des Euro 52 Prozent. Vergleicht man die Entwicklung des Euro mit den Kursen amerikanischer Aktien (grüne Linie), beläuft sich der Euro-Kaufkraftverlust auf 70 Prozent. Und gegenüber Gold (gelbe Linie) hat der Euro sogar 83 Prozent seiner Kaufkraft in den letzten gut 20 Jahren verloren.

Zahlreiche – insbesondere deutsche – Politiker wollen ihren Bürgern immer noch erklären, der Euro sei so stark wie es früher die Deutsche Mark war. Das ist vorsätzlicher oder zumindest grob fahrlässiger Unsinn! Denn eine Stärke des Euro ist politisch gar nicht gewollt. „Die dreistelligen jährlichen deutschen Milliarden-Exportüberschüsse, die früher zu entsprechend höheren Währungsreserven führten, sind heute Subventionen für den Euro bzw. den Lebensstandard in den Mittelmeerländern.“<sup>6</sup> *Ulrich Hartmann* schreibt klar und deutlich: „Ein deutscher Ausstieg wäre geboten („Dexit“), um die in-

<sup>6</sup> *FINANZWOCHE* vom 17. Juni 2021, Seite 4.

ländischen Sparer und Steuerzahler vor der Hybris umverteilender Europapolitiker zu schützen.“ Aber: „Das traut sich keine deutsche Regierung.“<sup>7</sup>

Und **der Euro wird in Zukunft weiter an Wert verlieren** – auch und insbesondere gegenüber dem Schweizer Franken. Eine der Ursachen ist der dramatische Anstieg der Staatsschulden. Diese Entwicklung ist zwar weltweit zu beobachten, aber es gibt lobenswerte Ausnahmen: So weisen zum Beispiel die Schweiz und Norwegen – im Vergleich zum Euroraum oder zur USA – sehr viel geringere Staatsschulden aus. Dies ist einer der Gründe, warum wir von *Schmitz & Partner* in den von uns verwalteten individuellen Kundendepots und in den beiden von uns verantworteten *Schmitz & Partner* Fonds nur wenig in den Währungen Euro und US-Dollar investiert sind, dafür aber umso mehr Wertpapiere in Schweizer Franken und norwegischen Kronen halten. Vergleiche hierzu auch in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) den Artikel „Franken als Stabilitätsanker“ auf Seite 72.

Die schwache Entwicklung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken ist nicht nur im Jahr 2021 zu beobachten gewesen, sie ist inzwischen fast zur Regel geworden. Es ist eine Fortsetzung des seit vielen Jahren anhaltenden Trends. Und ebenfalls seit vielen Jahren stemmt sich die *Schweizerische Nationalbank* SNB mit massiven Interventionen am Devisenmarkt gegen eine weitere, zu starke und vor allem zu schnelle Aufwertung des Franken. Denn für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft ist ein zu starker Franken nachteilig, weil er die zu verkaufenden Waren für das Ausland verteuert (das Ausland muss mehr Geld in ausländischer Währung für den selben Preis in Schweizer Franken bezahlen) und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen beeinträchtigt. Daher gehört es seit vielen Jahren zu den Grundübungen der Schweizerischen Nationalbank, sich durch Interventionen am Devisenmarkt einer allzu starken Aufwertung der heimischen Währung entgegenzustellen.<sup>8</sup> Oder anders formuliert: Ohne die kräftigen Interventionen der Schweizerischen Nationalbank stünde der Euro noch tiefer und der Schweizer Franken entsprechend höher.

Auf lange Sicht sei der Abwehrkampf der Schweizerischen Nationalbank jedoch nicht zu gewinnen, meint die *Neue Zürcher Zeitung*: „Es zeigt sich immer deutlicher: **Die EZB betreibt eine Weichwährungspolitik.** Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, die den Außenwert und die Kaufkraft ihres Geldes schmelzen sehen.“<sup>9</sup> Und der *Degussa Marktreport* spannt den Bogen noch weiter und schreibt klar und deutlich: „Die unmissverständliche Botschaft hinter dem Rückzug von Bundesbankpräsident *Jens*

---

<sup>7</sup> Ulrich Horstmann: Die digitale Währungsreform kommt! Lockdown und Pandemie beschleunigen unsere Enteignung. Wie Sie sich und Ihr Vermögen schützen können, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2021, Seite 43.

<sup>8</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Dezember 2021, Seite 23. In dem Artikel „Schwacher Euro, starker Franken“ wird dargelegt, dass es der Schweizerischen Nationalbank bei den Devisenmarktinterventionen „vornehmlich um eine Glättung der Aufwärtsbewegung gegenüber dem Euro“ geht. Über die Jahre habe sie so durch Käufe der Schwachwährungen Dollar und Euro „einen gewaltigen Devisenbestand von mehr als 950 Milliarden Franken angehäuft.“ Aber die Erkenntnis bleibt unverändert: „Dass der Franken erstarkt, ist vor allem das Ergebnis der allgemeinen Schwäche des Euro.“

<sup>9</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. November 2021, Seite 22, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*



**Weidmann** lautet: **Die Europäische Zentralbank (EZB) macht den Euro zur Weichwährung.** Es ist allerhöchste Zeit, dem Projekt den Rücken zu kehren.<sup>10</sup>

Die Nachricht von Mitte Oktober, dass Jens Weidmann lange vor dem Ende seiner noch bis 2027 laufenden Amtszeit zum Ende des Jahres 2021 als Bundesbankpräsident zurücktritt, hat viele in Politik und Wirtschaft überrascht. Zehn Jahre lang kämpfte der Notenbanker für eine maßvolle Geld- und Schuldenpolitik. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, *Christian Sewing*, schreibt über Weidmann: „Er verkörperte so etwas wie ein geldpolitisches Gewissen der Bundesbank in Europa.“<sup>11</sup> Und Professor *Hans-Werner Sinn* sagt in einem Interview: „Weidmann war ein guter Mann. Er hat sich jahrelang vergebens abgekämpft. Er hatte im EZB-Rat aber nur eine Stimme, genauso wie der maltesische Notenbankpräsident. Kalt lächelnd wurde er jahrelang von den romanischen Ländern übergangen.“<sup>12</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 21. Oktober 2021, Seite 24

<sup>10</sup> *Degussa Marktreport* vom 4. November 2021, Seite 11, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Der Beitrag „Es ist Zeit für den Ausstieg“ (Seite 11 - 12) sieht die Gründe für den Rückzug von Jens Weidmann in einer Reihe mit den Rücktritten von Bundesbankpräsident *Axel Weber* (2011), von Chefvolkswirt der EZB *Jürgen Stark* (2011) und vom Mitglied des EZB-Direktoriums *Sabine Lautenschläger* (2019). „Sie alle sahen ganz offensichtlich, dass sie keine Möglichkeit mehr hatten, die EZB auf ‚Stabilitätskurs‘ zu halten, zu verhindern, dass die EZB-Geldpolitik außer Rand und Band gerät.“ (Seite 11) Der Artikel kommt zu dem Fazit: „Für die Deutschen ist es allerhöchste Zeit, dem ruinösen Euro den Rücken zu kehren.“ (Seite 12)

Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. Dezember 2021 witzelt auf Seite 19: „Die Geschichte von Bundesbank-Vertretern in der Europäischen Zentralbank (EZB) ist längst auch eine Geschichte von Rücktritten. In der EZB wird schon darüber gespottet, dass die Deutschen immer vorzeitig aus dem Amt scheidet würden; selbst der deutsche Papst in Rom habe den Heiligen Stuhl vorzeitig geräumt, feixen nicht zuletzt die Italiener in der EZB.“

<sup>11</sup> *Handelsblatt* vom 17. - 19. Dezember 2021, Seite 52.

<sup>12</sup> Hans-Werner Sinn im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 17. - 19. Dezember 2021, Seite 58 - 59, hier Seite 59.



Nach der Bundestagswahl Ende September „sei Weidmann bewusst geworden, dass ihm für die kommenden Jahre die politische Rückendeckung fehlen werde.“<sup>13</sup> Und konsequenterweise ist Weidmann dann sechs Jahre vor Ablauf seines Vertrages auch von der Spitze der Bundesbank zurückgetreten. Drei Tage vor Heiligabend überreichte Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier* im Schloss Bellevue in Berlin Jens Weidmann die Entlassungsurkunde.<sup>14</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* sieht schon Ungemach aufziehen: „... je weiter sich die EZB von ihrem ursprünglichen Vorbild Bundesbank entfernt, umso kostspieliger wird es. **Und der Währungsunion dürfte wohl eher früher als später eine erneute Zerreisprobe bevorstehen.**“<sup>15</sup> Ob *Joachim Nagel* als Nachfolger von Jens Weidmann dessen straffen geldpolitischen Kurs als Bundesbankpräsident fortsetzen wird – oder ob es einen Richtungswechsel zu einer noch weicheren Geldpolitik und einem noch schwächeren Euro geben wird – werden wir bald erfahren.<sup>16</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2021, Seite 16

Die Wahrscheinlichkeit aus der Sicht von *Schmitz & Cie.* ist groß, dass das Pendel weiter Richtung Inflation ausschlagen wird. Das *Handelsblatt* titelt bereits: „Weidmann wird fehlen – Sein Nachfolger wird es schwer haben, die Geldwertstabilität in Europa

<sup>13</sup> *WirtschaftsWoche* vom 22. Oktober 2021, Seite 38. Für das Wirtschaftsmagazin ist damit klar: „In der EZB werden die Vertreter einer expansiven Geldpolitik noch mächtiger.“ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titulierte Nagel schon als „Der neue Inflationsbekämpfer“, vgl. Ausgabe vom 21. Dezember 2021, Seite 15.

<sup>14</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2021, Seite 46.

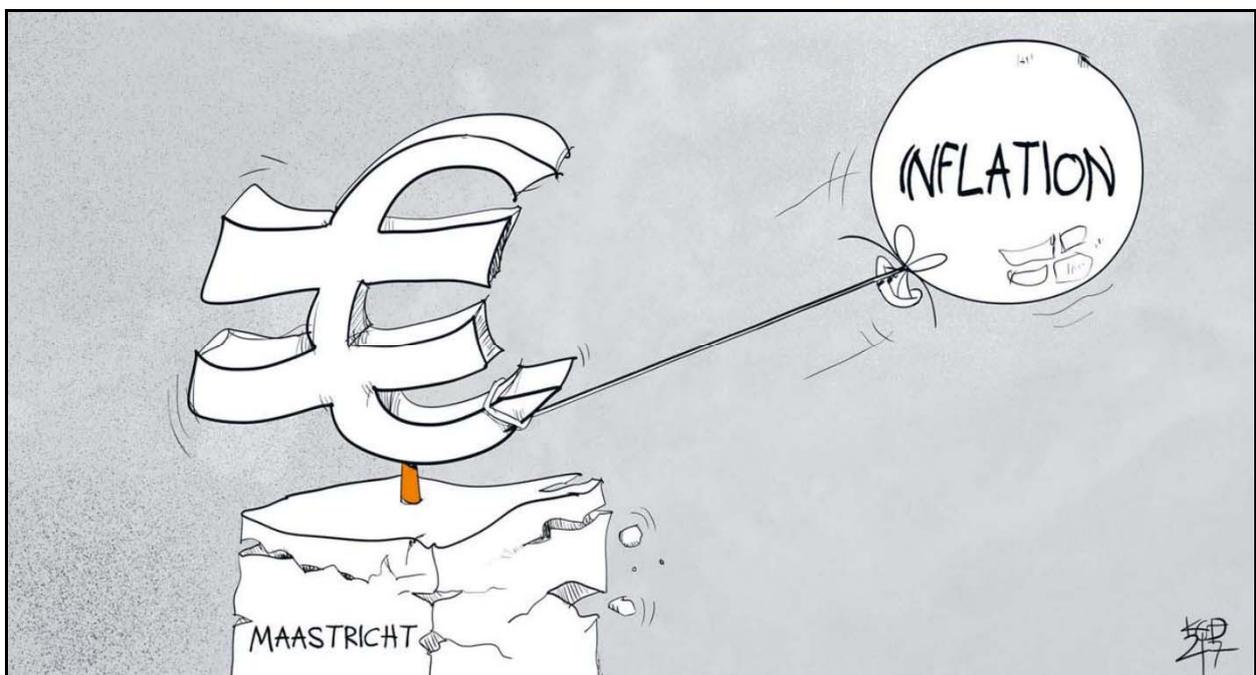
<sup>15</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Oktober 2021, Seite 20.

<sup>16</sup> Vgl. zu dem neuen Bundesbankpräsidenten Joachim Nagel auch den Artikel „Ein gemäßigter Geldpolitiker mit Erfahrung im Dschungel“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21. Dezember 2021, Seite 20.



durchzusetzen.“<sup>17</sup> Und *Hans-Olaf Henkel* schrieb schon vor der Ernennung von Joachim Nagel: „Es ist also ziemlich egal, wer Nachfolger Jens Weidmanns wird. In der EZB wird ein neuer, fiskalisch leichtfüßiger Präsident der Bundesbank allzu gern Teil der Mehrheit sein wollen; wird es ein stabilitätsorientierter Präsident, so wie Jens Weidmann es war, wird er auf verlorenem Posten sein.“<sup>18</sup>

Und zusammen mit einer höheren Inflation wird auch der Euro weiter schwach bleiben – insbesondere gegenüber dem Schweizer Franken. *Robert Halver* formuliert sehr treffend: „‘Schöne’ neue Währungswelt: **ein schwacher Euro ist für unsere (Geld-)Politiker ein guter Euro.**“<sup>19</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 9. - 11. Juli 2021, Seite 28

Wir von *Schmitz & Partner* rechnen mit einem **weiteren Kurs- und Wertverfall des Euro** in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft in den von uns gemanagten Wertpapierdepots unserer Kunden und in den beiden von uns verantworteten *Schmitz & Partner Investmentfonds* den jeweiligen Währungsanteil in Euro tendenziell niedrig halten. Im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* betrug der Euroanteil zum Ende des Jahres 2021 beispielsweise nur knapp 20 Prozent. Der Währungsanteil im Schweizer Franken hingegen lag bei 33 Prozent.

<sup>17</sup> *Handelsblatt* vom 22. Dezember 2021, Seite 16. Die Zeitung prophezeit eine Fortsetzung des Streits über die Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank und schreibt: „Man darf gespannt sein, wie hoch die Frustrationstoleranz von Weidmanns Nachfolger Joachim Nagel ist.“

<sup>18</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. November 2021, Seite 6. Henkel ist Politiker und Publizist. Er war zuvor unter anderem Manager bei IBM, Präsident des BDI sowie Präsident der Leibniz-Gemeinschaft.

<sup>19</sup> Robert Halver: „Europa scheint keinen starken Euro mehr haben zu wollen“ vom 11. November 2021, abrufbar unter: <https://www.dasinvestment.com/robert-halver-europa-scheint-keinen-starken-euro-mehr-zu-wollen/>, Hervorhebung von *Schmitz & Partner*. Halver leitet die Kapitalmarktanalyse der *Baader Bank*.



## 2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots für die von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenen Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger.

Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte **die sehr niedrigen Schwankungsrisiken der beiden *Schmitz & Partner Fonds***, sowohl über ein Jahr als auch über drei Jahre, die deutlich besser sind als die Risikowerte von allen anderen hier aufgeführten Aktienfonds. Wer also in **risikoarme Aktienanlagen** investieren möchte, der kommt an den beiden *Schmitz & Partner Fonds* nicht vorbei!

Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die Zielfonds, die per Ende 2021 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* als Beimischung neben den zahlreichen Einzelaktien enthalten sind, sowie die Fonds, die – ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln – Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 6.31.2* entnommen.

	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
<i>Internationale Aktienmärkte:</i>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Carmignac Investissement	4,7 / 15,6 %	76,7 / 18,5 %	55,9 %
Comgest Growth Japan *	-3,6 / 16,7 %	61,1 / 18,4 %	93,0 %
Fidelity European Growth Fund	20,3 / 11,7 %	38,2 / 19,3 %	25,2 %
Franklin Mutual European Fund	19,0 / 12,2 %	26,6 / 23,1 %	14,5 %
ISHSIII-Core Japan *	0,2 / 14,8 %	37,0 / 18,5 %	47,4 %
Lingohr-Systematic-LBB-Invest	22,3 / 11,5 %	26,1 / 18,9 %	6,3 %
M & G Global Themes	29,5 / 10,2 %	79,8 / 15,9 %	77,8 %
<b>Schmitz &amp; Partner Global Defensiv</b>	<b>7,6 / 6,3 %<sup>20</sup></b>	<b>27,4 / 9,5 %</b>	<b>13,8 %</b>
<b>Schmitz &amp; Partner Global Offensiv</b>	<b>12,8 / 9,5 %</b>	<b>32,5 / 11,4 %</b>	<b>33,2 %</b>
Templeton Growth (Euro) Fund	12,7 / 12,6 %	24,3 / 16,7 %	12,4 %

<sup>20</sup> Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betragen 14,1 Prozent (2020), 5,9 Prozent (2019), 6,2 Prozent (2018), 5,7 Prozent (2017), 5,2 Prozent (2016), 10,9 Prozent (2015), 5,5 Prozent (2014), 5,3 Prozent (2013), 5,2 Prozent (2012), 8,0 Prozent (2011), 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008). Damit lag das durchschnittliche Risiko in den letzten 13 Jahren beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds lediglich bei gerade einmal 6,0 Prozent!



	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
<b>Schwellenländer:</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Aberdeen Global-Asian Smaller *	11,9 / 9,4 %	47,1 / 27,9 %	58,3 %
iShares MSCI China *	3,3 / 20,4 %	101,6 / 24,4 %	90,1 %
Fidelity Emerging Markets Fund	1,0 / 16,8 %	69,5 / 20,0 %	91,4 %
Global Advantage Emerging Markets	10,3 / 12,6 %	32,7 / 16,4 %	36,5 %
Lingohr-Asien-Systematic-LBB-Invest	13,3 / 12,0 %	16,4 / 16,6 %	9,3 %
Templeton Asian Growth Fund	-2,2 / 18,3 %	41,3 / 20,9 %	30,5 %
Templeton Emerging Markets Fund	-5,3 / 17,7 %	42,8 / 21,6 %	63,9 %
Templeton Frontier Markets Fund	36,2 / 35,3 %	33,8 / 27,3 %	20,2 %
<b>Internationale Bondmärkte:</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Acatis IfK Value Renten	2,1 / 5,3 %	11,3 / 7,4 %	-10,0 %
StarCapital Bondvalue	-0,6 / 1,9 %	3,7 / 2,7 %	-5,3 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	-3,1 / 1,8 %	-13,5 / 3,4 %	-16,4 %
Templeton Global Total Return **	2,8 / 3,0 %	-10,8 / 9,4 %	-15,8 %
<b>Sonstige Fonds:</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Zürcher Kantonalbank Gold ETF	-1,0 / 12,1 %	28,1 / 13,2 %	37,3 %
Zürcher Kantonalbank Silber ETF	-10,2 / 24,8 %	33,8 / 26,7 %	24,7 %

Die mit Sternchen (\*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2021 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (\*\*) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2021 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.



Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist der *Templeton Growth Fund*, zunächst in Form des seit dem 29. November 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*, den es seit dem 9. August 2000 gibt.

Dieser Fonds eignet sich mehr denn je für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Das Fondsmanagement des *Templeton Growth Fund* verfolgt eine wertorientierte Anlagestrategie. Dabei identifiziert das Templeton-Team um den seit Beginn des Jahres 2020 agierenden Fondsmanager *Peter Moeschter*, dem Nachfolger von *Norman Boersma*, weltweit unterbewertete Qualitätsaktien, in die es konsequent investiert. Im Gegensatz zu vielen Investoren, die sich an Prognosen und kurzfristigen Trends orientieren, geht das Fondsmanagement antizyklisch vor – kauft also in Zeiten des größten Pessimismus und verkauft in Zeiten des größten Optimismus.

*Sir John Templeton* (Fondsmanager von 1954 - 1986) brachte diese charakteristische Vorgehensweise des Fonds auf die schöne Formel: „Wollen Sie eine bessere Performance als die breite Masse, dann müssen Sie auch anders vorgehen als die breite Masse.“<sup>21</sup> Das *Handelsblatt* schreibt in einem Artikel über John Templeton: „Euphorie unter den Investoren war für ihn eher ein Anlass zum Verkauf, sehr großer Pessimismus eher ein Grund, um zuzukaufen.“<sup>22</sup> Als „Schnäppchenjäger“ investiert der Fonds so gezielt in Aktien, die nach Meinung des Fondsmanagements unterbewertet sind und ein großes Wachstumspotenzial aufweisen.

Wer in kurzer und prägnanter Form mehr über John Templeton erfahren möchte und wissen will, warum seine Vorgehensweise an der Börse auch in heutiger Zeit noch Mehrwert für die Anleger schafft, dem sei ein vor einem Jahr erschienenenes Büchlein empfohlen: „Alles, was Sie über John Templeton wissen müssen. Der genialste Stockpicker aller Zeiten auf gerade mal 100 Seiten.“<sup>23</sup>

Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit inzwischen über 60 Jahren erfolgreich bewährt:

---

<sup>21</sup> Zitiert aus der Titelstory „60 Jahre Templeton Growth“ in der Dezember Ausgabe 2014 der Zeitschrift *DAS INVESTMENT*, Seite 26 - 33, hier Seite 27.

<sup>22</sup> *Handelsblatt* vom 23. - 27. Dezember 2020, Seite 38. In dem Artikel „Erfolgreich gegen den Strom“ erklärt der Autor *Ingo Narat*, warum John Templeton sich bei seinen Anlageentscheidungen nicht von Emotionen leiten ließ und wieso er bewusst Abstand von der Wall Street hielt.

<sup>23</sup> Das Büchlein stammt aus der Feder von *Rolf Morrien* und *Heinz Vinkelau* und ist im FinanzBuch Verlag, München 2020, erschienen.



TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

## Das Templeton Erfolgsprinzip

### Weltweit profitieren

Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.

### Werte suchen

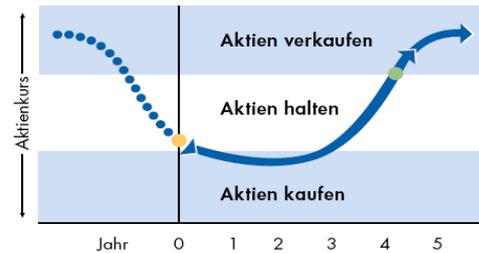
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

### Warten können

Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

### Bottom-Up-Ansatz

Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.



- Aktie kommt auf Templeton Kaufliste
- Fairer Aktienkurs erreicht

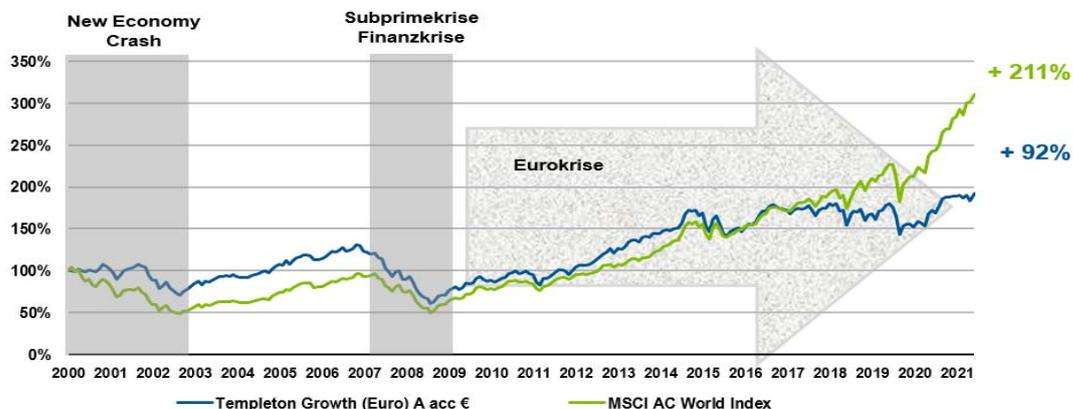


Die nachfolgende Grafik zeigt, wie sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* (im Schaubild als blaue Linie dargestellt) im Vergleich zum Weltaktienindex (grüne Linie) seit seinem Bestehen im Jahr 2000 entwickelt hat. Die beiden grau unterlegten Zeitphasen symbolisieren den Crash am Neuen Markt und die Finanzkrise:

## Verlust- und Erholungsphasen der letzten 20 Jahre



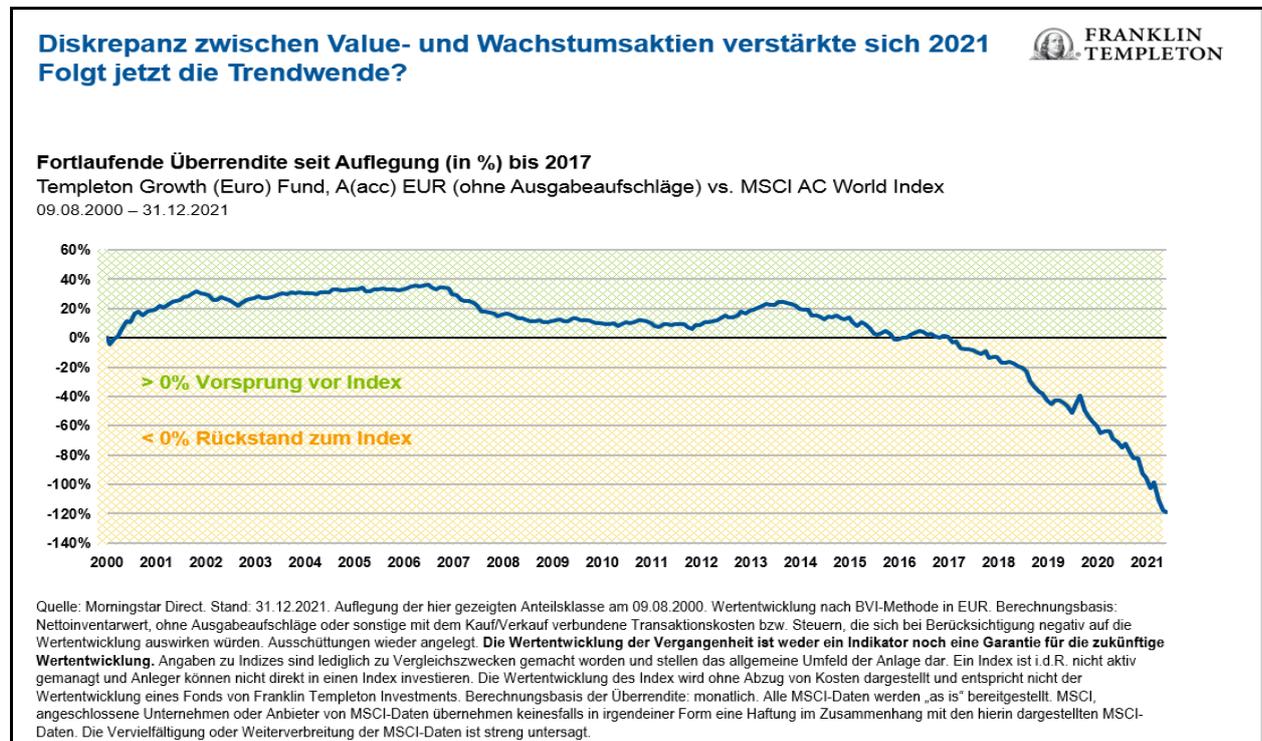
Templeton Growth (Euro) Fund vs. MSCI AC World Index  
09.08.2000 – 31.12.2021



Quelle: Morningstar Direct. Stand: 31.12.2021. Auflegung der hier gezeigten Anteilsklasse am 09.08.2000. Wertentwicklung nach BVI-Methode in EUR. Berechnungsbasis: Nettoinventarwert, ohne Ausgabeaufschläge oder sonstige mit dem Kauf/Verkauf verbundene Transaktionskosten bzw. Steuern, die sich bei Berücksichtigung negativ auf die Wertentwicklung auswirken würden. Ausschüttungen wieder angelegt. **Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist weder ein Indikator noch eine Garantie für die zukünftige Wertentwicklung.** Angaben zu Indizes sind lediglich zu Vergleichszwecken gemacht worden und stellen das allgemeine Umfeld der Anlage dar. Ein Index ist i.d.R. nicht aktiv gemanagt und Anleger können nicht direkt in einen Index investieren. Die Wertentwicklung des Index wird ohne Abzug von Kosten dargestellt und entspricht nicht der Wertentwicklung eines Fonds von Franklin Templeton Investments.



Von Beginn an hatte sich der *Templeton Growth (Euro) Fund* gegenüber seinem Vergleichsindex, dem Weltaktienindex, eine Outperformance erarbeitet. Den Vorsprung zum Index hat der Fonds allerdings vor vier Jahren – zum ersten Mal seit 17 Jahren – eingebüßt:



Das lag in erster Linie daran, dass sich in den letzten Jahren die Value-Aktien (die der *Templeton Growth (Euro) Fund* mehrheitlich in seinem Portfolio hält) schlechter entwickelt haben als die Wachstumsaktien. Aber das ist die Ausnahme! Denn: „In den vergangenen 100 Jahren waren Value-Aktien während rund 80 % der Zeit in der Wertentwicklung besser als teure Wachstumsaktien.“<sup>24</sup> Ohne die fünf größten Technologiewerte wäre im Jahr 2021 übrigens der Weltaktienindex gefallen und nicht gestiegen (siehe die untere Grafik auf Seite 3)!

Wie unsinnig hoch die Börsenbewertung vieler Technologieaktien inzwischen durch die Kurssteigerungen der vergangenen Jahre geworden ist, zeigt sehr schön das spektakuläre Beispiel des amerikanischen Elektrofahrzeugherstellers Tesla. Das Unternehmen gilt nicht mehr als normaler Autobauer, sondern stattdessen als Technologiefirma.

Interessant ist ebenfalls, wie stark sich inzwischen die Schere zwischen den wenigen favorisierten Wachstumswerten und der zurückgebliebenen großen Masse der restlichen Aktien noch weiter auf eine bisher nie dagewesene Art und Weise ausgedehnt hat. So wird beispielsweise Apple inzwischen mit 3.000 Milliarden US-Dollar bewertet. Das entspricht in etwa der Börsenkapitalisierung der 100 größten im FAZ-Index enthaltenen

<sup>24</sup> FINANZWOCHE vom 12. Dezember 2019, Seite 1.

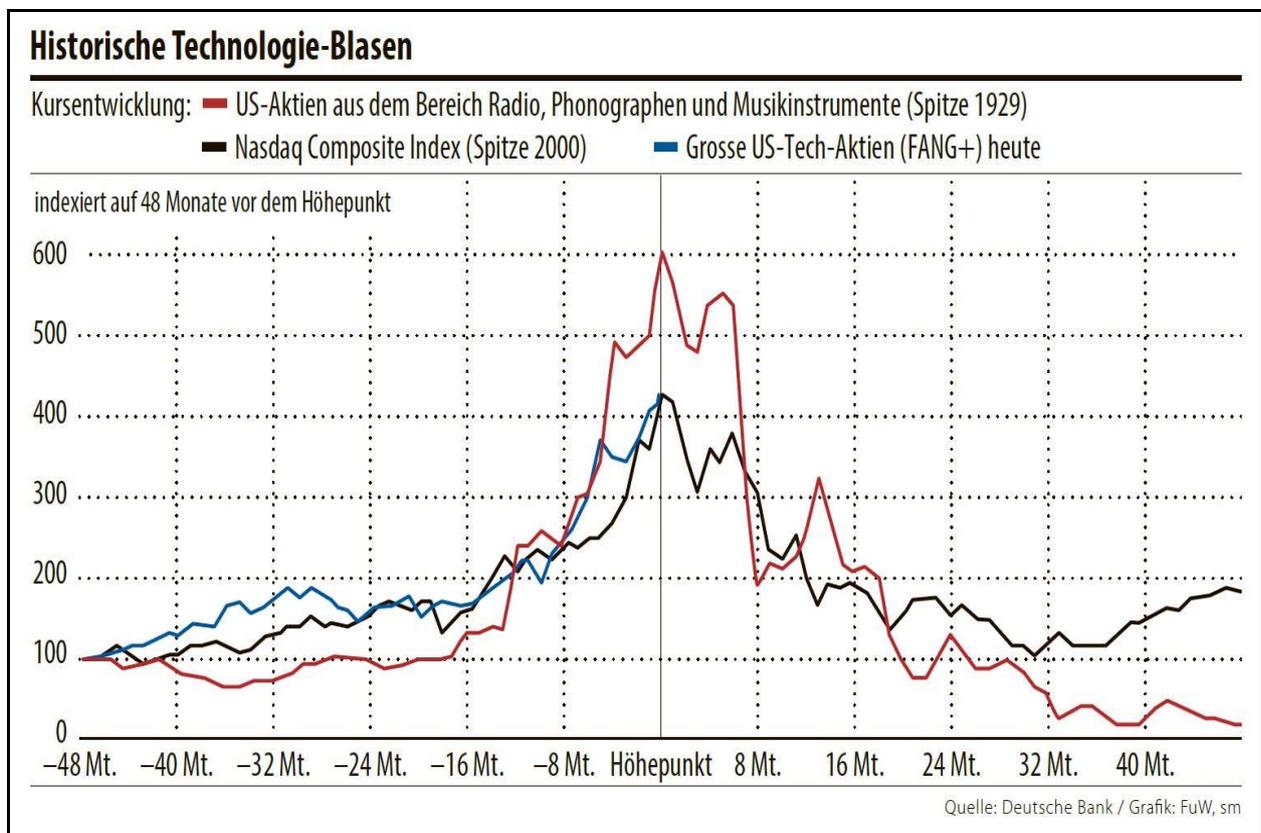


deutschen Unternehmen, dem 1,5 fachen aller 40 Aktien im DAX<sup>25</sup> oder auch mehr als der Wert aller britischen Aktien zusammen.<sup>26</sup> Und Tesla bringt 1.150 Milliarden US-Dollar auf die Waage, während die deutschen Autobauer BMW, Daimler und VW zusammen weniger als 300 Milliarden US-Dollar wert sind.

Zweifellos sind Apple, Tesla und Konsorten hervorragende Unternehmen und in fast allen Aktiendepots inzwischen auch prominent vertreten - übrigens auch in den besonders beliebten ETFs auf US-Aktien oder den MSCI-World, in dem US-Aktien mit einer Gewichtung von deutlich über 60 Prozent ohnehin ein Klumpenrisiko bilden.

Die erfahrenen Börsianer unter den Lesern werden sich noch an eine ähnliche Situation ab dem Jahr 1968 erinnern. Auch damals waren 50 alternativlose Wachstumsaktien die großen Renner (die berühmten „Nifty-Fifty“), denen ganz offensichtlich die Zukunft gehörte und deren Kurse jahrelang nur eine Richtung kannten. Bis sie sich 1973 im Rahmen der Ölkrise pulverisierten und größtenteils nie mehr erholten.

Und vielleicht wiederholt sich ja die Geschichte und wir stehen mit den US-Technologieaktien (blaue Linie in der unteren Grafik) heute an einem ähnlichen Wendepunkt wie in der Vergangenheit mit der Dotcom-Blase (schwarze Linie) oder mit dem Hype vor dem großen Börsencrash 1929 (rote Linie):



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 13. Februar 2021, Seite 17

<sup>25</sup> Vgl. *Flossbach von Storch*, Kapitalmarktbericht 2021 vom 7. Januar 2022, Seite 7.

<sup>26</sup> Vgl. *FINANZWOCHE* vom 13. Januar 2022, Seite 1.



Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind froh, dass das Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe bei der Auswahl der Aktien für den *Templeton Growth (Euro) Fund* sich weiterhin nicht von dem Hype bei den Technologieaktien anstecken lässt und nach wie vor auf unterbewertete und werthaltige Aktien setzt.



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. September 2021, Seite 26

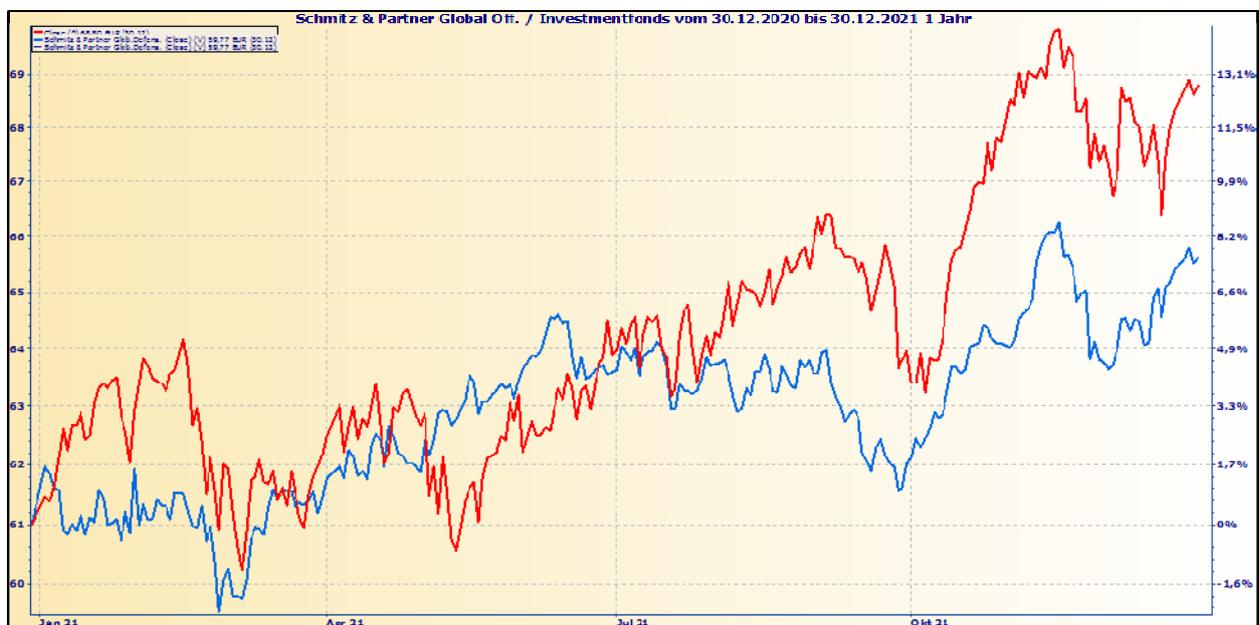
Auch wenn das bedeutet, dass es dadurch für einen begrenzten Zeitraum einen Performance-Rückstand zu überbewerteten und riskanten Wachstumstiteln gibt.



### 3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds

#### 3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds (in der folgenden Grafik der **rote Kurvenverlauf**) verbuchte im Börsenjahr 2021 (nach einem Gewinn von 8 Prozent im Jahre 2020 und einem Gewinn von 9,3 Prozent im Jahr 2019) wiederum ein sehr erfreuliches Ergebnis: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von lediglich 9,5 Prozent (weniger als das Schwankungsrisiko des Weltaktienindex) **gewann er 12,8 Prozent.**



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Im Laufe der letzten zwölf Monate hat sich die Investitionsquote des Fonds durch Zukäufe von Aktien von knapp 80 Prozent zu Beginn des Jahres auf rund 85 Prozent erhöht.

Neu erworben hat der Fonds im vergangenen Jahr (in alphabetischer Reihenfolge) Aktien von *Interroll* (das Schweizer Unternehmen aus dem schönen Tessin ist ein führendes Logistikunternehmen, das vom weiter boomenden Online-Handel profitiert), *Samsung Electronics* (der südkoreanische Konzern ist der weltweit bedeutendste Produzent von Speicher-Chips und LCD-Fernsehern) und *Taiwan Semiconductor* (Weltmarktführer für logische Chips und nach Samsung und Intel der weltweit drittgrößte Halbleiterhersteller).

Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien, Aktien aus dem Bereich der Nachhaltigkeit (Sonnenenergie, Wasserstoff, Recycling usw.) mit einem Anteil von 18 Prozent sowie (in einer Größenordnung von 14 Prozent) Aktien und Aktienfonds aus der Region Asien, und hier insbesondere aus China und aus Japan.



### 3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds (in der Grafik die **blaue Linie**) wies (nach einem Gewinn von knapp 4 Prozent im Jahr 2020 und dem hervorragenden Ergebnis von 14 Prozent im Jahr 2019) im Börsenjahr 2021 bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von lediglich 6,3 Prozent im Jahresdurchschnitt diesmal einen sehr erfreulichen **Gewinn von 7,6 Prozent** aus.

Im Laufe der letzten zwölf Monate lag die Investitionsquote des Fonds wenig verändert bei rund 75 Prozent. Der Anteil der Einzelaktien betrug 46 Prozent. Festverzinsliche Wertpapiere sind mit rund drei Prozent im Fonds vorhanden und der Anteil von Rentenfonds liegt bei sieben Prozent. Der Euroanteil betrug zum Jahresende nur knapp 20 Prozent. Ungefähr die Hälfte des Fondsvermögens ist in den defensiven Währungen Schweizer Franken (33 Prozent) und norwegische Kronen (15 Prozent) investiert sowie darüber hinaus in kanadische Dollar (sieben Prozent), englische Pfund (drei Prozent) und dänische Kronen (drei Prozent) angelegt. Der an 100 Prozent fehlende Währungsanteil ist in den Edelmetallen Gold und Silber (20 Prozent) investiert und somit keiner Währung direkt zuzurechnen.

Neben der Aktienquote von 46 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen Gold- und Silberbestände mit rund 20 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen festverzinsliche Wertpapiere und Rentenfonds mit rund zehn Prozent.

Hervorragende Erwähnungen und Bewertungen hat im Jahr 2021 zum wiederholten Mal der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Medien erhalten. So ist der Fonds zum Beispiel in „Deutschlands größter Fonds-Statistik“ (Mai 2021, Seite 115) mit Platz 12 von fast 400 Fonds im 3-Jahres-Vergleich zu finden. Oder auch in „fondsprofessionell“ (2. Quartal 2021, Seite 98 - 99), in dem der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds im Ranking über drei Jahren die zweithöchste Überrendite aller beobachteten Investmentfonds in der Kategorie defensiv ausweist. Und in der Juli-Ausgabe vom *Smart-Investor* (Seite 30) „liegt der Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds über drei Jahre mit einem Wertzuwachs von 23,4 % auf Rang 5 von über 600 Fonds in der Kategorie Mischfonds defensiv Welt.“ Mit anderen Worten: **Mehr als 99 Prozent aller anderen Fonds haben in den letzten drei Jahren schlechter abgeschnitten als der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds!**

In der Studie „Die besten defensiven Mischfonds der vergangenen drei Jahre“ vom *TiAM FundResearch* 19/2021 auf Seite 7 liegt der Fonds auf Platz 3 von über einhundert Fonds. In einer anderen Statistik (vgl. „fondsprofessionell“ 3. Quartal 2021, Seite 96 - 97) ist der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sogar **der Fonds mit der höchsten 3-Jahres-Rendite unter allen defensiven Investmentfonds**. Und daran ändert sich auch weitere drei Monate später nichts (siehe „fondsprofessionell“ 4. Quartal 2021, Seite 102 - 103). Wieder ist der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds die Nummer eins unter allen Investmentfonds in der Kategorie „Defensiv“.

Siehe ergänzend hierzu auch in Kapitel 6 (Durchblick mit aktuellen Presseartikeln) die beiden Analysen „Defensive Alternative“ auf Seite 83 und „Die besten defensiven Mischfonds der vergangenen drei Jahre“ auf Seite 86.

### 3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner Fonds* sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**, was bedeutet, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht also innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden.

Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich von der über 40jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner Fonds* zu Ihrem Nutzen und Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in volatilen Zeiten, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

**Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar:** Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner Fonds* in Ihrem Wertpapierdepot hat.

Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie extrem kostengünstig (Transaktionskosten in der Regel nur 0,05 Prozent des Ordervolumens) auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* vor.

*Max Otte* empfiehlt Ihnen für Ihre Anlagen Investmentfonds, wie es zum Beispiel die *Schmitz & Partner Fonds* sind: „Wenn Sie nach einem für Sie geeigneten Fonds Aus-

schau halten, rate ich Ihnen, Fonds in den Fokus zu nehmen, die von den Inhabern der entsprechenden Unternehmen geführt werden und die mindestens fünf, besser zehn Jahre am Markt sind. Diese Unternehmer stehen mit ihrem Namen für den jeweiligen Fonds.<sup>27</sup>

Schöner hätten wir es auch nicht formulieren können!

**Die wesentlichen Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* für Sie auf einen Blick:**

Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in aussichtsreiche Einzelwertpapiere und in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in (ETFs).
Risiko	Sehr niedrige Schwankungsrisiken der beiden <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> , <b>exzellentes Rendite-Risiko-Verhältnis</b> .
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzeltiteln.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> statt häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Renommierte und professionelle Partner	ODDO BHF (ehemals FRANKFURT-TRUST), BNY Mellon Asset Servicing und SCHMITZ & PARTNER AG.
Internationale Anerkennung	Zahlreiche <b>Spitzenplatzierungen</b> in der Presse (oft Platz 1) und Auszeichnungen mit <b>Top-Ratings</b> (z. B. Morningstar).

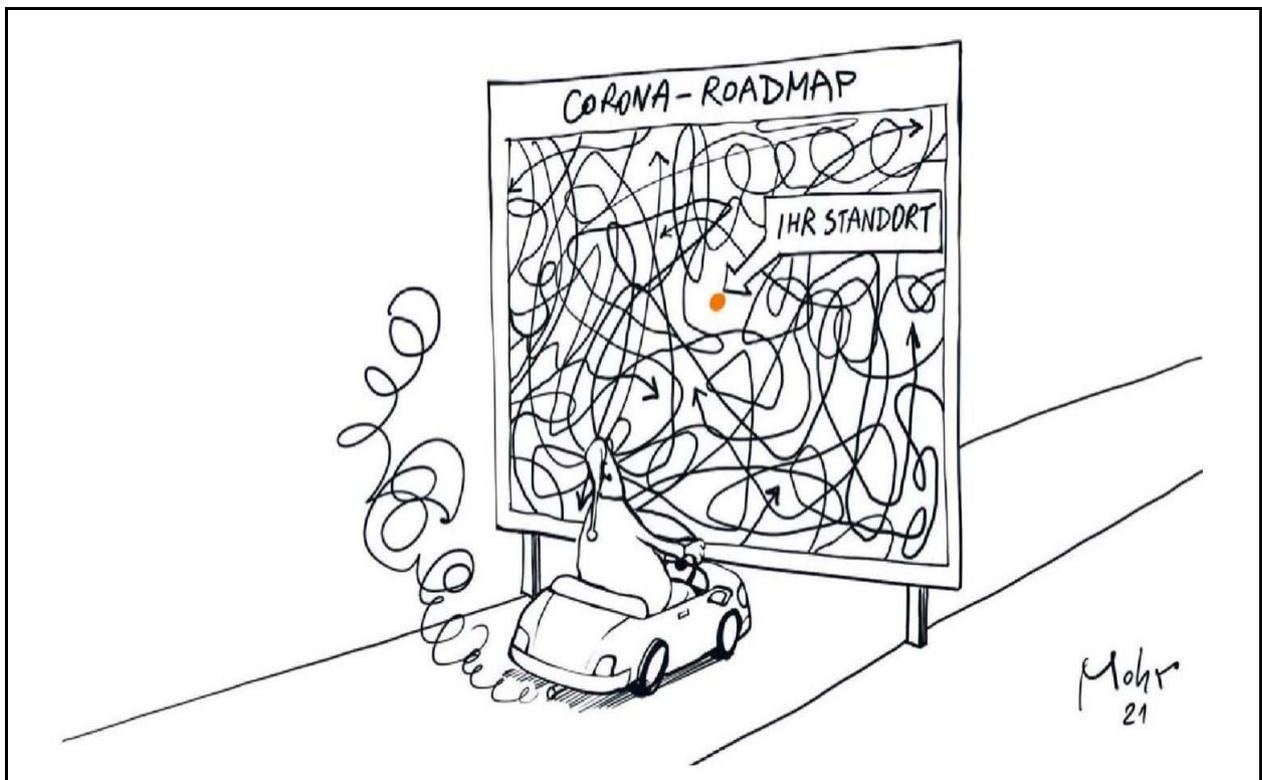
<sup>27</sup> Max Otte: Weltsystemcrash – Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, 3. Auflage, FinanzBuch Verlag, München 2020, Seite 503. Otte ist unabhängiger Finanz- und Wirtschaftsanalyst und war bis Ende 2018 Professor für Wirtschaftswissenschaften.



## 4. Ausblick auf aktuelle Themen

### 4.1 Corona-Krise (3. und 4. Welle)

Nachdem wir im Frühjahr 2020 mit der ersten Corona-Welle konfrontiert wurden, im Herbst 2020 dann nahtlos in die zweite Welle übergegangen sind und im Frühjahr 2021 die dritte Welle auf uns zurollte, haben wir es seit Herbst 2021 inzwischen mit der vierten Welle zu tun. Die Politiker in den meisten Ländern – und hier insbesondere in Deutschland – verharren jedoch immer noch völlig ohne Orientierung am Ausgangspunkt:



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. - 7. März 2021, Seite 18

Warum ist das so? Sind unsere Politiker wirklich so orientierungslos? Dann sollten wir Bürger sie bei den nächsten Wahlen schnellstens durch etwas fähigere Exemplare ersetzen. Oder steckt ein übergeordnetes Ziel dahinter, was die Bevölkerung nicht sehen kann oder nicht sehen will? Verfolgt die Politik einen Plan, wenn sie die Pandemie weiterhin „vorwiegend mit den Methoden des Mittelalters“ bekämpft: „Menschen werden in Angst gehalten und weggesperrt“<sup>28</sup> und was will sie damit erreichen?

<sup>28</sup> Beide Zitate finden sich in dem lesenswerten Artikel „Zu Tode geschützt ist auch gestorben“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 2. März 2021, Seite 19. Der Autor *Christoph Prantner* moniert: „Wo eine Impfstrategie sein sollte, findest sich bestenfalls Ratlosigkeit, wenn nicht blankes Chaos.“



Quelle: *DER SPIEGEL* vom 4. Dezember 2021, Seite 28

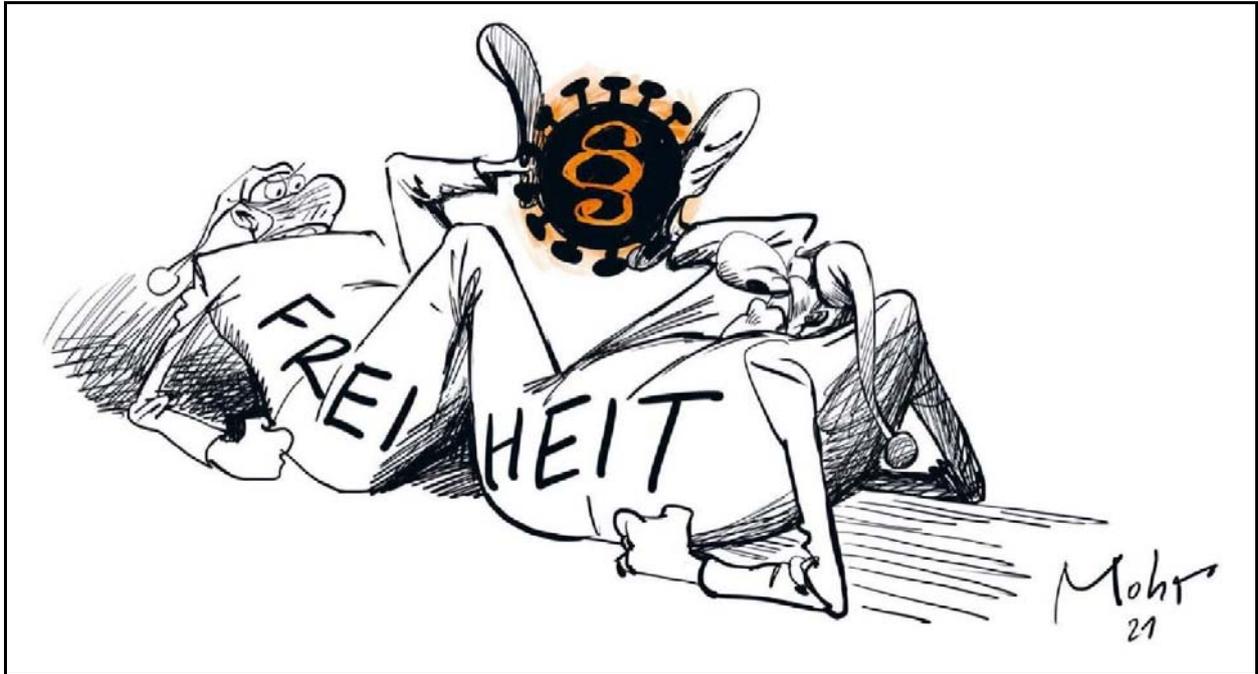
Wolfgang Kubicki schreibt: „Ich kann mich an keine Phase der bundesrepublikanischen Geschichte erinnern, in welcher der Verzicht auf unsere Freiheitsrechte von relevanten Teilen der Öffentlichkeit derart euphorisch beklatscht wurde wie derzeit.“<sup>29</sup> Und Heribert Prantl ergänzt: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist das Leben der Menschen außerhalb von Gefängnissen so strikt reguliert worden wie in der Corona-Zeit.“<sup>30</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* fragt schon besorgt mit Blick auf das Verhalten eines Großteils der deutschen Bevölkerung in der Corona-Krise: „Kehrt der Untertanengeist zurück?“ und vergleicht zum 150. Geburtstag von *Heinrich Mann* das aktuelle Verhalten der Bürger mit dem der Romanfigur Diederich Hessling in dem Meisterwerk „Der Untertan“.<sup>31</sup>

<sup>29</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Januar 2021, Seite 21. In seinem bemerkenswerten Gastkommentar schreibt Kubicki: „Je größer die Zahl der Unzufriedenen wird, umso weniger geht die bisherige Strategie einiger politischer Akteure auf, diese Menschen aus dem öffentlichen Diskurs auszugrenzen. Wer die intellektuell reichlich einfältige Bezeichnung ‚Covidioten‘ oder die Klassifizierung ‚rechtsradikal‘ als legitime Charakterisierung für sämtliche Kritiker der Corona-Maßnahmen wähnt, der muss erleben, dass dieses Stilelement am Ende nicht nur stumpf wird, sondern wie ein Bumerang gnadenlos zurückfliegt.“ Kubicki ist stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und Bundestagsvizepräsident.

<sup>30</sup> Zitiert aus dem Artikel „Freiheit auf unbestimmte Zeit verschoben“ aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 6. März 2021, Seite 21. Prantl war von 1995 bis 2017 Leiter des Ressorts Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*.

<sup>31</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Mai 2021, Seite 36. Die Zeitung schreibt im Untertitel des lesenswerten Beitrags im Feuilleton: „Die Pandemie beförderte die Staatsgläubigkeit. Heinrich Mann hat das Phänomen vor 100 Jahren schon beschrieben.“



Quelle: *Handelsblatt* vom 7. September 2021, Seite 16

Wir von *Schmitz & Cie.* haben zunehmend den Eindruck, dass der Gedanke der Vorsorge, von dem sich die Politiker angeblich ausschließlich leiten lassen, viel zu einseitig ausgerichtet ist. **„Die Kontrolle des Virus ist ein sehr wichtiges, aber nicht das einzige Ziel dieser Krise.“**<sup>32</sup> Denn gehört es nicht auch zur Vorsorge, dass Kinder wieder in der Schule lernen können? Und dass Ladenbesitzer oder Gastronomen nach der Krise noch eine Existenz haben? Und vor allem, dass die Volkswirtschaft insgesamt nicht einen zu großen Schaden nimmt?<sup>33</sup>

Eine Abwägung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken gegenüber dem angenommenen Nutzen der Corona-Maßnahmen wurde in der Bundesregierung in der Tat vorgenommen. Es war *Stephan Kohn*, Referent im Innenministerium, der auf eigene Verantwortung ein Gutachten über mögliche Kollateralschäden zusammenstellte. Er wurde vom damaligen Bundesinnenminister *Horst Seehofer* schleunigst beurlaubt. Eine derartige Betrachtung war wohl nicht erwünscht.<sup>34</sup>

Ähnliches ist *Friedrich Pürner* widerfahren. Der Mediziner war Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg (östlich von Augsburg). Nachdem er mehrfach Kritik an den Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung geübt hatte, wurde er strafversetzt. Er schreibt in seinem Buch: „Ich wurde ebenfalls immer wieder von meinen Vor-

<sup>32</sup> *Handelsblatt* vom 21. Januar 2021, Seite 18.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu *Handelsblatt* vom 21. Januar 2021, Seite 18.

<sup>34</sup> Siehe hierzu auch <https://www.cicero.de/innenpolitik/Innenministerium-papier-referatsleiter-stephan-kohn-kritik-zahlen-tote-kollateralschaeden/plus>. Kohn ist Oberregierungsrat im Referat KM 4 des Bundesinnenministeriums. In der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz war er zuletzt Referent für den Bereich Kritische Infrastrukturen, zu denen etwa Kraftwerke, Wasserwerke und die medizinische Versorgung gehören. Im Mai 2020 wurde er im Zusammenhang mit einer nicht mit seinen vorgesetzten Stellen abgestimmten Versendung eines umstrittenen Prüfberichts vom Dienst freigestellt.



gesetzten ermahnt, mich mehr an der Strategie der Bayerischen Staatsregierung zu orientieren. Keiner meiner fachlichen Einwände wurde gehört. Relativ schnell gab man mir zu erkennen, dass eine abweichende Meinung von einem Beamten in Leitungsfunktion nicht gewünscht sei.“<sup>35</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* kommt in einem Artikel mit der Überschrift „Wann ist der Preis zu hoch?“ zu dem Fazit: „Die Frage nach den wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten galt lange als unanständig. Deshalb haben wir sie unanständig lange ignoriert. Schauen wir weiter weg, werden wir zusehen, wie die große Solidarität der Bevölkerung zerfällt und aus ihren Trümmern die Wut wächst.“<sup>36</sup>

„Die Corona-Pandemie offenbart einen hilflos-bräsigen Staat, dem es leichter fällt, die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger einzuschränken oder Unternehmen zu schließen, als seine Kernaufgaben zu erfüllen.“<sup>37</sup> Und *Heinz-Werner Rapp* schreibt: „In vielerlei Hinsicht wirkt die deutsche Corona-Politik merkwürdig entrückt, schwerfällig und aus der Zeit gefallen. Mehrmonatige Lockdown-Regimes werden von der Politik als ‚alternativlos‘ dargestellt und ‚verordnet‘, trotz **gravierender Schäden für Wirtschaft, Wohlstand und Wohlergehen.**“<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> *Friedrich Pürner*: Diagnose Panikdemie. Das kranke Gesundheitssystem, Langen Müller Verlag, München 2021, Seite 166. Der Autor schreibt weiter: „Meine Strafversetzung ist ja nicht die einzige, zu der es nach ausgesprochener Kritik gekommen ist.“ (Seite 123) „Gab es andere Wissenschaftler, die den Kurs der Bayerischen Staatsregierung kritisierten, dann wurden sie aus Gremien oder den Beratungen ausgeschlossen oder erst gar nicht mit eingeladen.“ (Seite 194)

<sup>36</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Februar 2021, Seite 19.

Auf welch vielfältigen Gebieten eine Abwägung von Risiken und Nutzen hätte stattfinden sollen, zeigt beispielhaft eine aktuelle Studie des *Universitätsklinikums Essen*, die Zahlen zur psychischen Situation von Minderjährigen in Corona-Zeiten untersucht hat. „Die Anzahl der Kinder, die nach einem Suizidversuch auf der Intensivstation behandelt werden müssen, stieg im zweiten Lockdown um rund 400 Prozent im Vergleich zum ersten Lockdown“, heißt es im Resümee der Untersuchung. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Januar 2022, Seite 27. Auch andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen: „Schutzbefohlene leiden in der Pandemie besonders unter psychischen Erkrankungen.“

<sup>37</sup> *Handelsblatt* vom 16. März 2021, Seite 48. In dem Gastkommentar von *Volker Wissing* „Mehr Markt, weniger Staat“ setzt sich der Autor mit der Rolle des Staates auseinander und schreibt: „Das heißt nicht, dass der Staat überflüssig wäre, aber es zeigt, dass die besonders bei Linken verbreitete These, der Staat sei ein universeller Problemlöser, mehr Wunsch als Wirklichkeit ist. Beamtinnen und Beamte haben ohne Zweifel ihre Qualitäten und ihre Berechtigungen, aber dass es per se besser ist, wenn sie Entscheidungen treffen, als wenn die Bürgerinnen und Bürger das in Eigenverantwortung tun, erscheint weltfremd.“ Wissing war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz und gleichzeitig FDP-Generalsekretär. Er ist seit dem 8. Dezember 2021 Bundesminister für Digitales und Verkehr im Kabinett Scholz.

<sup>38</sup> *Heinz-Werner Rapp* in seinem Gastbeitrag „Schlafwandler Deutschland – Was läuft schief?“ in *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal* vom 13. März 2021, hier Seite 5; Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Rapp fügt hinzu: „Speziell Deutschland muss damit leben, in der Liste der weltweiten Impffortschritte weit hinten zu rangieren, und dies obwohl eines der wirksamsten Vakzine von einem deutschen Unternehmen entwickelt und in Rekordzeit bereitgestellt wurde.“ (Seite 2) Rapp ist Vorstand und Investment-Chef der *FERI*-Gruppe in Bad Homburg. Er leitet zudem das von ihm gegründete *FERI Cognitive Finance Institute*. Einen der entscheidenden Gründe für diesen auffälligen Widerspruch in Deutschland benennt *Bernhard Schuknecht* sehr deutlich: „Die wissenschaftliche Genialität wird konterkariert durch politischen Dilettantismus und Bürokratismus.“ Schuknecht ist Orthopäde in Heidelberg. Das Zitat stammt aus einem Telefongespräch vom 3. April 2021 mit dem Verfasser dieses Jahresberichts.



*Reinhard Sprenger* ergänzt dazu: „Die Entscheidungsträger sind von einer Entscheidung nicht oder kaum selbst betroffen. Sie riskieren nichts. Die Verluste und Kosten tragen andere.“ Die Politiker „schließen Betriebe, fahren das gesamte öffentliche Leben herunter. Warum auch nicht? Sie müssen selbst keine Einkommensverluste fürchten, setzen ihre Existenz nicht aufs Spiel, leben weiter von Steuermitteln, pflegen ihren Berufsalltag mit routinierten Abläufen.“<sup>39</sup>

Professor *Moritz Schularick* konstatiert: „... das Land und seine Politiker waren in einer eigenartigen Handlungsunfähigkeit gefangen und zogen es oft vor, dass Offensichtliche zu leugnen“, und das hat Konsequenzen: „Das beruhigende Gefühl, in einem gut organisierten und funktionierenden Staat zu leben, der im Ernstfall funktioniert, ist teilweise dahin.“<sup>40</sup> Und *Peter Graf Kielmansegg* ergänzt: „Allmacht und Ohnmacht des Staates traten gleichsam synchron in Erscheinung.“<sup>41</sup>

Die kritischen Stimmen aus der Wirtschaft werden daher zunehmend wütender: „Regelmäßig dürfen wir Wirtschaftsvertreter uns von Politikern anhören, was wir in der Corona-Pandemie zu tun und zu lassen haben.“ Und weiter: „Die Politiker reden mit uns wie mit Kleinkindern.“<sup>42</sup> *Magdalena Martullo-Blocher* empört sich: „Die Chinesen fahren das volle Wirtschaftsprogramm. Und was macht Europa? Alle einsperren, vieles schließen, verlangsamen, erschweren, verkomplizieren und mit Geld überdecken.“<sup>43</sup>

Solange „die überhebliche Meinung von Politikern und Bürokraten, sie seien klüger als die Märkte“<sup>44</sup> bei der Mehrzahl der (un)verantwortlichen Politiker vorherrscht, solange wird sich an den beklagenswerten Zuständen nichts ändern. Da helfen auch keine noch so fundierten Ratschläge von wohlmeinenden Wirtschaftswissenschaftlern. Denn **Politiker verhalten sich bekanntlich bei wirtschaftspolitischen Ratschlägen wie Betrunkene an einer Laterne – sie suchen Halt, keine Erleuchtung!** Professor *Markus C. Kerber* schreibt dazu sehr pointiert: „Es gibt Politiker, deren Kommunikationstalent so immens ist, dass sie selbst in Stunden größter Not in der Lage sind, aus hohen Opferzahlen Kraft für die eigene Selbsterhöhung zu ziehen und in unglaublicher Selbstbezogenheit die Menschheit mit ihren Ratschlägen zu belästigen.“<sup>45</sup>

<sup>39</sup> *WirtschaftsWoche* vom 4. Juni 2021, Seite 93.

<sup>40</sup> *Moritz Schularick*: Der entzauberte Staat. Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss, C.H.Beck Verlag, München 2021, Seite 91 und Seite 31. Schularick lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn.

<sup>41</sup> *Peter Graf Kielmansegg*: „Belagerte Demokratie: Legitimität in unsicheren Zeiten“ Beitrag aus dem Konzeptband von *Martin Florack / Karl-Rudolf Korte / Julia Schwanholz*: Coronakratie – Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2021, Seite 43 - 50, hier Seite 44. Kielmansegg ist Politikwissenschaftler und emeritierter Professor der Universität Mannheim.

<sup>42</sup> Die beiden Zitate kommen von *Klaus Josef Lutz*, dem Vorstandsvorsitzenden der *BayWa AG* und sind dem *Handelsblatt* vom 10. Februar 2021 auf Seite 44 entnommen.

<sup>43</sup> *Magdalena Murtullo-Blocher* im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 13. Februar 2021, Seite 9. Murtullo-Blocher ist Mehrheitsaktionärin und exekutive Vizepräsidentin des Verwaltungsrates der *Ems-Chemie Holding AG*.

<sup>44</sup> *Kaspar Villiger* in seinem Aufsatz „Auf zur liberalen Konterrevolution!“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 5. Februar 2021, Seite 32. Villiger ist ein Schweizer Politiker. Von 1989 bis 2003 gehörte er dem Bundesrat an.

<sup>45</sup> *Markus C. Kerber*: Der deutsche Selbstmord – Wie unser Land in der Corona-Krise für Europa geopfert wird, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 57. Kerber ist Professor für öffentlichen Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin.



Nur wenn es, analog zur Wirtschaft, auch in der Politik einen direkten Zusammenhang zwischen den drei Bereichen Handlung, Verantwortung und Haftung geben würde, können sich die Bürger Hoffnung auf eine bessere Politik machen. „Offensichtliche (oder notorische) Inkompetenz von Regierungschefs, Regierungen und Fachministerien sollte ähnlich konsequent geahndet werden, wie dies in der Wirtschaft seit langem üblich ist. Der partielle Verfall von Pensionsansprüchen könnte dafür ein zielführender Ansatz sein.“<sup>46</sup>

Leider sind wir noch nicht so weit. Zurzeit verkünden Politiker wieder einen (Teil)Lockdown nach dem anderen, ohne sich über die dramatischen Folgeschäden für die Wirtschaft ausreichend Gedanken zu machen. Unsere jahrzehntelang erfolgreiche Marktwirtschaft wird von unseren Politikern (fahrlässig oder mit Vorsatz?) immer mehr zu einer Staatswirtschaft gemacht. Das *Handelsblatt* fragt: „Wird jeder Unternehmer, der gern Chancen ergreift, durch einen risikoscheuen Beamten ersetzt?“ und stellt wütend fest: „Dynamik geht immer von der Wirtschaft aus und nicht von den Amtsstuben.“ Die Zeitung zieht als Fazit: „Das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft ist: **Die Unternehmer und ihre Mitarbeiter finanzieren den Staat – und nicht umgekehrt.**“<sup>47</sup>

Aktuell ist es jedoch genau andersherum. Der Staat schüttet hunderte von Milliarden Euro (!) an Unternehmen aus, um einen Teil des Schadens mit Geld zu überdecken, den er durch die teilweise willkürliche Schließung der Firmen und Betriebe selbst verursacht hat. Einen interessanten Nebenaspekt beleuchtet in diesem Zusammenhang *Peter Orzechowski*, der in seinem Buch schreibt: „Der Lockdown traf vor allem die bisher wirtschaftlich gesunde Mittelschicht, zu denen ich auch die Handwerker, Angestellten und Arbeiter zähle. Hingegen wurden bereits marode Großkonzerne mit Corona-Hilfspaketen saniert und gerettet, finanziert von uns Bürgern.“<sup>48</sup>

Das ist auf den ersten Blick vielleicht erfreulich für die betroffenen Unternehmen, aber es ist katastrophal für die Steuerzahler und für die Sparer, weil die dicke Rechnung für beide noch kommen wird. Denn man darf bei den Corona-Hilfen nicht aus dem Auge

---

<sup>46</sup> Diesen Vorschlag macht *Heinz-Werner Rapp* in seinem Gastbeitrag „Das Governance-Paradox“; siehe hierzu *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal*, 9. Januar 2021. Zu den Leistungen der Politik bezieht er wie folgt Stellung: „Demokratische Regierungen und Regierungschefs erlauben sich eklatantes Fehlverhalten, ohne dafür je zur Rechenschaft gezogen zu werden. Diese massive Diskrepanz ist ungerecht, undemokratisch und gesellschaftspolitisch destruktiv; sie sollte nicht länger akzeptiert werden.“

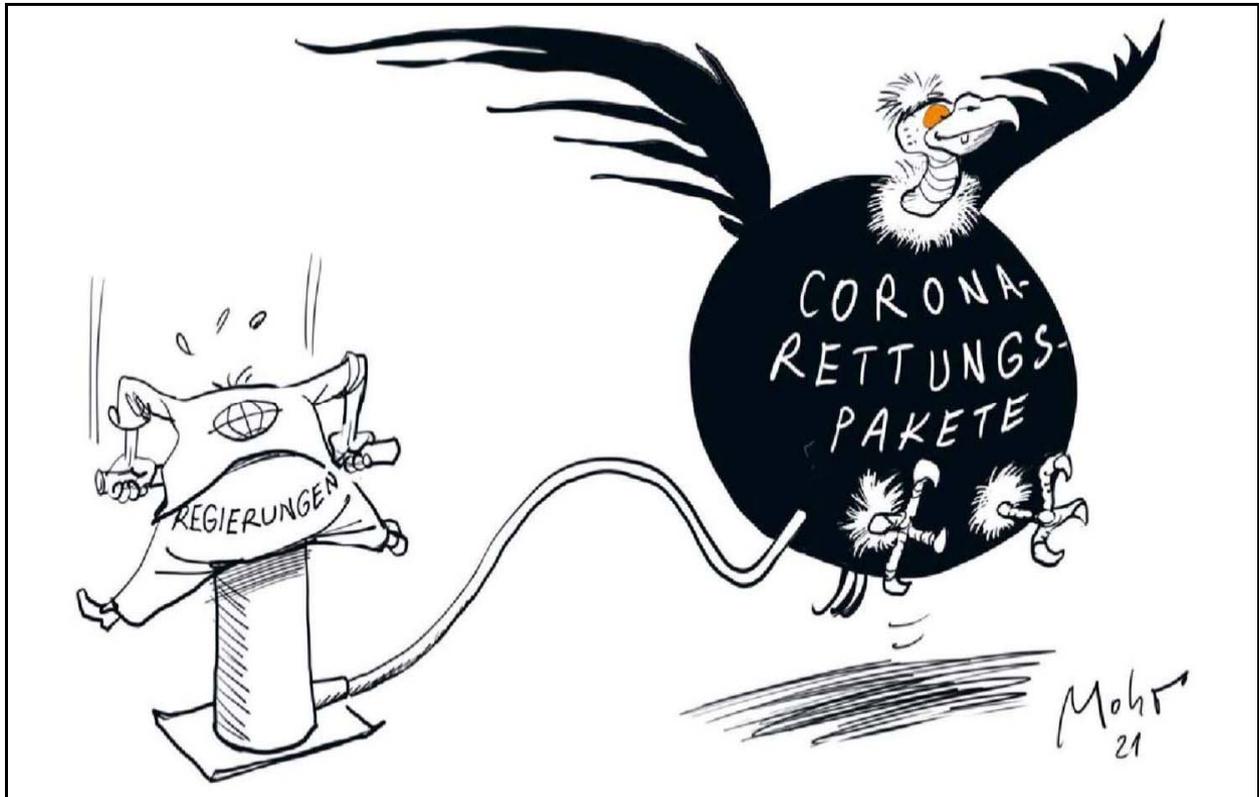
Zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen kommt *Oliver Kessler* in seinem Aufsatz „Freiheit oder Staatsschulden“ in der *Finanz und Wirtschaft* vom 6. März 2021 auf Seite 2. Er schreibt: „Wir sollten uns schnellstmöglich über zusätzliche Mechanismen Gedanken machen, die uns erlauben, die politischen Verantwortungsträger enger in die Pflicht zu nehmen.“ Kessler ist Direktor des *Liberalen Instituts* in Zürich.

<sup>47</sup> Alle drei Zitate sind dem *Handelsblatt* vom 10. Februar 2021 auf Seite 14 entnommen. Hervorhebung im dritten Zitat von *Schmitz & Cie.*

<sup>48</sup> *Peter Orzechowski*: Durch Corona in die Neue Weltordnung, Kopp Verlag, Rottenburg 2021 auf Seite 13. Wir von *Schmitz & Cie.* fragen uns daher, soll damit eine von der Politik gewollte Umverteilung von unten nach oben, von den Klein- und Mittelbetrieben hin zu den Großunternehmen gefördert werden?



verlieren, dass jede zusätzliche Milliarde, die man ausgibt, entweder irgendwo erarbeitet oder irgendjemandem weggenommen werden muss.<sup>49</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 9. - 11. April 2021, Seite 16

Eine interessante Frage wirft in diesem Zusammenhang Professor *Moritz Schularick* auf: „Und warum versicherte der Staat bereitwillig die Schäden des Lockdowns, war aber nicht bereit, die Risiken des Impfens zu tragen?“<sup>50</sup> Waren dem Staat diese Risiken zu groß, zu unüberschaubar? Wir wissen es nicht, aber was wir wissen, ist, dass die Politiker den Steuerzahlern die Corona-Hilfen durch höhere Steuern wieder aus der Tasche ziehen werden.

Das *Handelsblatt* schreibt: „In Deutschland fordert SPD-Kanzlerkandidat *Olaf Scholz* höhere Steuern für Besserverdienende, um die Lasten der enormen Corona-Hilfen gerechter zu verteilen. **Dass die Rechnung für die gigantischen Rettungspakete der Staaten am Ende beim Steuerzahler landen wird, ist unvermeidlich.**“<sup>51</sup> *Stefan Schubert* ergänzt: „Der Staat lässt sich zwar für die milliarden schwere

<sup>49</sup> Vgl. hierzu auch „Die Schuldenprediger liegen falsch“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. Januar 2021, Seite 17. Der Artikel wendet sich insbesondere gegen die Politiker, die glauben, Staatsschulden seien aktuell wegen der Nullzinsen „gratis“ und deshalb dürfe der Staat bedenkenlos Geld für Hilfen aufnehmen.

<sup>50</sup> *Moritz Schularick*: *Der entzauberte Staat. Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss*, C.H.Beck Verlag, München 2021, Seite 68.

<sup>51</sup> *Handelsblatt* vom 16. März 2021, Seite 14. Der Artikel „Die Krise muss bezahlt werden“ warnt vor der Illusion zu glauben, angesichts des enormen Finanzbedarfs für den Neustart nach der Pandemie, man könne mithilfe des nahenden Aufschwungs aus den Schulden einfach herauswachsen. Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels war *Olaf Scholz* noch Kanzlerkandidat, inzwischen ist er Kanzler.



Rettungspakete feiern, doch es ist kein Geld des Staates, sondern das des Steuerzahlers, das zurzeit mit beiden Händen verteilt wird. Dieser wird am Ende die Zeche mit einer höheren Steuer- und Abgabenlast natürlich wieder auf sich nehmen müssen.“<sup>52</sup>

Insbesondere dann, wenn Politiker wieder wie in den Jahren 2020 und 2021 zu „unverhältnismäßigen“<sup>53</sup> Mitteln greifen und mit „Lockdown“-Maßnahmen Kollateralschäden für die Wirtschaft und für die Unternehmen verursachen, die in keinem Verhältnis zu dem gesundheitlichen Nutzen der Maßnahmen stehen. Und anschließend versuchen dieselben Politiker dann, die durch ihre Handlungen entstandenen finanziellen Schäden durch **massive staatliche Umverteilung** wieder zu beheben.<sup>54</sup>

---

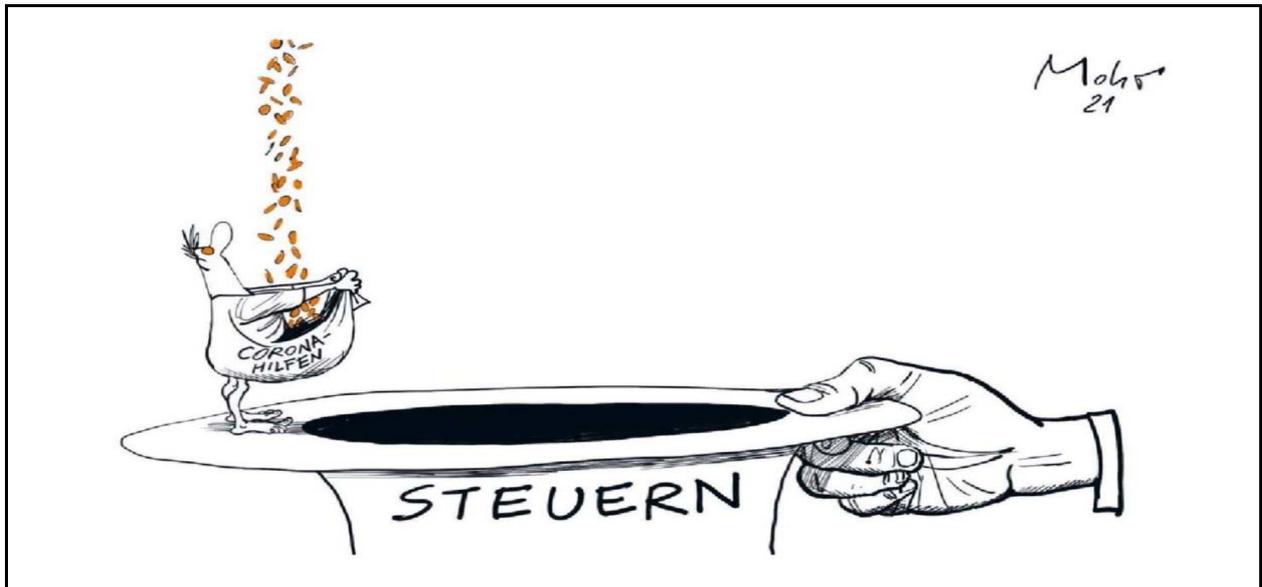
<sup>52</sup> *Stefan Schubert*: Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird, Kopp Verlag, Rottenburg 2020, Seite 94. An anderer Stelle prophezeit Schubert: „Wie immer es die Politik auch nennen mag, die Corona-Steuer wird kommen, dazu in großem Umfang und anhaltend.“ (Seite 290)

<sup>53</sup> Bei dem Begriff der Verhältnismäßigkeit haben voreilig handelnde Politiker und das Bundesverfassungsgericht offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. Siehe auch die Pressemitteilung Nr. 101/2021 des Bundesverfassungsgerichts vom 30. November 2021 und die Beschlüsse vom 19. November 2021.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. Dezember 2021 auf Seite 25 stehen zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes unter der Überschrift „Machtausdehnung der Regierung“ einige interessante Gedanken: „Weil sich die Regierung zeitweise durch Umgehung des Parlaments zum alleinigen Gesetzgeber gemacht hat, heißt das doch in der Konsequenz, dass auch künftig jede Regelung dann verfassungsgerecht ist, wenn aus Sicht der ‚Regierung‘ kein ‚milderes Mittel‘ zur Erreichung eines Zwecks gegeben ist.“ Und weiter: „Zugespitzt auf unsere Geschichte übertragen, könnte das bedeuten, dass die Errichtung des ‚antiimperialistischen Schutzwalls‘ 1961 aus Sicht der DDR-Regierung das einzige wirksame Mittel zum Schutz der eigenen Bevölkerung war. Denn die DDR-Regierung sah damals kein ‚milderes Mittel‘ und blieb fast 30 Jahre bei dieser Regelung.“

Ganz allgemein scheinen nicht nur Politiker, sondern auch Mediziner und Wissenschaftler mit der Judikative, der richterlichen Gewalt im Staat, auf Kriegsfuß zu stehen. So sagte beispielsweise der Vorstand des Weltärztebundes, *Frank Ulrich Montgomery*: „er stoße sich daran, dass kleine Richterlein sich hinstellen und wie gerade in Niedersachsen 2 G im Einzelhandel kippen, weil sie es nicht für verhältnismäßig halten.“ Zitiert aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Dezember 2021, Seite 1. Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Dezember 2021 (Internationale Ausgabe) fragt daraufhin auf Seite 6: „Ist der Chef des Weltärztebundes ein Populist?“ und erinnert Montgomery daran, „dass strittige politische Entscheidungen im Regelfall vor Gericht landen und dort Bestand haben müssen.“ Kurz darauf hat auch die Bundesärztekammer ihren früheren Präsidenten Montgomery mit bemerkenswert deutlichen Worten in die Schranken gewiesen. Die Kammer hielt Montgomery entgegen: „Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte sind konstitutive Kernelemente unseres Rechtsstaats“. Und weiter: „Wenn Richter die Entscheidungen der Politik kontrollieren, sei dies keine Anmaßung, sondern schlicht eine Grundlage der Gewaltenteilung.“ Die beiden Zitate sind der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 31. Dezember 2021 auf Seite 2 entnommen.

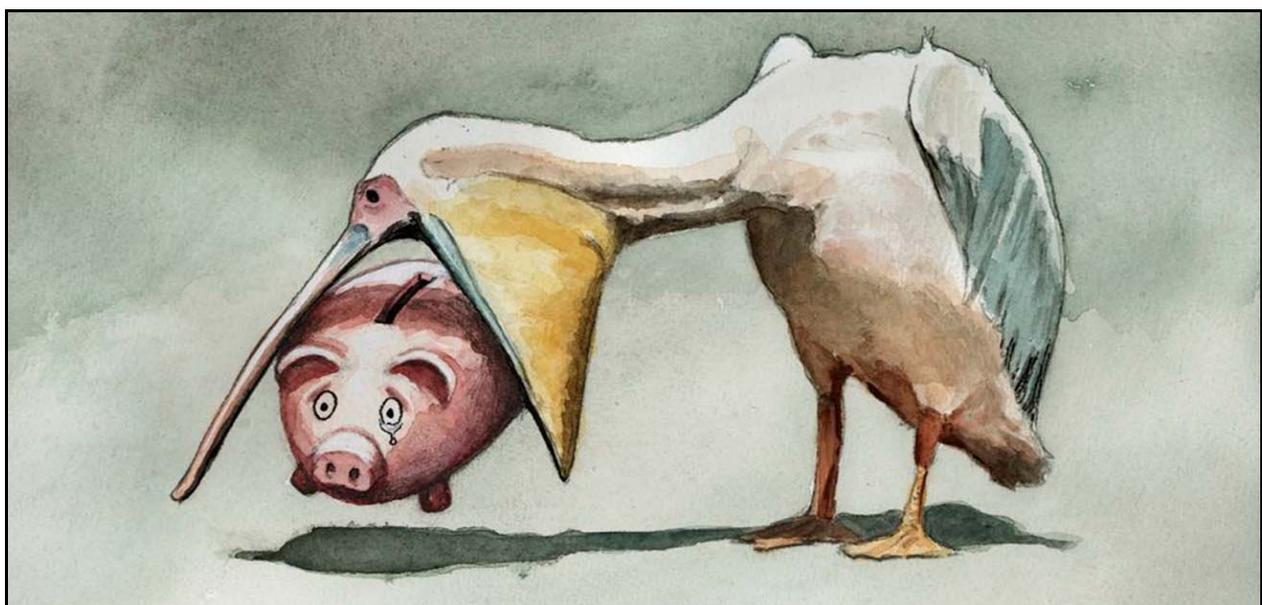
<sup>54</sup> In einem lesenswerten Gastkommentar „Unbegrenzte Demokratie endet in der Knechtschaft“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 29. Oktober 2021 auf Seite 17 setzt sich *Robert Nef* mit dem Thema „staatliche Umverteilung“ sehr detailliert auseinander: „Mehrheiten tendieren dazu, durch staatliche Umverteilung auf Kosten produktiver Minderheiten leben zu wollen und dies auf Basis des Mehrheitsprinzips durchzusetzen.“ Und weiter: „Wer an die Zukunft denkt, wird daher in erster Linie weniger Staatsinterventionen, weniger Staatsapparat, weniger Staatsaufgaben und weniger Staatsverschuldung anstreben.“ Nef ist Schweizer Publizist, Autor und Mitbegründer des Liberalen Instituts, einer Denkfabrik mit Sitz in Zürich.



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. März 2021, Seite 14

Während die fleißigen und hart arbeitenden Bürger in naher Zukunft über höhere Steuern zur Kasse gebeten werden, müssen die Sparer befürchten, in Form von Lastenausgleichsabgaben mit Teilen ihre Ersparnisse für die Fehler und Versäumnisse der Politiker herangezogen zu werden. Das *Handelsblatt* warnt: „Die Linke fordert eine einmalige Vermögensabgabe mit dem Ziel, die Reichen und Vermögenden an der Bewältigung der Corona-bedingten Kosten angemessen zu beteiligen. Die SPD diskutiert über eine Ergänzungsabgabe.“<sup>55</sup>

Fest steht jedenfalls, dass sich der Staat Teile der Ersparnisse seiner Bürger einverleiben wird:



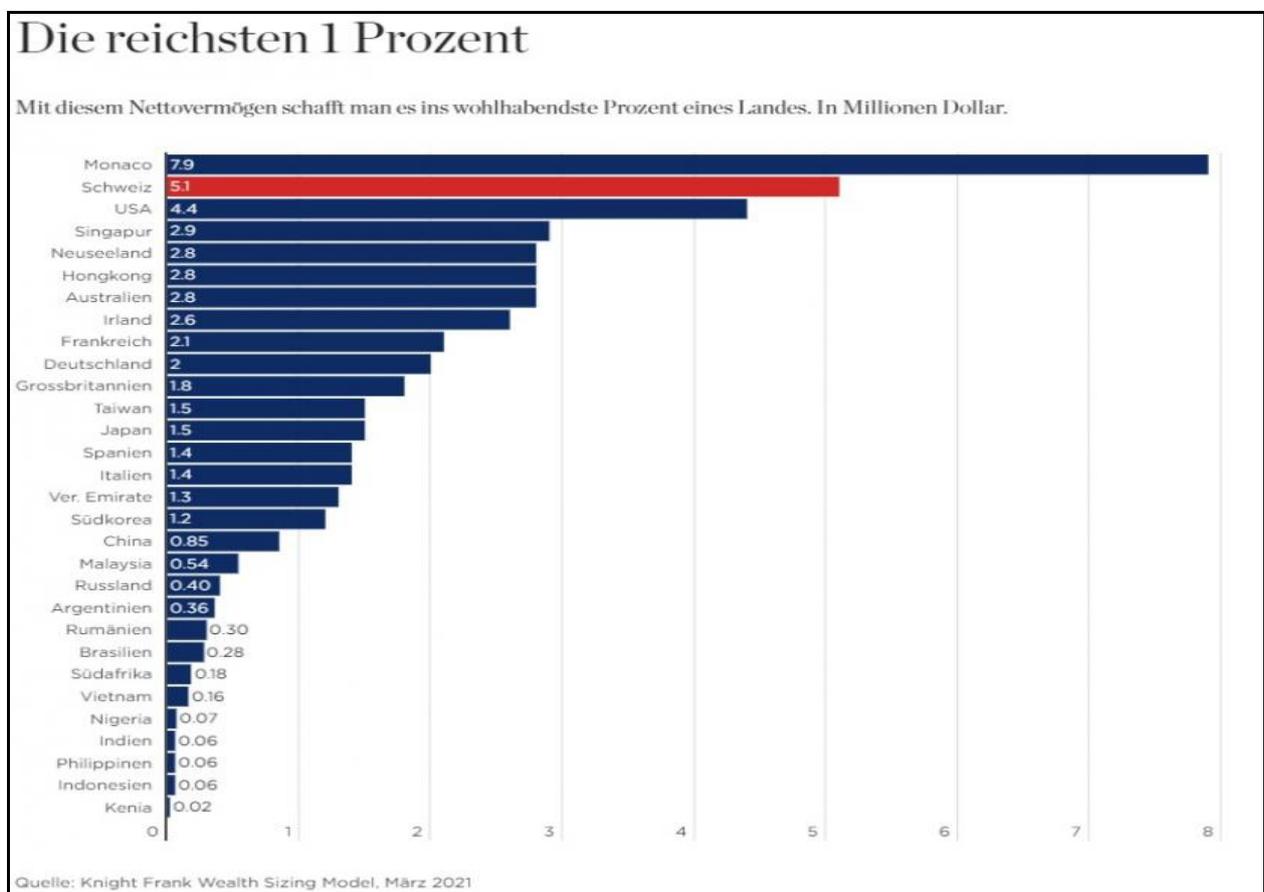
Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. März 2021, Seite 6

<sup>55</sup> *Handelsblatt* vom 29. - 31. Januar 2021, Seite 64.



Die Frage ist nur, wer wird davon betroffen sein? Sind es wirklich nur die wenigen sehr Reichen in Deutschland, vielleicht sogar nur die Milliardäre? Die Partei *DIE LINKE* will nur das reichste Prozent der Deutschen mit einer Lastenausgleichsabgabe oder einer einmaligen Vermögensabgabe belasten. Das klingt auf den ersten Blick beruhigend für die nicht betroffenen 99 Prozent der Bürger. Aber wer gehört eigentlich zu dem reichsten einen Prozent? Wie viel Vermögen braucht man, um zu den Superreichen in einem Land zu gehören?

Auf diese Frage gibt ein neuer Vermögensbericht von *Knight Frank*, einer der weltgrößten Immobilienberatungen, Antworten.<sup>56</sup> In Deutschland braucht man ein Nettovermögen von zwei Millionen US-Dollar, also lediglich 1,7 Millionen Euro, um zu dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung zu gehören:



Quelle: *cash.ch* vom 4. März 2021

Es trifft also nicht nur Milliardäre und Multimillionäre, wenn von sozialistischem Gedankengut beeinflusste Politiker von dem einem Prozent der Bevölkerung sprechen, das sie zur Kasse bitten wollen.

In anderen Ländern muss man über deutlich mehr Nettovermögen verfügen, um 99 Prozent der jeweiligen Bevölkerung hinter sich zu lassen, so zum Beispiel in der

<sup>56</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 15. März 2021, Seite 10.

Schweiz, in der 5,1 Millionen US-Dollar nötig sind, oder in Monaco, wo sogar 7,9 Millionen US-Dollar vorhanden sein müssen, um zu dem reichsten einen Prozent des Landes zu gehören.

Nebenbei bemerkt: um zu dem reichsten einen Prozent nach Einkommen in Deutschland zu gehören, reichen für einen Single 7 190 Euro Monatsnettoeinkommen, das entspricht einem Bruttojahresgehalt von rund 150 000 Euro.<sup>57</sup>

## 4.2 Corona-Krise (5. und n-te Welle)

Inzwischen befinden wir uns zu Beginn des Jahres 2022 wohl auf dem Weg in die fünfte Welle der Corona-Krise. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Aber darf es überhaupt ein Ende der Corona-Krise geben? Das griechische Alphabet für weitere Virus-Mutationen hat ja noch genügend Buchstaben! Und die Politik schürt weiter bedenkenlos und mit Vorsatz die Angst der Bevölkerung vor dem Virus.

Schon zu Beginn der Krise im März 2020 kursierte in Berliner Regierungskreisen ein 17-seitiger, ursprünglich als Verschlussache eingestufte Bericht mit der Überschrift „Abgrund“.<sup>58</sup> Damit sollte bereits in den Anfängen der Corona-Krise systematisch Angst unter der Bevölkerung erzeugt werden: „Zu den Empfehlungen des Papiers gehört sogar, man solle auf die ‚Urangst‘ des Menschen vor dem Erstickten hinweisen. Und Kinder könnten traumatisiert werden, weil schon ein vergessenes Händewaschen zu einer Mitschuld am ‚qualvollen‘ Sterben eines Elternteils führen könne.“ In dem Bericht steht auch die Empfehlung für die Politiker, es solle „historisch“ argumentiert werden: „SARS-CoV-2 = Spanische Grippe plus Weltwirtschaftskrise“. **„Ja, die Menschen sollen Angst bekommen.“**<sup>59</sup>

Auch Professor *Stefan Homburg* wies schon im Mai 2020 darauf hin, dass die Politik **Angst als Herrschaftsinstrument** einsetzen würde, um Maßnahmen durchzusetzen,

---

<sup>57</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 30. Dezember 2021 bis 2. Januar 2022, Seite 13. Zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung liegt in Deutschland bei 2 300 Euro im Monat. Die Zahlen entstammen einer Studie des *Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)*.

<sup>58</sup> Vgl. hierzu die Passage „Das Prinzip Angst“ in *Katja Gloger / Georg Mascolo: Ausbruch – Innenansichten einer Pandemie*, Piper Verlag, München 2021, Seite 66 - 70. Das Buch deckt bisher unbeschriebene Zusammenhänge auf. Anhand von Augenzeugenberichten und vertraulichen Dokumenten schildert es die Entscheidungen, Unsicherheiten und Zweifel der Politik. Vor allem beschreiben die beiden Autoren in bisher nicht gekanntem Detail den Verlauf der entscheidenden Beratungen zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten. Sie zeichnen die politischen Entscheidungsprozesse und das oft mühsame Ringen transparent nach. Daraus entsteht die genaue Innenansicht einer historischen Krise, die die Verantwortlichen forderte und am Ende auch immer wieder überforderte. (Auszug aus der Innenklappe des Buches)

Das Strategiepapier des Bundesinnenministeriums aus dem Frühjahr des Jahres 2020 mit dem Worst-Case-Szenario von über einer Million Corona-Toten allein in Deutschland kann abgerufen werden unter: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapier-covid19.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapier-covid19.pdf?__blob=publicationFile&v=6). Insbesondere Kapitel 4 auf Seite 13 „Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen,...“ sollte sich der interessierte Leser zu Gemüte führen.

<sup>59</sup> Beide Zitate stehen auf Seite 67 des in der vorherigen Fußnote vorgestellten Buches.



die wissenschaftlich nicht begründbar sind.<sup>60</sup> Das Thema „Angst“ und „Angst machen“ zieht sich seit zwei Jahren durch die Medien. *DER SPIEGEL* widmet der Angst vor Corona im Januar 2022 sogar die Titelstory. Das Titelbild zeigt einen furchteinflößend dreinblickenden Gesundheitsminister *Karl Lauterbach* in James Bond Manier, der mit gezückter Impfspritze durch einen Pistolenlauf schaut. Die Titelzeile lautet: „Ein Quantum Angst“.<sup>61</sup> Und die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt ebenfalls als Titelzeile – in diesem Fall allerdings ironisch gemeint: „Hilfe, die Welt geht unter!“<sup>62</sup> Der Chefredakteur der Zeitung, *Eric Gujer*, beklagt das ständige Schüren von Angst in der Bevölkerung: „Die nunmehr seit zwei Jahren andauernde Selbstermächtigung der Bürokratie wird begleitet von **Panikmache in Politik und Medien**.“<sup>63</sup>

Das ist kein Zufall. Professor *Phillip Bagus* schreibt: „In der COVID-19-Krise haben die Politiker systematisch Angst und Hysterie geschürt. Denn der Staat stützt seine Existenzberechtigung auf das Argument, er schütze die Bevölkerung vor inneren und äußeren Gefahren. Der Staat ist auf Angst aufgebaut.“<sup>64</sup>

Die Folgen nach zwei Jahren Corona-Krise sind jetzt in Form von einem „**erheblichen Vertrauensverlust** in etablierte Institutionen“ zu spüren. Vor allem Regierungen und Medien wird laut einer internationalen Umfrage von immer mehr Leuten die Fähigkeit abgesprochen, die großen Probleme zu lösen. Rund zwei Drittel der Menschen glauben, von diesen Gruppen belogen zu werden und jeder Zweite, dass sie zur Spaltung der Gesellschaft beitragen.<sup>65</sup>

Natürlich sind wir von *Schmitz & Cie.* weit davon entfernt, die Corona-Krise zu verharmlosen, aber wir wollen im Gegensatz zu der von uns so empfundenen bewussten **Angstmacherei von Politik und Medien** einige wichtige Zahlen in Erinnerung rufen: Im Jahr 2020 gab es in Deutschland insgesamt 985 527 Sterbefälle.<sup>66</sup> Das waren 2 700

<sup>60</sup> Vgl. hierzu das Morgenecho-Interview auf WDR 5 vom 27.03.2021 mit dem Titel: „Corona: Die Gesellschaft hat einen Angstdiskurs zugelassen“, <https://www.ardaudiothek.de/episode/morgenecho-interview/corona-die-gesellschaft-hat-einen-angstdiskurs-zugelassen/wdr-5/87701172/>. Homburg war bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2021 Professor für Öffentliche Finanzen an der Leibniz Universität Hannover.

<sup>61</sup> *DER SPIEGEL* vom 15. Januar 2022, Seite 8 - 14.

<sup>62</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Januar 2022, Seite 1. In der Unterzeile steht: „Auf die Omikron-Welle reagieren die Medien mit düsteren Szenarien. Die Politik greift das begierig auf. Die Debatte um die Impfpflicht ist das beste Beispiel für Aktionismus, der zum Selbstzweck wird.“

<sup>63</sup> Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Der Artikel kommt zu dem Schluss: „Die Hohepriester der Hysterie machen sich das Verlangen nach Kontrolle zunutze, indem sie noch mehr Anstrengung, noch mehr Restriktionen fordern. Doch auch der härteste Lockdown bringt in der Pandemie keine völlige Sicherheit. Man muss daher lernen, mit Unsicherheit zu leben, mit einer permanenten Gefährdung.“

<sup>64</sup> *Phillip Bagus*: Der Druck auf die Ungeimpften wächst, Ludwig von Mises Institut Deutschland, 6. September 2021, nachzulesen unter: <https://www.misesde.org/20221/09/der-druck-auf-die-ungeimpften-waechst/>. Bagus schreibt in seinem Aufsatz von „einem asymmetrischen Anreiz“ für die Politik in der Corona-Krise und folgert daraus: „Es liegt also im Interesse der Politiker, eine Bedrohung zu überschätzen und überzureagieren.“ Bagus ist Professor für Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid.

<sup>65</sup> Siehe hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Januar 2022, Seite 17. Die Zahlen stammen aus einer Umfrage unter rund 36 000 Teilnehmern in 28 Ländern, die das *Trust Barometer* seit mehr als 20 Jahren durchführt. Interessanterweise sagen mehr als acht von zehn Befragten, dass sie Führungskräften aus der Wirtschaft am meisten vertrauen.

<sup>66</sup> Vgl. zu sämtlichen folgenden Zahlenangaben den Artikel „Krebs fordert mehr Tote als Covid-19“ im *Handelsblatt* vom 10. Januar 2022 auf Seite 6. Die niedrigen Zahlen bei den Corona-Todesfällen im Jahr 2020



Menschen täglich. Davon starben rund 34 Prozent an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und knapp 24 Prozent an einer Krebserkrankung. Und vier Prozent der Menschen starben im Jahr 2020 mit Covid-19 als Haupttodesursache. Das ist doch auf den ersten Blick eine erstaunlich niedrige Zahl und steht im Widerspruch zu den von Medien verbreiteten angstmachenden Zahlen, die den Eindruck erwecken, die Corona-Toten sind die Mehrheit der Todesfälle.

Aber Fakten und belastbare Zahlen scheinen in Deutschland in der Corona-Krise nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Und so schreibt die *Neue Zürcher Zeitung* in dem Leitartikel „Hospitalisierungsdaten sind verzerrt“: „Ob Menschen mit oder wegen Covid-19 im Spital landen, spielt in der deutschen Corona-Statistik keine Rolle.“<sup>67</sup> Wenige Tage später legt die Zeitung in dem Artikel „Der wohl größte Fehler der letzten Jahre“ nach und fragt konkret: „Wie viele Menschen werden *mit* und wie viele *wegen* Covid-19 ins Spital eingeliefert?“<sup>68</sup> Und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ergänzt irritiert: Wenn ein Patient wegen einer Erkrankung ins Krankenhaus eingeliefert wird, während seiner Behandlung positiv auf Corona getestet wird und dann im Anschluss an den Folgen seiner ursprünglichen Krankheit verstirbt, wird er automatisch als Covid-19-Todesfall vermerkt. Die Zahlen seien deshalb „vollkommen verfälscht“.<sup>69</sup>

Wir von *Schmitz & Cie.* fragen uns in diesem Zusammenhang, warum die Ärzteschaft solche offensichtlich irreführenden Zahlenangaben nicht in aller Öffentlichkeit korrigiert. Auf der Suche nach einem möglichen Grund dafür müssen wir immer an einen alten Witz aus Studentenzeiten denken: Ein Physikstudent und ein Medizinstudent bekommen von ihren Professoren ein Telefonbuch auf den Tisch gelegt. Sie sollen es auswendig lernen. Der Physikstudent fragt: Warum? Der Medizinstudent fragt: Bis wann?

Zurzeit befinden wir uns in Deutschland in einer „**Kollektivpsychose**“, die von den Medien bewusst geschürt wird. Allerdings spielen nicht nur in Deutschland die Medien eine unrühmliche Rolle in der Corona-Krise, auch in der Schweiz wundert man sich über „eine journalistische Bankrotterklärung“.<sup>70</sup> Die Schweizer Zeitung „*Blick*“ aus dem Ringier Verlag, die oft mit der deutschen Zeitung „*Bild*“ verglichen wird, hat in den vergangenen zwei Jahren „wie eine Außenstelle des Bundesamts für Gesundheit

---

werden von *Reiss / Bhakdi* bestätigt, die noch ergänzen: „Jedes Jahr versterben in Deutschland circa 100 000 Menschen an Atemwegsinfektionen.“ *Karina Reiss / Sucharit Bhakdi: Corona unmasked. Neue Zahlen, Daten, Hintergründe, Goldegg Verlag, Wien 2021, Seite 26.* Professor Reiss forscht und lehrt auf den Gebieten der Biochemie, Zellbiologie und Medizin. Professor Bhakdi ist Humanmediziner, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie.

<sup>67</sup> *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 7. Januar 2022, Seite 1. Der Artikel wundert sich über diese (bewusst?) verzerrten Daten und schreibt: „Brisant ist das insofern, als die Zahlen den Bundesländern als Argumentationsgrundlage dienen für verschärfte Corona-Maßnahmen.“ Und weiter: „Tatsächlich ... befinden sich in deutschen Krankenhäusern bereits heute viele Corona-Patienten mit Covid-19 als Nebenbefund.“

<sup>68</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Januar 2022, Seite 20. Die Zeitung kommt zu dem Fazit: „Wenn Unsicherheit über die offiziellen Daten herrscht und niemand etwas dagegen tut, diese Unsicherheit zu zerstreuen, dann ist das Vertrauen dahin.“

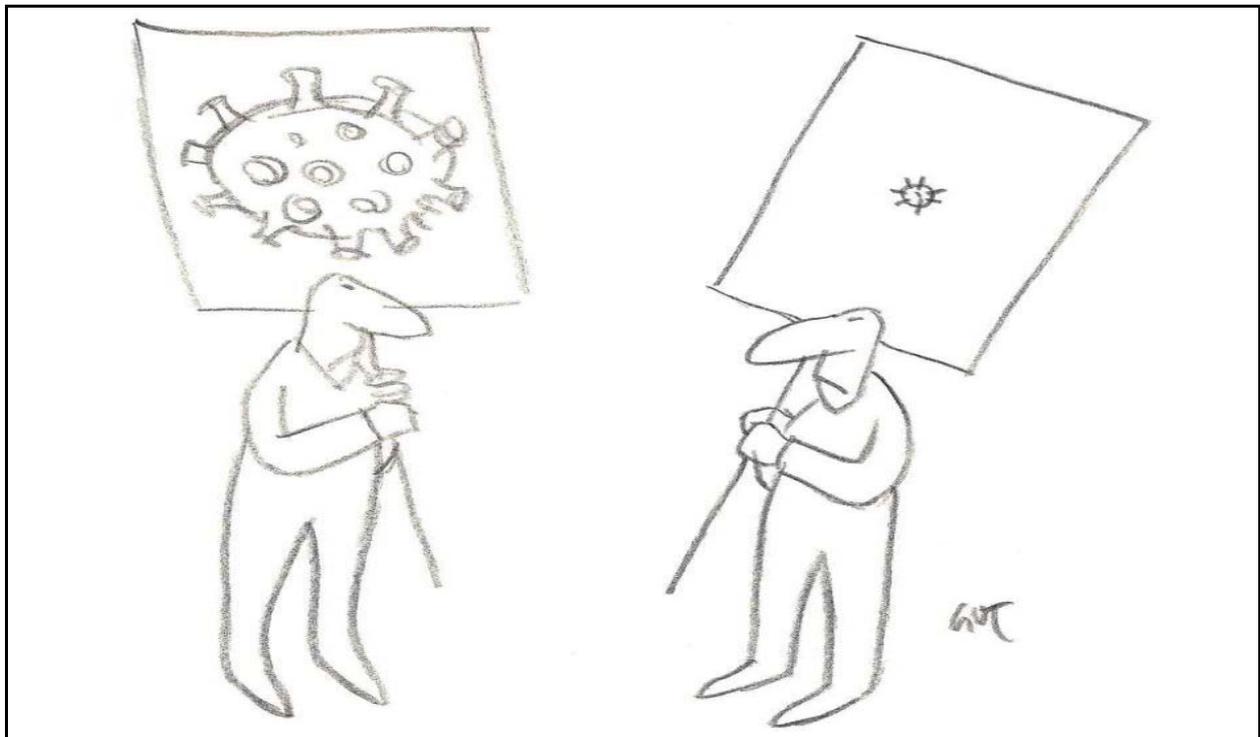
<sup>69</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Januar 2022, Seite 2. Die Aussagen beziehen sich auf die Aussagekraft der täglichen Mitteilungen zu bestätigten Neuinfektionen mit dem Corona-Virus sowie zu Todesfällen in dessen Folge.

<sup>70</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Januar 2022, Seite 19.



gewirkt“.<sup>71</sup> Jetzt ist der Grund dafür deutlich geworden. Vor einem Jahr hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Ringier Verlages, *Marc Walder*, folgende merkwürdige Aussage gemacht, die ihn nun eingeholt hat: „Wir hatten in allen Ländern, wo wir tätig sind – und da wäre ich froh, wenn das in diesem Kreis bleibt –, auf meine Initiative gesagt: ‘Wir wollen die Regierung unterstützen durch unsere mediale Berichterstattung, dass wir alle gut durch die Krise kommen.’“ Für die *Neue Zürcher Zeitung* eine kritikwürdige Entwicklung: „Alle, die glauben, Journalisten würden – gerade in der Pandemie – die Öffentlichkeit hinters Licht führen, dürften in Walders Aussagen eine willkommene Bestätigung sehen.“ Die Zeitung kommt zu dem vernichtenden Urteil: „Wer Regierungen medial unterstützen will, macht sich zum Komplizen der Regierung, anstatt sie kritisch zu begleiten.“<sup>72</sup>

Natürlich kann man unterschiedlicher Auffassung darüber sein, wie dramatisch und gefährlich das Corona-Virus für unsere Gesellschaft wirklich ist:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Januar 2021, Seite 21

Von einer differenzierten Betrachtung der Corona-Problematik und einer wohlthuenden Abwägung der Vor- und Nachteile der gesundheitlichen, aber auch der ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Aspekte will die Politik jedoch nichts wissen. Unsere Geschicke im täglichen Leben bestimmen weiterhin „Politiker, die außer einem **bedeutsamen Regierungsamt** und ihrem hastig angelesenen **Halbwissen** nicht viel zu bieten haben.“<sup>73</sup>

<sup>71</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Januar 2022, Seite 19.

<sup>72</sup> Die letzten Zitate stammen alle aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 4. Januar 2022 auf Seite 19.

<sup>73</sup> *Steingarts Morning Briefing* vom 13. Januar 2022.



Das möglicherweise gut gemeinte, aber dennoch schädliche Verhalten der Politiker kann auch im Jahr 2022 negative Auswirkungen auf Unternehmen und Aktienmärkte haben. Das gilt auch für von der Politik verhängte Teil-Lockdowns. „So hatte der österreichische Gesundheitsminister *Wolfgang Mückstein* die Chuzpe, den **Lockdown für Ungeimpfte** als alternativlos zu bezeichnen. Wahrlich ein einfacher Taschenspielertrick.“<sup>74</sup>



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juli 2021, Seite 2

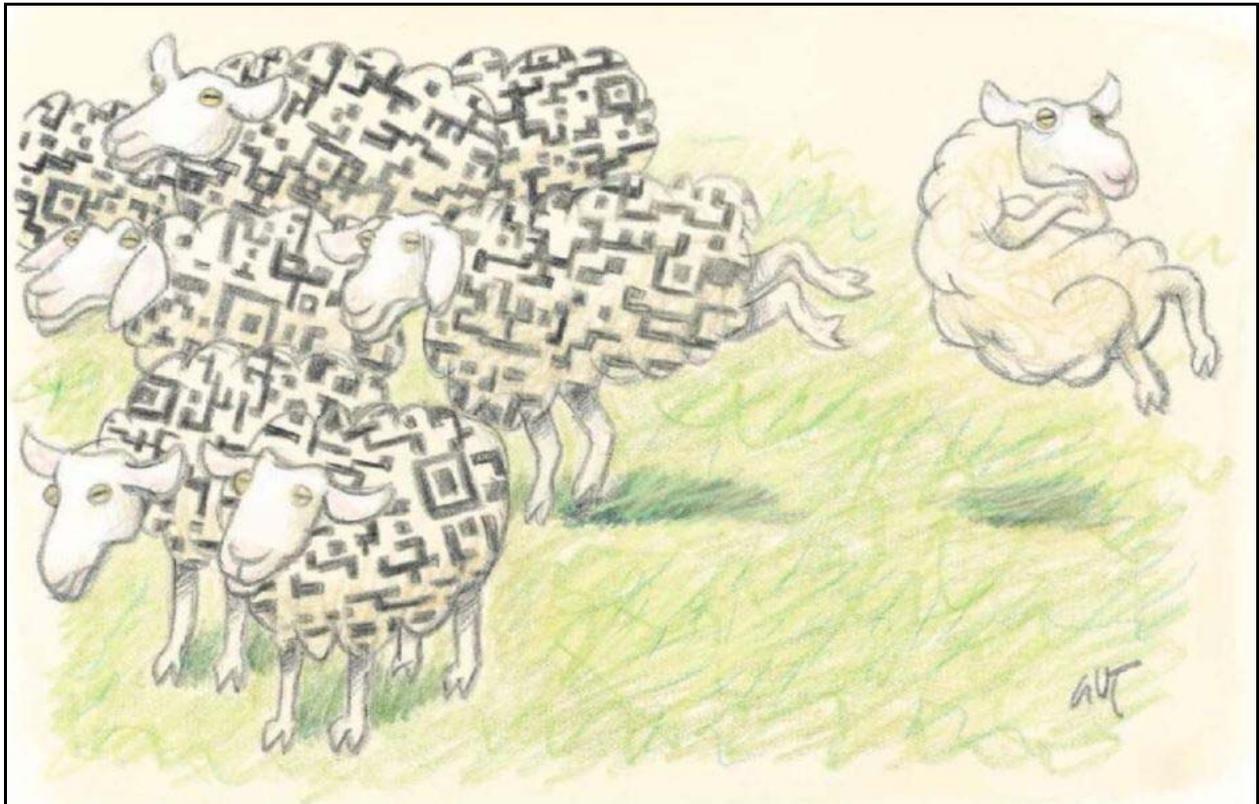
„Taschenspielertricks“ beherrschen auch deutsche Politiker. So schrieb der bayerische Ministerpräsident *Markus Söder* am 18. November 2021 auf Twitter: „Leider nehmen die Corona-Infektionen gerade bei Ungeimpften dramatisch zu. Es gibt einen direkten Zusammenhang von niedrigen Impfquoten und hohen Infektionszahlen.“ Dazu postete er eine Grafik, wonach die Sieben-Tage-Inzidenz der Ungeimpften bei 1 469 lag und jene der Geimpften bei gerade mal 110. Die Wahrheit sieht allerdings ganz anders aus. Die für die Erfassung der entsprechenden Daten zuständige Behörde, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), kannte den Impfstatus von Infizierten offenbar oft gar nicht.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Dezember 2021 schreibt auf Seite 2 dazu: „Ein Sprecher des bayerischen LGL habe beispielhaft für die Woche vor dem 24. November mitgeteilt, in dieser Zeit seien insgesamt 81 782 Corona-Fälle gemeldet

<sup>74</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. November 2021, Seite 1, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Der Leitartikel „Ein Booster für die Vernunft“ stellt fest, dass der „Ingrimm über die Bevormundung“ wächst und beklagt zugleich die „gouvernantenhafte Volkspädagogik“ der Politik.



worden – 9 641 Personen davon hatten einen vollständigen Impfschutz, 14 652 keinen. In 57 489 Fällen sei der Impfstatus ‚unbekannt‘ gewesen. Statt diese Fälle herauszurechnen, habe die Behörde sie der Gruppe der Ungeimpften zugeordnet und auf Basis dieser Zählung die Geimpfte- und Ungeimpften-Inzidenz ausgewiesen.“



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. September 2021, Seite 19

Ob diese „Taschenspielertricks“, die nicht nur bei *Markus Söder*, sondern auch bei Hamburgs Oberbürgermeister *Peter Tschentscher* aufgefliegen sind, auf „Vorsatz“ oder lediglich auf „grober Fahrlässigkeit“ beruhen, wissen wir von *Schmitz & Cie.* natürlich nicht, aber das Verhalten der beiden passt in das Bild, das wir uns von den Fähigkeiten und dem Vorgehen unserer Politiker machen.

Die Frage bleibt daher, steckt möglicherweise hinter dem vereinten Vorgehen von Politik und Medien ein weitergehender Plan, der über die Sorge um die Volksgesundheit hinausgeht? Und ist es Teil dieses Plans, jetzt auch eine **allgemeine Impfpflicht** durchzudrücken? Eine Impfpflicht, von der alle führenden Politiker vor der Bundestagswahl im September 2021 steif und fest behauptet haben, dass sie in Deutschland auf keinen Fall kommen wird.

Was bezweckt die Politik wirklich? Die wenigen Ungeimpften, die man mit einer allgemeinen Impfpflicht vielleicht noch zur Impfung bewegen kann, können nicht der wahre Grund für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht sein. Oder kommt dann als nächstes auch noch der **Impfzwang**? Warum also diese Jagd auf die Ungeimpften?



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. November 2021, Seite 2

Die *Neue Zürcher Zeitung* fragt schon besorgt: „Darf man 80 Millionen Menschen zur Immunisierung zwingen, weil sich in Deutschland täglich 40 000 infizieren?“ Die Zeitung verneint sogleich die Frage und begründet ihre Antwort: „Denn die meisten Ungeimpften sind nicht ansteckend, und die allermeisten Corona-Infektionen verlaufen glimpflich. Täglich 40 000 Neuinfektionen könnten als Grund nicht ausreichen, 80 Millionen Menschen an die Nadel zu zwingen.“<sup>75</sup>

Ein Blick auf den Stadtstaat Bremen, dem Bundesland mit der höchsten Impfquote in Deutschland, zeigt sehr deutlich, dass auch eine sehr hohe Impfquote von aktuell 83,6 Prozent vollständig Geimpfter nicht vor rekordhohen Inzidenzen schützen kann.<sup>76</sup> Insofern ist das Plädoyer der Berliner Gesundheitssenatorin *Ulrike Gote* von den Grünen, nur mit einer Impfpflicht lasse sich die für eine Herdenimmunität erforderliche Impfquote erreichen, sehr spekulativ.<sup>77</sup> Und Professor *Hendrik Streek* ergänzt: „Wir kennen weder die Schutzwirkung noch die Schutzdauer ganz genau. Ich halte unter diesen Umständen eine allgemeine Impfpflicht für ein schwieriges Instrument.“<sup>78</sup>

*Gabor Steingart* schreibt in seinem Morning Briefing „5 Gründe gegen die Impfpflicht“: „Die **Nicht-Geimpften und die Geimpften** sind beide Träger des Virus und damit **Überträger der Krankheit**. Der Geimpfte schützt sich besser – er hat systematisch

<sup>75</sup> Frage und Antwort stammen aus der *Neuen Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 29. Dezember 2021 auf Seite 6.

<sup>76</sup> Vgl. *ZDF heute* vom 7. Januar 2022. Die Inzidenz an diesem Tag betrug 714. Dazu kam eine hohe Hospitalisierungsrate von 14,56 im gesamten Stadtstaat.

<sup>77</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Januar 2022, Seite 4.

<sup>78</sup> *Steingarts Morning Briefing* vom 3. Januar 2022 mit der Überschrift „Die Impfpflicht? Ein Irrtum.“



eine geringere Chance schwer oder gar tödlich zu erkranken – aber: Er schützt nicht automatisch den Nächsten. Er ist weiterhin ein Gefahrenherd für alle anderen, weshalb ein wichtiger Grund für die **gesetzliche Impfpflicht**, der Schutz der Gesellschaft, nicht mehr in dieser Bestimmtheit angeführt werden kann. Omikron macht auch den Geimpften krank und macht ihn – und darauf kommt es hier an – **zum Wirtstier für das Virus.**<sup>79</sup>

Dem Verfasser dieser Zeilen fällt in dem Zusammenhang aus seinem früheren Lateinunterricht das Sprichwort ein: „**Sapere aude**“. Wörtlich übersetzt bedeutet es: „Wage es, weise zu sein!“ Meist wird es in der Interpretation *Immanuel Kants* zitiert, der es 1784 zum Leitspruch der Aufklärung erklärte: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Das würden wir von *Schmitz & Cie.* uns auch von deutlich mehr Bürgern im Land wünschen.

Wer sich als Leser dieser Investmentfonds-Berichte selbst ein tiefergehendes Bild über die derzeit verabreichten **Corona-Impfstoffe** und über die **Impfpflicht** machen möchte, dem sei das aktuelle Buch von *Clemens G. Arvay* empfohlen. Das „Buch erhebt den Anspruch, ein umfassendes Verständnis über die neuen genetischen Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 zu vermitteln.“<sup>80</sup> Der Autor kommt in seinen Schlussfolgerungen zu dem Ergebnis: „dass Bedenken hinsichtlich Sicherheit und Wirksamkeit der COVID-19-Impfstoffe nach signifikant verkürzten Testverfahren ohne Langzeitstudien wissenschaftlich begründbar sind und von renommierten Experten geteilt werden.“ Und weiter: „Der öffentliche und vor allem mediale Diskurs scheint derzeit aber weniger das Ziel zu verfolgen, unbeantwortete Fragen und Problemfelder sichtbar zu machen, als diese vielmehr unter den Tisch zu kehren.“<sup>81</sup>

Überlegenswerte Einwände gegen eine allgemeine Impfpflicht werden in Deutschland von der Politik (bewusst?) nicht geteilt. Ganz im Gegenteil: Der saarländische Ministerpräsident *Tobias Hans* (CDU) erklärte in einer Fernsehsendung lapidar, es brauche die „klare Botschaft an die Ungeimpften: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben.“ Und Tübingens Oberbürgermeister *Boris Palmer* von den Grünen regt eine „Impfpflicht, gerne bis zur Beugehaft“ an.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> *Steingarts Morning Briefing* vom 6. Januar 2022.

<sup>80</sup> *Clemens G. Arvay*: Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko. Wirkungsweisen, Schutz und Nebenwirkungen der Hoffnungsträger, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2021, Seite 25.

<sup>81</sup> Beide Zitate finden sich auf Seite 127. Noch deutlich kritischer sehen Reiss / Bhakdi die Folgen der Impfung. Vgl. hierzu das Kapitel „Der Impfrausch“ in *Karina Reiss / Sucharit Bhakdi*: Corona unmasked. Neue Zahlen, Daten, Hintergründe, Goldegg Verlag, Wien 2021, Seite 131 - 148. Die Autoren schreiben: „Bei allen drei genbasierten Impfstoffen wurden – vor der Allgemeinheit sorgsam verborgen – beunruhigende Sofort-Nebenwirkungen bemerkt: starke Schwellung und Schmerzen an der Einstichstelle, hohes Fieber bis hin zum Schüttelfrost, schlimmste Kopf-, Glieder- und Muskelschmerzen im ganzen Körper, Durchfälle, Übelkeit, Erbrechen. Viele Geimpfte wurden krank- und arbeitsunfähig.“ (Seite 139)

<sup>82</sup> Beide Zitate stammen aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 15. Januar 2022 auf Seite 11. Der Artikel „Deutsche Härte, helvetischer Mittelweg“ zeigt die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz in der Pandemiopolitik auf. Insbesondere die Ansprache der Politik an die Bürger unterscheidet sich deutlich: „In der Bundesrepublik pflegen weite Teile der Politik gegenüber Impfskeptikern einen Kasernenton, wie man ihn zwischen Boden- und Genfersee selten hört.“



Übrigens: Bei einer Einführung der Impfpflicht wäre Deutschland „dann neben Österreich, Tadschikistan, Turkmenistan, Mikronesien, Indonesien, Ecuador und dem Vatikan eines der wenigen Länder dieser Welt mit allgemeiner Impfpflicht.“<sup>83</sup> Da wären wir doch in guter Gesellschaft! Und noch eine zweite Anmerkung für den Fall, dass die Bundesregierung unter Bundeskanzler *Olaf Scholz* doch noch eine Impfpflicht einführen sollte: „Zur Stunde gibt es mehr Ungeimpfte als Scholz-Wähler.“<sup>84</sup>



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Dezember 2021, Seite 1

Uns von *Schmitz & Cie.* fällt in diesem Zusammenhang das Zitat vom irischen Dramatiker *George Farquhar* (1677 -1707) ein, der schon vor über 300 Jahren sagte: „Die, die am wenigsten wissen, gehorchen am besten.“ Funktioniert das auch heute noch? Die Politik erwartet von seinen Bürgern, sich gefälligst an die Vorgaben der Politiker zu halten. Die Bürger sollen sich **dem Staat gegenüber loyal verhalten.**

Aber ist bedingungslose Loyalität der richtige Weg? *Rainer Hank* verneint diese Frage in seinem lesenswerten Buch „Die Loyalitätsfalle“. Er schreibt: „Loyalität steht offenbar im

<sup>83</sup> *DER SPIEGEL* vom 8. Januar 2022, Seite 8.

<sup>84</sup> *Steingarts Morning Briefing* vom 3. Januar 2022 mit der Überschrift „Die Impfpflicht? Ein Irrtum.“



Gegensatz zur Freiheit“.<sup>85</sup> Und er gibt auch Ratschläge zur Lösung aus der Loyalitätsfalle: „Es geht um Befreiung, Selbstbestimmung und Souveränität.“ (Seite 142) Zwar weiß er: „Minderheit zu sein, ist schwer auszuhalten.“ Aber gleichzeitig macht er der Minderheit Mut: „Dabei müsste selbst bei flüchtigem Nachdenken auffallen, dass es keinen logischen Zusammenhang zwischen Wahrheit und Mehrheit gibt.“ (beide Zitate finden sich auf Seite 144)

Sobald sich Einzelne aber gegen die Mehrheit stellen, sich nicht loyal den Staatsvorgaben unterwerfen und sich nicht solidarisch mit der Masse der Andersdenkenden verhalten, dann baut sich erheblicher Druck auf. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragt: „Woher kommt die Wut?“ und schreibt über die beiden ungeimpften Sportstars *Novak Djokovic* und *Joshua Kimmich*: „Wenn diese Solidarität nicht gezeigt wird – auch in der Form, auf die Impfung zu verzichten –, ist der Weg der Mehrheit nicht mehr weit zum Moralisieren, zum Drangsalieren bis hin zum Ausschluss.“<sup>86</sup>

Erfreulicherweise mehren sich nach den Beobachtungen von *Schmitz & Cie.* die Widerstände der Bürger gegen die willkürlichen Freiheitsbeschränkungen des Staates – auch in anderen Ländern. „**Sind die Einschränkungen noch verhältnismäßig?**“ fragt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und berichtet von anhaltenden Protesten der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* in Italien, die die Diskriminierung Ungeimpfter kritisiert. Die Zeitung zitiert die Aussage des Medizin-Nobelpreisträgers *Luc Montagnier* auf einer Kundgebung in Mailand, die Corona-Impfung schütze nicht vor einer Infektion mit dem Corona-Virus und begünstige außerdem die Ansteckung mit anderen Viren. Und der bekannte Mikrobiologe *Andrea Crisanti* wird von einer Demonstration in Padua zitiert, wie er die italienische Regierung vor geplanten Massenimpfungen mit einer vierten oder gar fünften Dosis mit dem Corona-Impfstoff warnt und die Gefahr einer dauerhaften Beeinflussung des komplexen Immunsystems von geimpften Personen beschreibt.<sup>87</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* fordert: „**Es wird Zeit, über den Ausstieg zu diskutieren**“ und wundert sich: „Die einfachen Fragen werden von der Politik erst gar nicht gestellt, etwa: Ist das, was hier abläuft, noch vertretbar, sind die Maßnahmen verhältnismäßig?“<sup>88</sup> Und weiter: „Statt den Ausstieg aus dem Maßnahmenregime einzuleiten, spielt die Regierung auf Zeit.“<sup>89</sup>

---

<sup>85</sup> *Rainer Hank*: Die Loyalitätsfalle – Warum wir dem Ruf der Horde widerstehen müssen, Penguin Random House Verlag, München 2021, Seite 11. Diesen Widerspruch zwischen „Loyalität“ und „Freiheit“ betont Hank mehrfach in seinem Buch: „Loyalität kann der Freiheit des Einzelnen im Wege stehen.“ (Seite 53) „Der Wunsch nach Zugehörigkeit ist stärker als der Wunsch nach Freiheit.“ (Seite 116) „Freiheit als Anleitung zur Illoyalität“ (Seite 137)

<sup>86</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Januar 2022, Seite 28. Der Autor des Artikels wundert sich über die „Maßlosigkeit in diesen Fällen, um irrationale Tendenzen der Massen, um Angriffe auf die Person, die mitunter existenzielle Züge in sich tragen. All dies geschieht in einer Zeit, in der viele Wahrheiten nicht alt werden, in der wissenschaftliche Unsicherheiten über den Umgang mit Corona mit Händen zu greifen sind.“

<sup>87</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Januar 2022, Seite 5.

<sup>88</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Januar 2022, Seite 19. Die Zeitung schreibt besorgt: „Die Balance zwischen Schutz und Ausgrenzung ist endgültig gekippt.“

<sup>89</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Januar 2022, Seite 1.



Die Frage der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen der Politik in der Corona-Krise stellt in der Schweiz unmissverständlich ein Juristenkomitee, bestehend aus einem früheren Bundesrichter, aus Staatsanwälten und aus Rechtsanwälten. Mit einem Appell an die Öffentlichkeit, an die Präsidentin des Nationalrats und an den Präsidenten des Ständerats stellen sie die aktuell in der Schweiz geltende 2-G-Zertifikatspflicht als verfassungswidrig dar. Die Juristen schreiben in ihrer Deklaration sehr deutlich: „Ziel des Gesamtbundesrats scheint es einzig zu sein, den ‚widerwilligen‘ ungeimpften Teil der Schweizer Bevölkerung mit immer totalitärer anmutenden Zwängen zur Impfung zu nötigen.“<sup>90</sup>

Die Frage, woher dieser merkwürdige Drang der Politik kommt, mit einer allgemeinen Impfpflicht unbedingt alle Menschen impfen zu wollen, wird immer spannender. Um den Schutz der „Volks Gesundheit“ geht es wohl nur noch bedingt. Denn es ist ja längst bekannt, dass der Impfstoff trotz zwei-, drei- oder demnächst vierfacher Impfung weder vollständig vor einer Infektion bewahrt, noch die Weitergabe des Corona-Virus an Dritte verhindert. Geht es stattdessen um Macht und Kontrolle der Politik über die Bürger?

Die beiden Autoren *Joseph Mercola* und *Ronnie Cummins* schreiben: „Inzwischen wird immer mehr Menschen klar, dass die unter dem Deckmantel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit erlassenen Beschränkungen alles andere als vorübergehend sind und wahrscheinlich dauerhaft verhängt bleiben.“<sup>91</sup> Haben die beiden recht, wenn sie vermuten: „Es geht um Kontrolle. Kontrolle über jeden Aspekt unseres Alltagslebens, von wo wir hingehen, über wen wir treffen bis hin zu was wir kaufen und tun.“<sup>92</sup>

Noch können wir von *Schmitz & Cie.* lediglich das eine oder andere Puzzleteilchen sammeln und versuchen, es zu einem (noch sehr ungenauen und schemenhaften) Gesamtbild zusammen zu fügen. Wird es zum Beispiel demnächst einen **digitalen Impfausweis** geben, der in der Europäischen Union flächendeckend kommen soll? „Damit

---

<sup>90</sup> *Neue Zürcher Zeitung* (Internationale Ausgabe) vom 28. Dezember 2021, Seite 11. Der genaue Wortlaut der Deklaration ist unter [https://juristen-komitee.ch/wp-content/uploads/2021/12/2021-12-24\\_Deklaration-2G-DE.pdf](https://juristen-komitee.ch/wp-content/uploads/2021/12/2021-12-24_Deklaration-2G-DE.pdf) abrufbar. Interessant ist auch ein Aspekt zur Auslastung der Krankhausbetten: „Per 15. Dezember 2021 waren die Schweizer Spitalbetten insgesamt zu 83 % ausgelastet, der Anteil der ‚COVID-Patienten‘ lag trotz ‚Epidemie‘ offiziell bei lediglich 7.2 %.“ (Seite 2 der Deklaration)

Ein bemerkenswertes Aufbäumen eines Einzelnen gegen die politische Drangsalierung gab es bereits im Sommer 2021. Als Reaktion auf den Beschluss des Schweizer Bundesrates, nur noch Geimpften und Genesenen Einlass in Restaurants zu gewähren, sagte der Präsident von Gastro Ticino, *Massimo Suter*, dass „sein Restaurant künftig nur noch Ungeimpfte empfangen werde.“ *Tessiner Zeitung* vom 27. August 2021, Seite 6.

<sup>91</sup> *Joseph Mercola / Ronnie Cummins: Covid-19 – Die ganze Wahrheit. Enthüllungen zum Great Reset, den Lock-downs, den Impfungen und der Neuen Normalität*, Kopp Verlag, Rottenburg 2021, Seite 26 - 27. Die Autoren vermuten, die Beschränkungen „sind Teil eines größeren langfristigen Plans, und das Ziel besteht letztlich darin, uns zu einem neuen Lebensstil mit deutlich weniger Freiheiten als zuvor zu zwingen. Das bedeutet, dass jeder irgendwann entscheiden muss, was wichtiger ist: persönliche Freiheit oder falsche Sicherheit?“ (Seite 27) Mercola ist Arzt und Cummins ist Verbraucherschützer.

<sup>92</sup> *Joseph Mercola / Ronnie Cummins: Covid-19 – Die ganze Wahrheit. Enthüllungen zum Great Reset, den Lock-downs, den Impfungen und der Neuen Normalität*, Kopp Verlag, Rottenburg 2021, Seite 98. Sie warnen: „Vor allem der Kampf gegen die Impfpflicht ist, davon bin ich überzeugt, ein Kampf, dem wir nicht ausweichen dürfen. Wenn wir uns nicht deutlich dagegen aussprechen, und für das Recht kämpfen, eine eigene Entscheidung zu treffen, wird die nachfolgende medizinische Tyrannei kein Ende haben.“ (Seite 111)



gibt es zwar keine Impfpflicht, aber ohne Impfung darf man dann nicht mehr fliegen, reisen oder ins Restaurant gehen.<sup>93</sup> Und der *Neuen Zürcher Zeitung* schwant bereits: „Das Zertifikat wird in der Schweiz und im Ausland zunehmend zur Pflicht für alle Arten von Alltagsgeschäften und gleichzeitig zum Nachweis für sozial angemessenes Verhalten.“<sup>94</sup> Ist China mit seinem **Sozialkreditsystem** etwa Vorbild?<sup>95</sup>

Bewahrheitet sich möglicherweise die **Offenbarung des Johannes** aus dem Neuen Testament der Bibel, in der in Kapitel 13 steht: „Die Kleinen und die Großen, die Reichen und die Armen, die Freien und die Sklaven, alle zwang es, auf ihrer rechten Hand oder ihrer Stirn ein Kennzeichen anzubringen.“ (Offb 13,16) „Kaufen oder verkaufen konnte nur, wer das Kennzeichen trug: den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens.“ (Offb 13,17) Bedeutet das, dass man in Zukunft nur noch mit einem Kennzeichen (etwa einem digitalisierten Impfausweis?) einkaufen gehen kann?

Wir wollen alle hoffen, dass dieses noch unscharfe Bild über die wahren Absichten der Politik nicht durch immer weitere Puzzleteilchen (die drohende Abschaffung des Bargeldes ist nur ein Beispiel) noch an Schärfe gewinnt.

Wir von *Schmitz & Cie.* setzen noch immer auf die Intelligenz der Bürger und haben den bekannten Spruch des amerikanischen Präsidenten *Abraham Lincoln* (1809 - 1865) vor Augen, der schon vor 200 Jahren wusste: „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.“

---

<sup>93</sup> *Marc Friedrich*: Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 19.

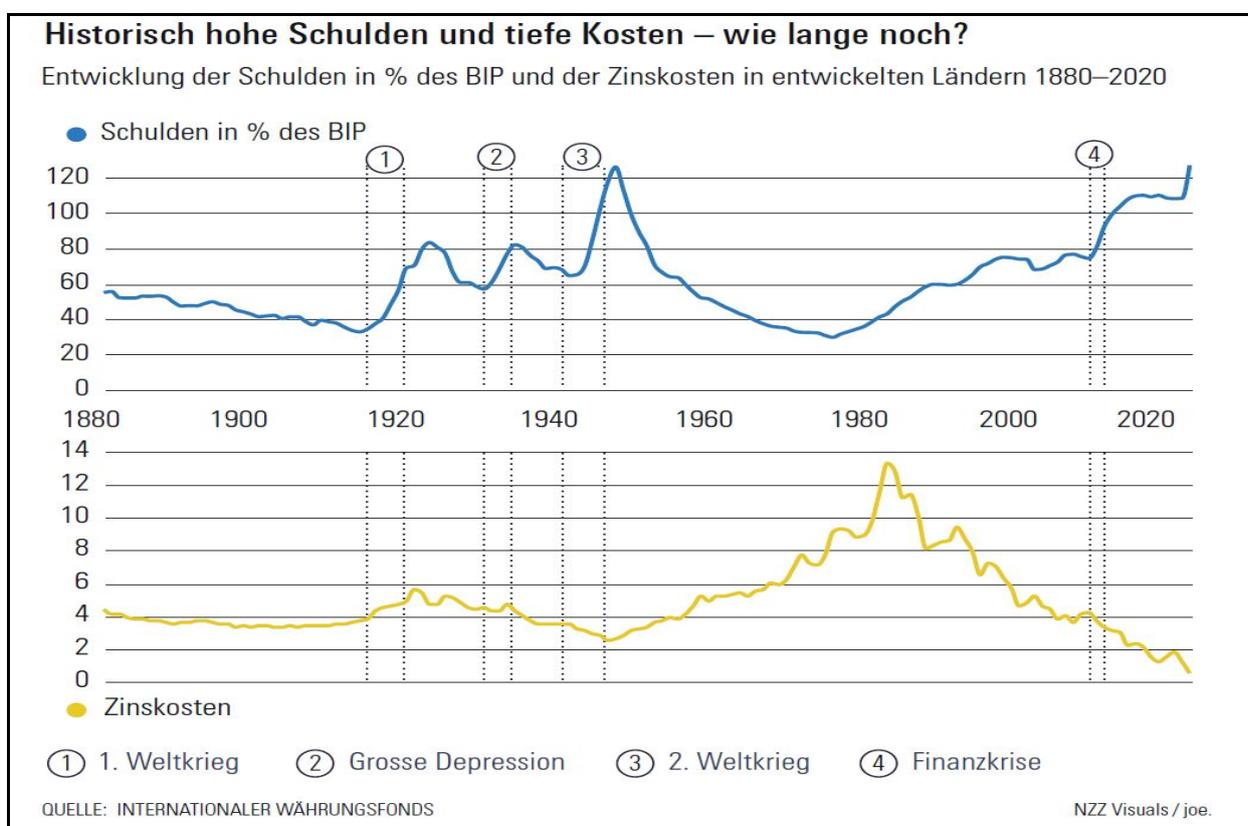
<sup>94</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Oktober 2021, Seite 19. In dem Artikel „Die Corona-Maßnahmen verselbständigen sich“ warnt die Zeitung: „Mit der Ausweitung der Zertifikatspflicht setzt sich der Prozess der oft willkürlichen Freiheitsbeschränkungen fort.“

<sup>95</sup> Vgl. hierzu *WirtschaftsWoche* vom 17. Dezember 2021, Seite 51.



### 4.3 Staatsverschuldung

Im Jahr 2020 haben die Regierungen weltweit ein zusätzliches Staatsdefizit von durchschnittlich 11,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufgehäuft. Im Jahr 2021 könnten es wohl noch einmal 10,4 Prozent vom BIP werden.<sup>96</sup> Damit ist die Staatsverschuldung in den entwickelten Ländern von bereits hohen 108 Prozent des BIP im Jahr 2018 auf 127 Prozent gesprungen<sup>97</sup> – das ist mehr als auf dem bisherigen Höhepunkt nach dem Zweiten Weltkrieg (siehe in der nachfolgenden Grafik die blaue Kurve):



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 22

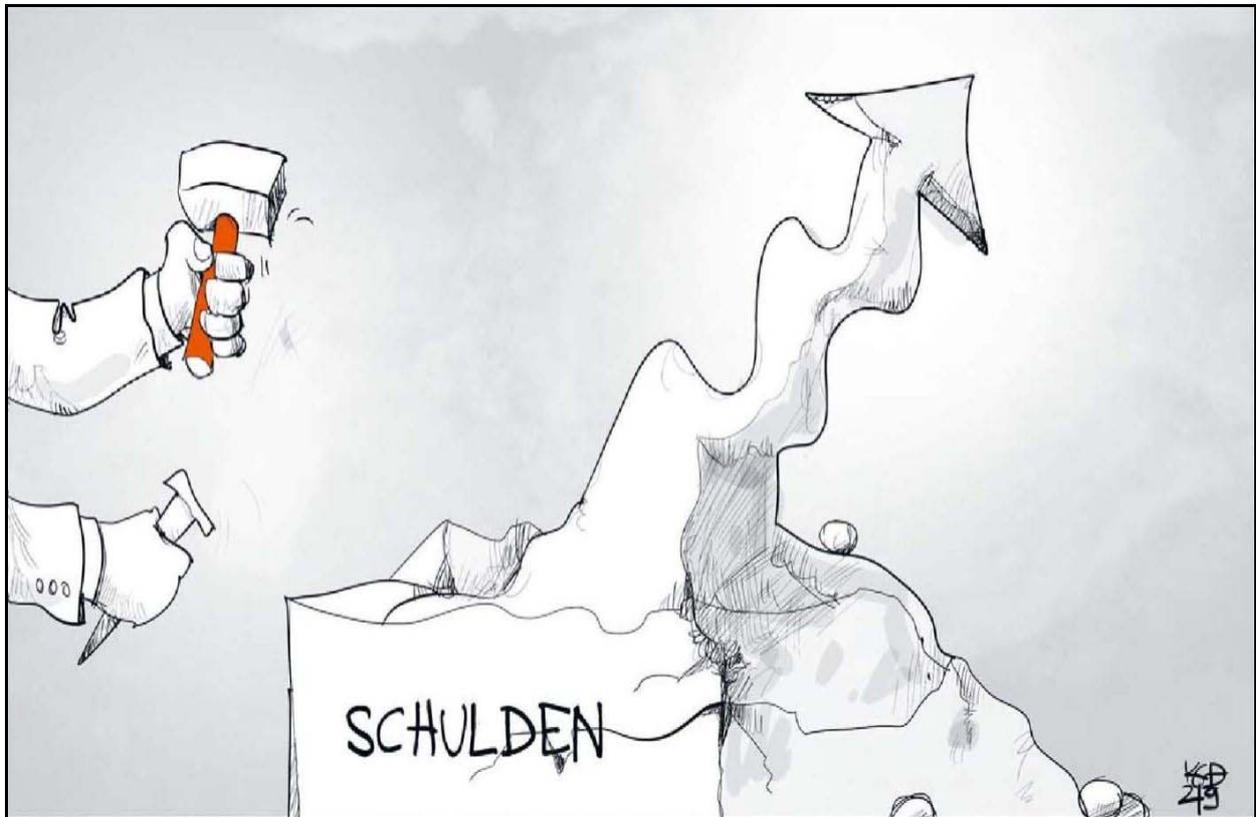
Allein in der Europäischen Union sind die Staatsschulden von 83,9 Prozent des BIP im Jahr 2019 auf 98 Prozent im Jahr 2020 gesprungen. In absoluten Zahlen ist das mit knapp 12 100 Milliarden Euro der höchste je erreichte Wert.<sup>98</sup> Zum Vergleich: Die Staatsschulden der Schweiz beliefen sich im Jahr 2020 auf gerade einmal rund 30 Prozent des BIP<sup>99</sup> und Norwegen hat unter Einberechnung des norwegischen Pensionsfonds in Höhe von über 1 000 Milliarden Euro quasi überhaupt keine Staatsschulden.

<sup>96</sup> Vgl. hierzu *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 22, in der die Zahlenangaben des *Internationalen Währungsfonds* zitiert werden.

<sup>97</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>98</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. April 2021, Seite 17. Die Zahlenangaben stammen vom EU-Statistikamt *Eurostat*.

<sup>99</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. Juni 2021, Seite 20.



Quelle: *Handelsblatt* vom 28. September 2021, Seite 30

Und das sind nur die offen ausgewiesenen Staatsschulden. Allein in Deutschland, das mit 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum noch eine gemäßigte Staatsverschuldung ausweist, kommen aber noch Lasten von 370 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Form sogenannter impliziter Schulden hinzu. In absoluten Zahlen entspricht das einem Betrag von 14 700 Milliarden Euro. Das ist „**der größte unsichtbare Schuldenberg in der Geschichte**“.<sup>100</sup>

Mit den impliziten Schulden wird ermittelt, über welche Rücklagen der Staat aktuell verfügen müsste, um alle heute schon für seine Bürger zugesagten Ausgaben ohne Steuer- oder Beitragserhöhungen zu finanzieren. Einer der Haupttreiber für immer höhere implizite Staatsschulden ist stets die Alterung der Gesellschaft. Denn wenn die Gruppe der Sozialleistungsbezieher im Verhältnis zur Gruppe der Steuer- und Beitragszahler immer größer wird, was durch den demografischen Effekt zwangsläufig ist, reißen selbst bei unveränderten Gesetzen im Zeitverlauf immer größere Finanzierungslücken auf. Und das ständige Ausweiten von Sozialleistungen durch unsere (un)verantwortliche Politiker vergrößert die Lücke dann noch zusätzlich!

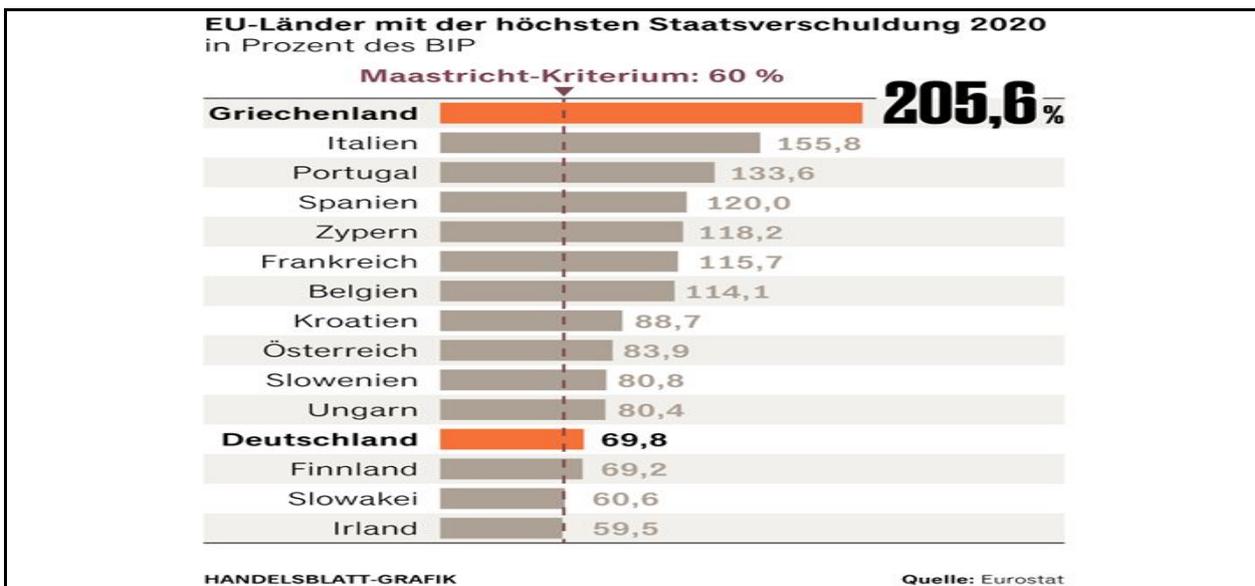
<sup>100</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. August 2021, Seite 17. Das Zitat stammt Freiburger Finanzwissenschaftler Professor Bernd Raffelhüschen.



Quelle: *Handelsblatt* vom 27. Januar 2021, Seite 16

Die absurd hohen Schuldenstände in Ländern wie Italien, Spanien oder auch Frankreich sind mittlerweile nur deshalb noch tragbar, weil die Zinsen und damit die Zinskosten für die verschuldeten Staaten auf historischen Tiefstständen verharren (siehe in der obigen Grafik aus Seite 38 die gelbe Kurve). Und damit die Zinsen nicht steigen, kaufen die Notenbanken immer größere Anteile an den neu auf den Markt geworfenen Staatsschulden auf. Aber die ständig steigenden Schulden werden nicht ohne Folgen bleiben. Die *Neue Zürcher Zeitung* warnt bereits: **„Das frivole Leben auf Kredit fordert früher oder später seinen hohen Preis.“**<sup>101</sup>

Diese Verhaltensweise der Politiker wird jedoch verständlicher, wenn man sich die ständig steigenden Staatsschulden der Euroländer (aber auch den USA) anschaut:



Quelle: *Handelsblatt Morning Briefing plus* vom 30. Oktober 2021

<sup>101</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 19.



Nahezu alle Euro-Länder liegen – zum Teil sehr deutlich – über der im Vertrag von Maastricht verankerten Schuldengrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und das wird noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Die Folgen der Corona-Krise und deren finanzielle Bewältigung werden die Staatsschulden weiter wachsen lassen. Schon im Jahr 2020 sind die Schulden weltweit so schnell gestiegen wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.<sup>102</sup> Professor *Fuest* prophezeit: „Die Coronakrise wird ... einen Berg an öffentlichen und privaten Schulden hinterlassen und viel Vermögen zerstören.“<sup>103</sup>

Inzwischen sind die Schuldenberge so stark gewachsen, dass die (eigentlich unabhängigen) internationalen Notenbanken von der Politik gezwungen werden, die Zinsen so niedrig wie möglich zu halten und zusätzlich die Staatskassen mit immer neuem Geld zu versorgen.<sup>104</sup> **„Mittlerweile wird sogar eine erhöhte Preisinflation als probates Mittel gesehen, um die Verschuldungslage der Staaten zu entschärfen.“**<sup>105</sup>

Die Politiker verspüren nicht die geringste Lust, diese Schuldenlast abzubauen, jedenfalls nicht nominal betrachtet. Real betrachtet jedoch, also nach Abzug der Inflation, hilft ihnen eine spürbare Inflation, die Schuldenlast erträglich zu gestalten. Bei einer Inflationsrate von sechs Prozent halbiert sich die Schuldenlast kaufkraftbereinigt bereits nach zwölf Jahren und nach 24 Jahren hat sie sich sogar geviertelt. Das ist der eigentliche Grund, warum **höhere Inflationsraten politisch gewollt sind!** Und bei den (von den Notenbanken künstlich tief gehaltenen) derzeitigen Kapitalmarktzinsen sieht kaum ein Politiker die Notwendigkeit, die angehäuften Schulden zurückzuzahlen.<sup>106</sup>

Ganz im Gegenteil: Die (un)verantwortlichen Politiker wollen weiter über ihre finanziellen Verhältnisse leben (der langjährige Mentor des Verfassers dieser Zeilen, *André Kostolany*, hätte jetzt gesagt: und einige auch über ihre geistigen Verhältnisse) und kräftig zusätzliche Schulden machen. Die aktuellen Schlagzeilen dazu lauten: „Aushöhlung der europäischen Schuldenregeln“<sup>107</sup>, „Das Ende der Stabilitätskultur“<sup>108</sup>, „Paris fordert Euro-Reform“<sup>109</sup>, „Italienisch-französische Schuldenunion“<sup>110</sup> oder „Schafft den Stabilitätspakt ab!“<sup>111</sup> *Mark Twain* (1835 - 1910) soll einmal gesagt haben: „Manchmal frage ich mich, ob die Welt von klugen Menschen regiert wird, die uns zum Narren halten – oder von Schwachköpfen, die es ernst meinen!“

---

<sup>102</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Dezember 2021, Seite 19. Die Angaben stammen aus der Schuldeninventur des *Internationalen Währungsfonds* (IWF).

<sup>103</sup> *Clemens Fuest*: *Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Coronakrise*, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 30.

<sup>104</sup> Vgl. *Degussa Marktreport* vom 17. Juni 2021, Seite 6.

<sup>105</sup> *Degussa Marktreport* vom 17. Juni 2021, Seite 6.

<sup>106</sup> Auf den Denkfehler der Aussage „Staatsschulden sind kein Problem, wenn die Zinsen bloß niedrig genug sind?“ weist die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* in ihrer Ausgabe vom 2. Januar 2022 auf Seite 18 in dem Artikel „Das heiße Spiel mit dem vielen Geld“ hin und beantwortet die im Untertitel aufgeworfene Frage mit einem einfachen „Von wegen“.

<sup>107</sup> *Handelsblatt* vom 20. Oktober 2021, Seite 14.

<sup>108</sup> *Handelsblatt* vom 27. Oktober 2021, Seite 12.

<sup>109</sup> *Handelsblatt* vom 16. November 2021, Seite 1.

<sup>110</sup> *Handelsblatt* vom 26. - 28. November 2021, Seite 18.

<sup>111</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Dezember 2021, Seite 20.



Kaum hat Jens Weidmann seinen Rücktritt als Präsident der Deutschen Bundesbank verkündet, da tauchen erste Pläne auf, die Schuldenregeln des Maastricht-Vertrags auszuhebeln. Jetzt legen die Ökonomen des EU-Rettungsfonds ESM einen erschreckenden Reformvorschlag vor. Statt einer Verschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen nun 100 Prozent erlaubt sein.<sup>112</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 27. Oktober 2021, Seite 12

Das ist ein verheerendes Signal und obendrein **das Ende des Stabilitätspakts**. Denn für die hoch verschuldeten Länder wie Griechenland oder Italien ist das ein „Freibrief für den weiteren Marsch in den Schuldenstaat“<sup>113</sup>. Selbstverständlich kann man sich fragen, wieso die maximale Verschuldung in dem im Jahr 1992 geschlossenen Vertrag in Maastricht gerade bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgeschrieben worden ist.<sup>114</sup> Wären nicht auch 70, 80 oder auch 100 Prozent verkraftbar? Natürlich wissen wir nicht, wo eine sinnvolle Obergrenze für Staatsschulden liegt. Wir ahnen aber, dass Werte von 206 Prozent (Griechenland) oder 156 Prozent (Italien) „eine tickende Zeitbombe“<sup>115</sup> darstellen.

<sup>112</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 27. Oktober 2021, Seite 12.

<sup>113</sup> *Handelsblatt* vom 27. Oktober 2021, Seite 12.

<sup>114</sup> Bei der Gründung des Euro machten Politiker und Wirtschaftswissenschaftler folgende Überlegung: Die Maastricht-Kriterien setzten drei Prozent jährliches Haushaltsdefizit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt und höchstens 60 Prozent Altschulden als Obergrenze fest. Wenn die Zinsen für die alten Staatsschulden fünf Prozent betragen, dann machen diese, auf 60 Prozent der alten Staatsschulden bezogen, genau die erlaubten drei Prozent des Inlandsprodukts aus. Wächst das Bruttoinlandsprodukt nun jedes Jahr um drei Prozent, nimmt die Schuldenrate in der Volkswirtschaft nicht zu. Das war die damalige Idee. Vgl. hierzu auch *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Oktober 2021, Seite 21.

<sup>115</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Oktober 2021, Seite 18.



Das hält die Politiker aber nicht davon ab, die Schuldengrenze nach oben verschieben zu wollen. So fragte der französische Finanzminister *Bruno Le Maire* Mitte November im Interview mit dem *Handelsblatt* provokativ: „Wenden wir weiter Regeln wie die obsoleute 60-Prozent-Grenze bei der Staatsverschuldung an, oder versuchen wir gemeinsam und gelassen, über neue Regeln nachzudenken?“<sup>116</sup>

In dieselbe Kerbe schlägt die Chefökonomin der Weltbank, *Carmen Reinhart*: „Die strengen Maastricht-Kriterien aus den Neunzigerjahren sind Vergangenheit. Insofern wäre eine Reform des Stabilitätspakts, formal gesehen, nur mehr ein Rendezvous mit der Realität.“<sup>117</sup> Professor *Hans-Werner Sinn* meint dazu trocken: „Wenn man seine Ziele nicht erreicht, kann man sich mehr anstrengen oder die Ziele ändern. Bequemer ist Letzteres. So ist es auch mit der Staatsverschuldung.“<sup>118</sup>

Nach dem Ende der 16jährigen Kanzlerschaft von Angela Merkel, die es meistens verstand, die Vorstöße der hochverschuldeten Länder nach noch mehr gemeinschaftlichen Staatsschulden abzuwehren, versuchen jetzt die Staatsschefs von Italien und Frankreich zusammen, eine Reform der Schuldenregeln voranzutreiben. Diese beiden Länder stehen für fast die Hälfte der Gesamtverschuldung von 11 600 Milliarden Euro in der Währungsunion.<sup>119</sup> Italiens Ministerpräsident *Mario Draghi* und der französische Staatspräsident *Emmanuel Macron* „teilen die Ansicht, dass die wegen der Pandemiekosten ausgesetzten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht mehr die Realität in der Währungsgemeinschaft widerspiegeln.“<sup>120</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* kritisiert diesen Vorstoß mit der Aussage, das Vorhaben der beiden Politiker lasse „sich in vier Worten zusammenfassen: mehr Freiheit beim Geldausgeben.“<sup>121</sup> Oder anderes formuliert: **weg mit dem Stabilitätspakt und her mit noch mehr Staatsschulden!**

---

<sup>116</sup> *Handelsblatt* vom 16. November 2021, Seite 1. In dem ausführlichen Interview auf den Seiten 4 - 5 sagt Le Maire einerseits „Ich möchte unseren Partnern in der Eurozone versichern, dass wir unsere Schulden zurückzahlen und weiter reformieren werden“, andererseits „muss man die Frage stellen, ob die Schuldenregeln aus den 1990er Jahren noch der Realität entsprechen.“

*DER SPIEGEL* vom 22. Januar 2022 fordert auf Seite 67: „Vergesst den Stabilitätspakt!“ und erläutert: „Die EU-Kommission und eigene Euroländer wollen das Währungsregelwerk reformieren. Besser wäre, es gleich ganz abzuschaffen.“

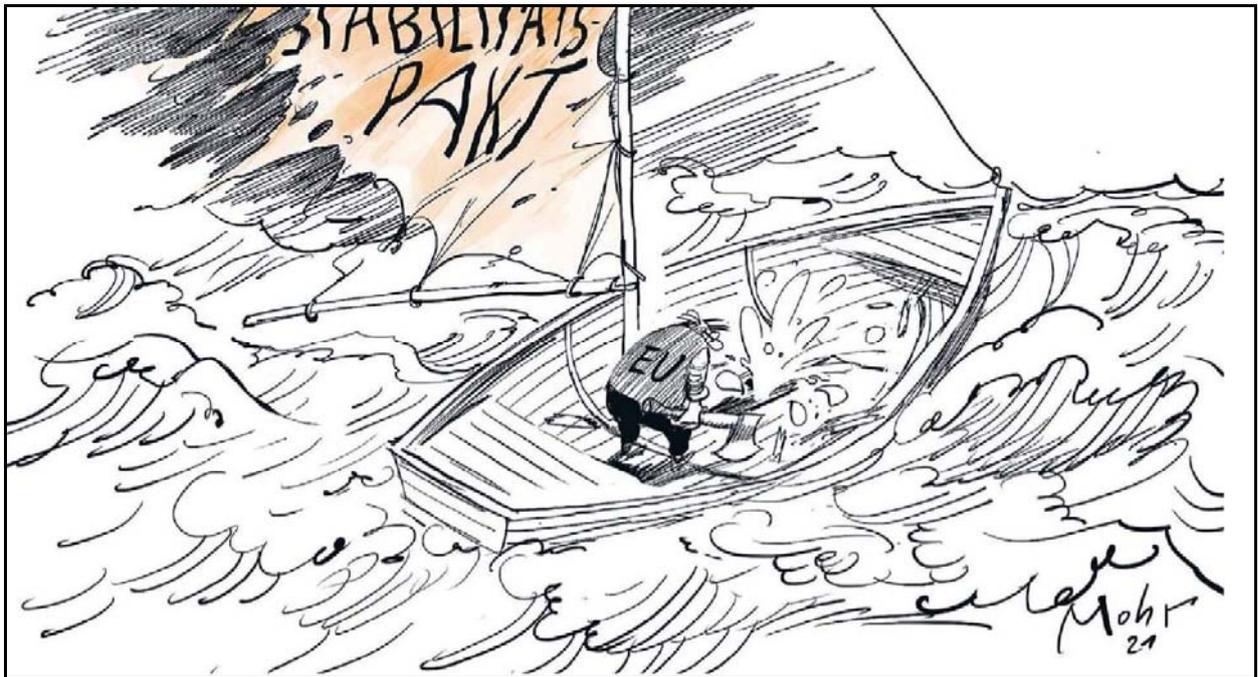
<sup>117</sup> Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 19. November 2021, Seite 42 - 43, hier Seite 43.

<sup>118</sup> *Hans-Werner Sinn*: Die wundersame Geldvermehrung – Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2021, Seite 179.

<sup>119</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 26. - 28. November 2021, Seite 18.

<sup>120</sup> *Handelsblatt* vom 26. - 28. November 2021, Seite 18. Unterstützung erhalten die beiden Politiker von einem weiteren Italiener, dem EU-Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni*. Er sagt in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 29. Dezember 2021 auf Seite 17: „Die Schulden abzubauen war schon vor der Pandemie schwierig. Jetzt ist es noch schwieriger.“ Und darüber hinaus: „Die grüne und digitale Transformation erfordert eine Riesensumme an Investitionen, die dürfen durch das EU-Regelwerk nicht verhindert werden.“

<sup>121</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Dezember 2021, Seite 19. Der Artikel „Macron und Draghi spielen mit dem Feuer“ ärgert sich über die „lateinische Lässigkeit“ und spricht vom „Freipass zum frivolen Schuldenmachen“. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Januar 2022 sieht in ihrem Artikel über der Maastrichter Vertrag „Fundament oder Fetisch“ auf Seite 19 insbesondere Frankreich als Quertreiber: „Dass ein souveräner Staat in seinem Ausgabengebahren durch Brüsseler Vorgaben eingeschränkt wird, gilt in Paris ohnehin als befremdlich.“



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. Oktober 2021, Seite 12

Professor *Markus C. Kerber* ärgert sich: „Die Corona-Krise ist ein gefundenes Fressen für die Machthaber in Paris und die politische Klasse Italiens, um endlich das zu bekommen, was ihnen nach den europäischen Verträgen verboten ist: Gemeinschaftshaftung.“<sup>122</sup> Oder klarer formuliert: **Deutschland zahlt!**

Vor über 20 Jahren wurde für den Stabilitäts- und Wachstumspakt noch mit dem Versprechen geworben, dass er gewährleisten würde, dass sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltigen Staatsfinanzen verpflichtet fühlen. Jetzt wird immer deutlicher: das Gegenteil ist der Fall. „Euro-Ideologen in Brüssel sowie die Weichwährungs- und Schuldenstaaten Südeuropas stellen die Mehrheit an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB), wo immer neue ‚Programme‘ aufgelegt werden, um den hoch verschuldeten Ländern noch mehr Defizite zuzubilligen, für die alle Euro-Länder, allen voran Deutschland, geradestehen müssen.“<sup>123</sup>

Im Jahr 2022 wird es für Deutschland und die neu gewählte Bundesregierung darauf ankommen, diesen Versuchen nach immer mehr Staatsschulden einen Riegel vorzuschieben. „Kippt Deutschland auch noch, dann **gibt es für den Euro kein Halten mehr**. Es kommt das, was sich Frankreich und andere erträumt haben: eine **Trans-**

<sup>122</sup> *Markus C. Kerber*: Der deutsche Selbstmord – Wie unser Land in der Corona-Krise für Europa geopfert wird, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 43. An anderer Stelle wird Kerber noch deutlicher: „Gleichzeitig schaffte die Corona-Pandemie etwas, das bisher niemand vermochte: In Europa wurde eine Fülle ökonomisch obsoletter, neo-sozialistischer Ideen wie die von Eurobonds – unter immer neuen Namen – einer zunehmend irrationalen Öffentlichkeit zugeführt.“ (Seite 26) Kerber ist Professor für öffentlichen Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin.

<sup>123</sup> *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 21. Oktober 2021, nachzulesen unter <https://paz.de/artikel/alarmsignal-aus-frankfurt-a5641.html>.



**ferunion mit Weichwährung.**<sup>124</sup> Denn es gilt: „Noch mehr Schulden sind keine Lösung, sie sind nur eine weitere Verlängerung der größten Insolvenzverschleppung in der Geschichte der Menschheit.“<sup>125</sup>

Dass es auch anders geht, zeigt seit vielen Jahren die Schweiz. Die im Jahr 2001 vom Schweizer Stimmvolk angenommene *Schuldenbremse* ist eine Erfolgsgeschichte und bewährt sich auch und gerade bei der Bewältigung der Corona-Krise. In ihrem Gastkommentar „Die finanzielle Resilienz des Staates zahlt sich aus“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 2. Dezember 2021 auf Seite 18 schreiben *Hans-Rudolf Merz* (von 2003 bis 2010 Mitglied des Bundesrats) und *Kaspar Villiger* (von 1989 bis 2003 Mitglied des Bundesrats): „Warum nur fällt es Politikern so schwer, was für jede Familie selbstverständlich ist, nämlich mit dem Geld auszukommen, das zur Verfügung steht? Das hat mit den Fehlanreizen zu tun, welche – neben all ihren Vorteilen – der Demokratie angeboren sind. Sozusagen die Mutter aller Fehlanreize ist der Wille der Politiker, zuerst gewählt und dann wiedergewählt zu werden.“ Und weiter: „Zu alledem kommt ein weiterer grundlegender Fehlanreiz: **Die Politiker geben Geld aus, das ihnen nicht gehört** und für das sie im Unterschied zu Unternehmen und Privatpersonen nicht persönlich haften.“

Im Gegensatz zu der durchschnittlichen Staatsschuldenquote der Euro-Länder von inzwischen über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat die Schweiz lediglich eine Schuldenquote von rund 30 Prozent. Auf den Punkt gebracht bedeutet das: „Die Schweiz ist bei der Gesundung der Staatsfinanzen ihren Nachbarn weit voraus.“<sup>126</sup> Dies ist mit ein Grund, warum die Schweiz nicht so stark inflationieren muss wie die Mehrzahl der Euro-Länder, die ihre Staatsschulden mit hohen Inflationsraten erträglich machen wollen.

Wir von *Schmitz & Partner* rechnen aufgrund dieser Entwicklungen mit einem **anhaltenden Kurs- und Wertverfall des Euro** in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft in den von uns gemanagten Wertpapierdepots unserer Kunden und in den beiden von uns verantworteten *Schmitz & Partner Investmentfonds* den jeweiligen Währungsanteil in Euro tendenziell niedrig halten. Im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* betrug der Euroanteil zum Ende des Jahres 2021 beispielsweise nur knapp 20 Prozent. Der Währungsanteil im Schweizer Franken hingegen lag bei 33 Prozent.

---

<sup>124</sup> *Handelsblatt* vom 27. Oktober 2021, Seite 12. Und auch in Deutschland gibt es bereits Stimmen, die den Stabilitätspakt aufweichen wollen, so zum Beispiel Professor *Bert Rürup* in seinem Aufsatz „Die Schuldengrenze hat sich überlebt“ im *Handelsblatt* vom 14. - 16. Januar 2022 auf Seite 12.

<sup>125</sup> *Marc Friedrich*: Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 48.

<sup>126</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. Juni 2021, Seite 20.

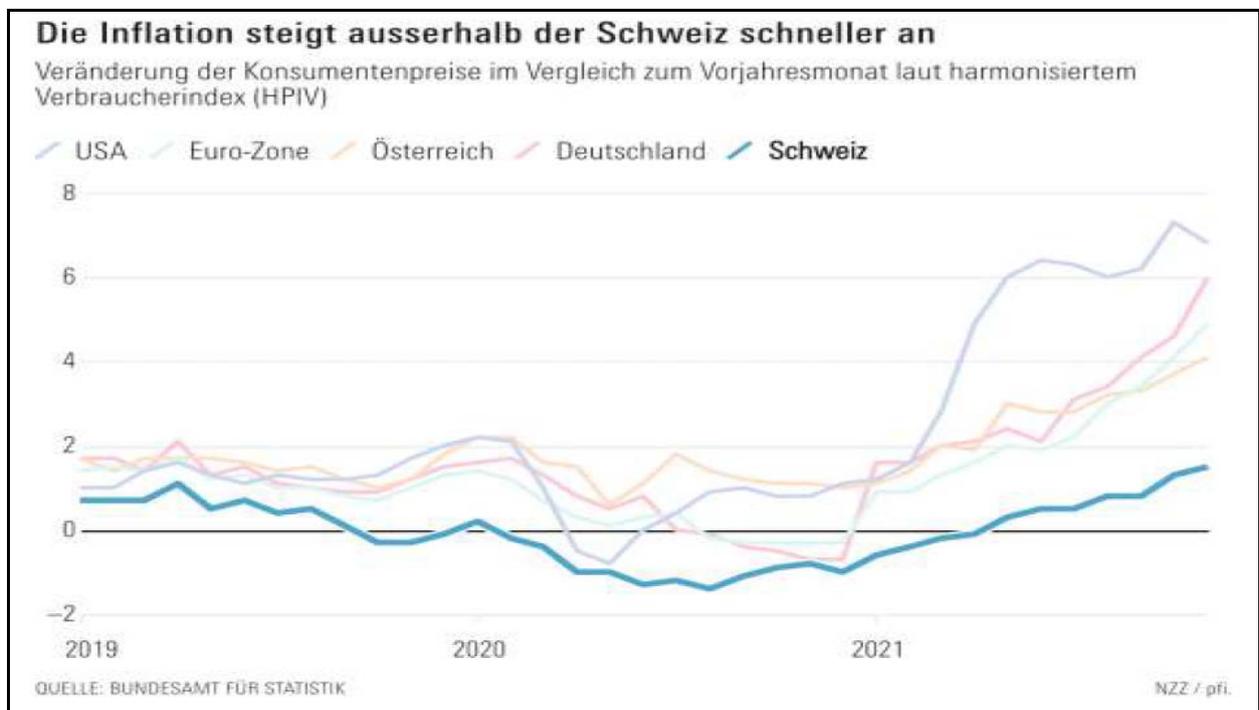
Im Ranking des *Institute for Management Development (IMD)*, das jährlich die effizientesten Volkswirtschaften in einer umfangreichen Studie analysiert, steht die Schweiz zum ersten Mal auf Platz 1 von insgesamt 64 untersuchten Staaten. Neben den vier Hauptfaktoren ökonomische Leistung, Wirtschaftspolitik, Effizienz der Wirtschaft und Zustand der Infrastruktur wird vor allem die „im internationalen Vergleich unübertroffene Verfassung der öffentlichen Finanzen“ hervorgehoben. Vgl. hierzu den Artikel „Die Schweiz ist erstmals wettbewerbsstärkstes Land der Welt“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Juni 2021 auf Seite 21.



#### 4.4 Höhere Inflation als politischer Wille

Einer der Hauptgründe für die permanente Schwäche des Euro und auch des US-Dollar gegenüber dem Schweizer Franken sind die **unterschiedlichen Inflationsraten** in den jeweiligen Ländern. So sind die Preise im amerikanischen und europäischen Ausland in der Vergangenheit viel stärker gestiegen als in der Schweiz. Allein im Dezember hat in den USA die Inflation mit 7 Prozent den höchsten Stand seit vierzig Jahren erreicht. Und in Deutschland betrug im Dezember die Inflationsrate 5,3 Prozent.<sup>127</sup>

In der Schweiz hingegen betrug der Kaufkraftverlust nur minimale 1,2 Prozent. In diesem ökonomischen Umfeld gilt: die Währung mit der höchsten Inflationsrate hat auch den höchsten Kaufkraftverlust, die Währung mit der niedrigsten Inflationsrate hat somit den niedrigsten Kaufkraftverlust.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 2021, Seite 21

Die aktuell niedrige Inflationsrate in der Schweiz ist keine Ausnahme. Für das Jahr 2022 prognostiziert die Schweizerische Nationalbank eine Inflation von 1,0 Prozent und für das Jahr 2023 sogar nur von 0,7 Prozent.<sup>128</sup> Aus Sicht der Schweiz ist dieses Inflationsgefälle nicht außergewöhnlich: „So bewegt sich die Inflation im europäischen Ausland seit Jahrzehnten auf höherem Niveau als hierzulande.“<sup>129</sup> Das Wirtschaftsmagazin *Bilanz* schreibt: „Die Schweiz scheint in Sachen Teuerung eine Insel der Seligen zu

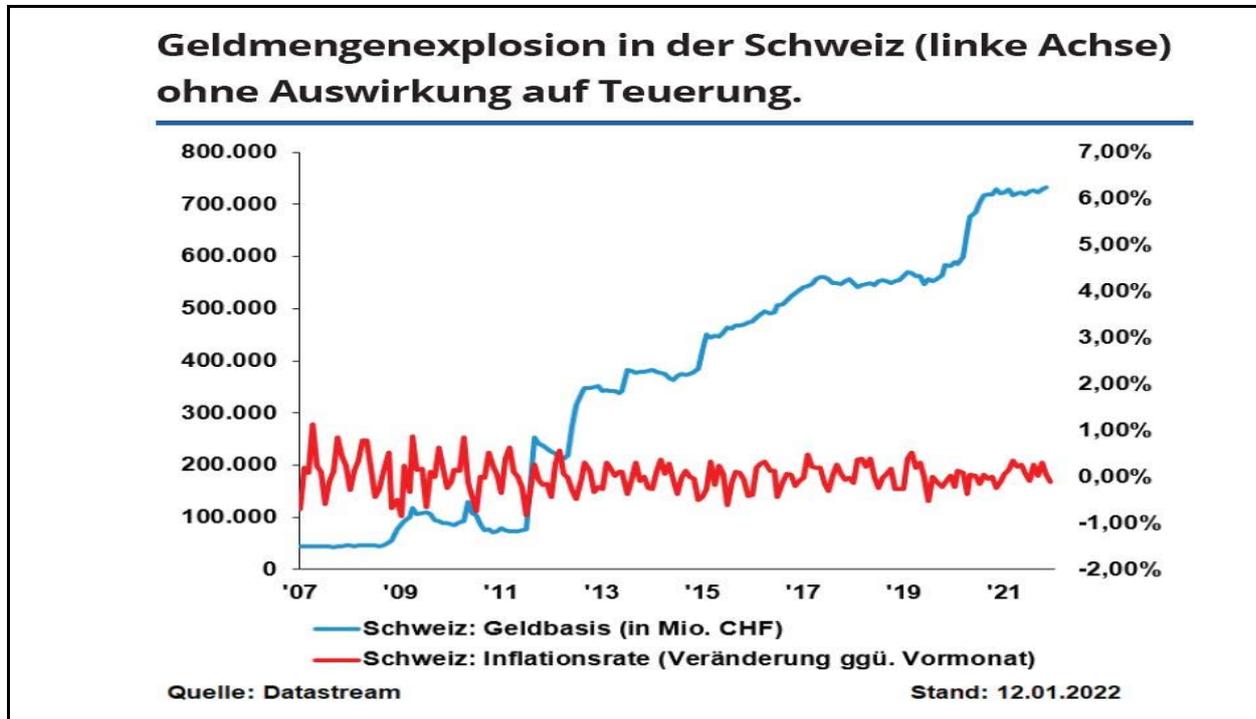
<sup>127</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 7. Januar 2022, Seite 1.

<sup>128</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 2021, Seite 21.

<sup>129</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. November 2021, Seite 22.



sein.“<sup>130</sup> Und die *WirtschaftsWoche* ergänzt zum Thema Schweiz: „Wo die stabilen Preise wohnen“.<sup>131</sup>



Quelle: *FINANZWOCHEN* vom 13. Januar 2022, Seite 12

Und genau aus diesem Grund ist der **Schweizer Franken** seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges **die härteste Währung der Welt** mit dem geringsten Kaufkraftverlust! Nur die Deutsche Mark konnte dem Schweizer Franken beim Kaufkraftherhalt einigermaßen Paroli bieten – aber die DM gibt es nun leider seit zwanzig Jahren nicht mehr.

Aber woran liegt es, dass die Inflation in den Euro-Ländern und auch in den USA um so viel höher ausfällt als in der Schweiz? Natürlich kann man argumentieren, dass die Erzeugerpreise, die als Vorläufer der Verbraucherpreis-inflation gelten, so stark angezogen sind. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, stiegen die Erzeugerpreise im Dezember mit 24,2 Prozent so stark wie nie seit Bestehen der Bundesrepublik!<sup>132</sup> Und so lauten einige Titelzeilen aus den letzten Wochen: „Mit Wucht zurück – die Inflation“<sup>133</sup>, „Die Inflationsgefahr wird erneut unterschätzt“<sup>134</sup>, „Die Inflation ist gekommen,

<sup>130</sup> *Bilanz*, Dezember 2021, Seite 225. Der Beitrag „Gefährliches Spiel“ auf den Seiten 222 - 226 hält die Überzeugung der Notenbanken, die aktuelle Inflation sei nur eine „vorübergehende Teuerung“ für eine „riskante Wette“. (Seite 223)

<sup>131</sup> *WirtschaftsWoche* vom 14. Januar 2022, Seite 38.

<sup>132</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Januar 2022, Seite 23.

<sup>133</sup> *Smart Investor*, Dezember 2021, Seite 18.

<sup>134</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Dezember 2021, Seite 19. In seinem Gastkommentar zieht *Ernst Baltensperger* Vergleiche mit den 1970er Jahren, in denen ebenfalls hohe Inflationsraten herrschten. Und auch damals erwies sich die Inflationsdynamik als weitaus hartnäckiger, als angenommen worden war. Baltensperger ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern.



um zu bleiben<sup>135</sup>, „Die Inflation wird höher bleiben als gedacht“<sup>136</sup> oder auch „Inflationssorgen nehmen zu“<sup>137</sup>.



Quelle: *Handelsblatt* vom 30. November 2021, Seite 18

Aber die hohen Erzeugerpreise gelten auch für die Schweiz. Und trotzdem ist die Inflation dort deutlich niedriger. Was sind also die wahren Gründe für eine dermaßen hohe Inflation in den Euroländern und auch in den USA? Aus der Sicht von *Schmitz & Cie.* ist die Ursache für den spürbaren Kaufkraftverlust der Bürger in erster Linie die **übermäßige Ausweitung des Geldangebots** durch die Europäische Zentralbank EZB und die US-Zentralbank Fed. So hat die EZB die Geldmenge M3 im Euroraum seit Anfang des Jahres 2020 um fast 18 Prozent ausgeweitet und in den USA hat die Fed die Geldmenge im selben Zeitraum sogar um 36 Prozent ausgeweitet<sup>138</sup> – in nicht einmal zwei Jahren! Dieses Überangebot an Geld trifft auf eine nahezu gleichgebliebene Gütermenge; das Resultat sind kräftig steigende Preise.

Professor *Hans-Werner Sinn* „gibt einen Überblick über die während der Coronakrise realisierten Geldmengenausweitungen aufgrund neu beschlossener oder noch laufender Programme sowie eine Schätzung der vermutlich bis zum Jahresende noch anfallenden Beträge“ und beziffert die Ausweitung der Geldmenge auf 4 649 Milliarden Euro.<sup>139</sup> Er mahnt: „Die Zahlen liegen meilenweit jenseits dessen, was noch vor einigen Jahren denkbar war. Es ist schwer, die Entwicklung der Geldmenge seit der Lehman-Krise als Ergebnis eines auch nur halbwegs rationalen Gesamtplans mit dem Ziel der Stabili-

<sup>135</sup> *Degussa Marktreport* vom 2. Dezember 2021, Seite 8.

<sup>136</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Dezember 2021, Seite 15.

<sup>137</sup> *Handelsblatt* vom 28. Dezember 2021, Seite 8.

<sup>138</sup> *Degussa Marktreport* vom 2. Dezember 2021, Seite 8.

<sup>139</sup> *Hans-Werner Sinn*: Die wundersame Geldvermehrung – Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2021, Seite 135 - 136. Die Zahlen beziehen sich auf die Jahre 2020 und 2021.



sierung des Geldwertes zu begreifen.“<sup>140</sup> Und die *WirtschaftsWoche* prophezeit düster: „Die Notenbanken avancieren zum Wegbereiter eines geldsozialistisch gedüngten Staatskapitalismus.“<sup>141</sup>

Zurzeit betreiben **Politiker** und **Notenbanken** viel Aufwand, den tatsächlichen Grund der Verbraucherpreis-inflation vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen und die Schuld an den Kaufkraftverlusten der Bürger von sich zu weisen. Stattdessen beschuldigen sie steigende Ölpreise, Lieferengpässe oder ähnliches. Also Faktoren, die außerhalb ihrer Verantwortung liegen. „**Dass sie jedoch die Geldmenge zu stark aus-geweitet haben, darüber breiten sie den Mantel des Schweigens.**“<sup>142</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 1. September 2021, Seite 14

Professor *Hans-Werner Sinn* benennt die Gründe hierfür sehr deutlich: „Ein Elend der aktuellen Politik scheint mir zu sein, dass viele Entscheidungsträger selbst oft die ökonomischen Zusammenhänge nicht einmal ansatzweise verstehen, in die sie mit ihren Entscheidungen eingreifen.“<sup>143</sup> Nicht nur deswegen lautet eine Überschrift des wöchentlichen Kapitalmarktausblicks vom Bankhaus *Metzler*: „**Inflation ist eigentlich Staatsversagen.**“<sup>144</sup> Und *Marc Friedrich* fügt hinzu: „Denn Inflation ist nichts anderes als Diebstahl.“<sup>145</sup>

<sup>140</sup> Siehe vorherigen Fußnote, Seite 138.

<sup>141</sup> *WirtschaftsWoche* vom 20. August 2021, Seite 20.

<sup>142</sup> *Degussa Marktreport* vom 2. Dezember 2021, Seite 8.

<sup>143</sup> *Hans-Werner Sinn*: Die wundersame Geldvermehrung – Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2021, Seite 14.

<sup>144</sup> *markt:aktuell* vom 10. September 2021.

<sup>145</sup> *Marc Friedrich*: Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 132. Friedrich kritisiert selbst die von der EZB angestrebten zwei Prozent Inflationsrate und schreibt an anderer Stelle: „Denn für uns Verbraucher und Bürger wären 0 Prozent oder sogar eine leichte Deflation (fallende Preise) das Beste. Aber um uns geht es der EZB leider nicht.“ (Seite 130)



Doch nicht die *nominalen* Zinssätze sind kritisch für die Anleger – die *realen* Zinsen, also die nominalen Zinsen minus der aktuellen Inflationsrate, geben vielmehr Anlass zur Sorge. Denn die derzeitige Inflationsrate, oder anders formuliert, der jährliche Kaufkraftschwund, ist in den letzten Monaten dramatisch gestiegen. Viele Länder melden die höchsten Inflationsraten seit Jahrzehnten, in Deutschland beispielsweise 5,3 Prozent für den Monat Dezember<sup>146</sup> (nach deutscher Berechnungsmethode). Nach europäischer Methode erreichte die Inflation sogar schon 6,0 Prozent.<sup>147</sup> Das bedeutet, dass **der Sparer** zwar nominal gleich viel Geld auf dem Konto hat. Doch er kann sich davon weniger Güter und Dienstleistungen kaufen – er **wurde kalt enteignet!** Der Vorstand des Bankhauses Metzler, *Emmerich Müller*, ergänzt: „Wir erleben also eine schleichende Enteignung der Sparer. **Das einzige Mittel dagegen wäre eine tiefgreifende Veränderung der Spargewohnheiten.**“<sup>148</sup>

Mit anderen Worten: Finger weg von Spar- und Tagesgeldkonten, Anleihen oder Lebensversicherungen und stattdessen das Geld lieber in Aktien und Aktienfonds investieren!

#### 4.5 Immobilien

Wir von *Schmitz & Cie.* hören immer wieder Aussagen von unseren Kunden oder von Interessenten an unseren Dienstleistungen, die fest davon überzeugt sind, umfangreicher Immobilienbesitz wäre als Vorsorge für Zeiten mit höherer Inflation besonders gut geeignet. Dies ist ein weitverbreiteter Irrtum. Immobilien – und hier insbesondere vermietete Immobilien – sind höchstens die zweitbeste Anlagemöglichkeit. **Der mit Abstand beste Schutz vor steigenden Inflationsraten sind und bleiben Aktien!**

Gerade bei Wohnimmobilien überschätzen viele Käufer die damit erzielbaren Gewinne, beseelt vom Irrglauben, Renditen der jüngsten Vergangenheit seien auch ein guter Renditeindikator für die Zukunft. Kaum jemand erinnert sich noch daran, dass Ende 2009 die inflationsbereinigten Preise in Deutschland 30 Prozent unterhalb der Preise

---

<sup>146</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 7. Januar 2022, Seite 1.

<sup>147</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. November 2021, Seite 25. In dem Artikel mit der Überschrift „Kalte Enteignung erreicht Höhepunkt“ und dem Untertitel „In Deutschland beträgt die Inflation 6 Prozent, die finanzielle Repression durch negative Realzinsen steigt“ wird wiederholt auf den Begriff „der finanziellen Repression“ hingewiesen. „Darunter versteht man im Prinzip alle (Zwangs-)Maßnahmen, durch die dem Staat Geld zufließt, das er in einem freien Markt nicht oder nicht zu diesen Konditionen bekommen hätte. Negative Realzinsen gehören typischerweise dazu.“ Die unterschiedliche Höhe der Inflationsraten nach deutscher und nach europäischer Berechnung kommt durch die beiden verschiedenen zugrunde gelegten Warenkörbe zustande.

<sup>148</sup> *Handelsblatt* vom 3. Januar 2022, Seite 32. In dem Interview mit der Zeitschrift auf den Seiten 32 - 33 warnt Müller vor den Folgen der Inflation und empfiehlt deshalb eine hohe Aktienquote: „In der strategischen Vermögensallokation kann die Aktienquote je nach Risikotoleranz 50 bis 80 Prozent betragen.“ (Seite 33) Vgl. hierzu auch die derzeitige suboptimale Aufteilung des Geldvermögens in Deutschland als Grafik in Kapitel 5 (Ausblick auf das Investmentjahr 2022) auf Seite 72.



aus dem Jahr 1980 gelegen haben!<sup>149</sup> „Die inflationsbereinigte Wertsteigerung deutscher Wohnimmobilien in den fünf Jahren von 2016 bis 2020 belief sich auf spektakuläre 7,4 Prozent per annum, in den 45 Jahren von 1971 bis 2015 auf kümmerliche minus 0,2 Prozent p.a.“<sup>150</sup>

Und die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* ergänzt: „Nach dem Wiedervereinigungsboom bis 2008, also immerhin fast 20 Jahre, fielen die Preise oder stiegen zumindest weniger stark als die Inflation. **Real verloren die Immobilienbesitzer also Geld.**“<sup>151</sup>

Diese Fakten wollen die allermeisten Liebhaber von Immobilien natürlich nicht wahrhaben. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf (Christian Morgenstern). Der Finanzanalytiker *Volker Looman* findet hierzu deutliche Worte: „Im Grunde wissen alle Anleger, dass sie nichts wissen. Nur wollen sie das beim Geld nicht wahrhaben, und bei Immobilien scheint der Anteil der Gaukler und Bänkelsänger besonders hoch zu sein. Ich kann mir diese maßlose Selbstüberschätzung nur mit der Intransparenz von Immobilienpreisen erklären. Die Kurse deutscher Aktien werden, dem Verlierer sei's geklagt, jeden Abend vor der Tagesschau im Fernsehen präsentiert. Wer aber geht einmal im Monat zum Sachverständigen, legt jedes Mal brav 999 Euro auf den Tisch und bittet um sachdienliche Hinweise, wie hoch der Wert der Immobilien in Elend oder Sorge im Harz ist?“<sup>152</sup>

Wie wusste schon der langjährige Mentor des Verfassers dieser Jahresberichte, Börsenaltmeister *André Kostolany*: „Wenn die Immobilienpreise jeden Tag in der Zeitung stehen würden, gäbe es nicht so viele Immobilieneigentümer.“ Weil sie dann nämlich täglich sehen würden, dass Immobilienpreise auch schwanken und – horrible dictu – auch deutlich sinken können.

Und genau diese Gefahr des kräftigen Fallens der Immobilienpreise wird aktuell immer größer. In Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Ländern wie den USA. Das *Handelsblatt* schreibt mahndend: „Manch ein Experte erkennt Vorboten fallender Immobilienpreise.“<sup>153</sup> Die folgende Grafik veranschaulicht das in den letzten drei Jahren **kräftig gestiegene Rückschlagpotenzial für deutsche Immobilien**. Oder anders formuliert, wie stark können in Deutschland die Immobilienpreise fallen, bevor sie nach dem Platzen der Immobilienblase wieder fair und normal bewertet sind:

---

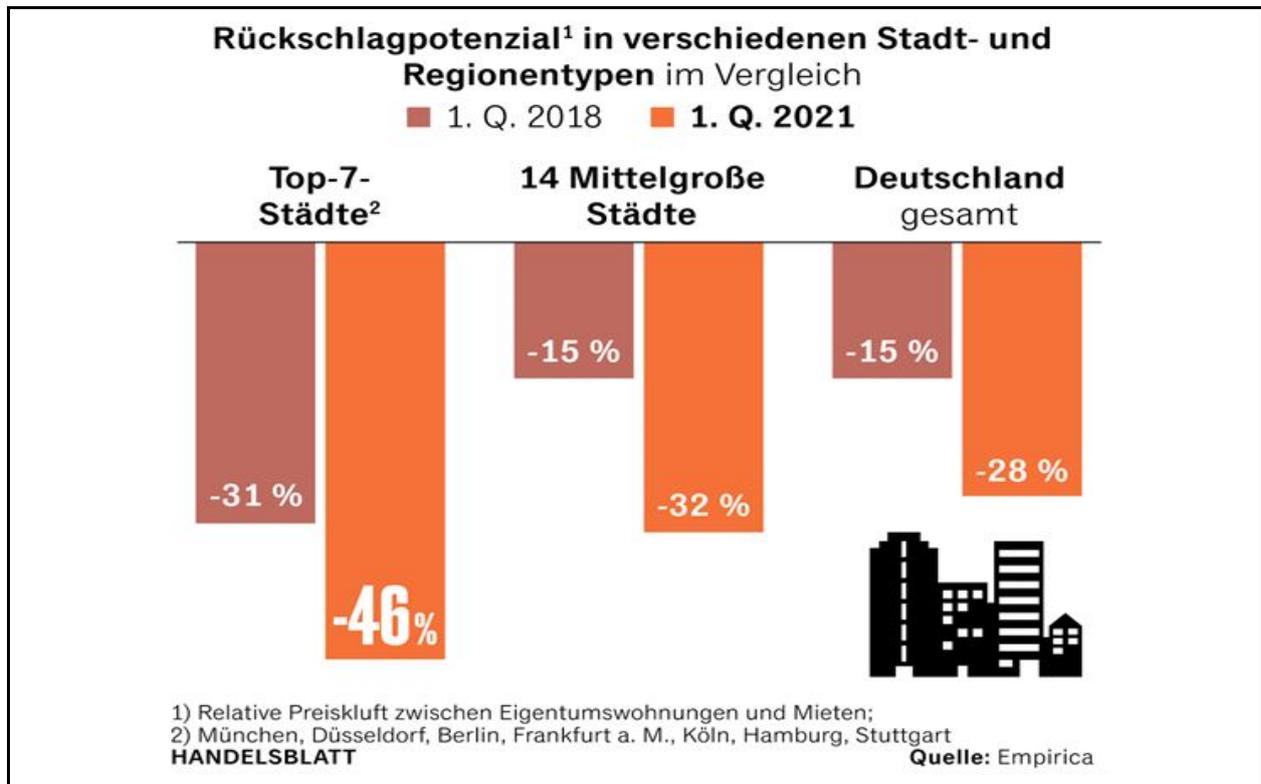
<sup>149</sup> *Gerd Kommer / Jonas Schweizer*: Instandhaltungskosten – wie man Immobilienanlagen schönrechnet, Das Investment vom 10. Mai 2021 (<https://www.dasinvestment.com/instandhaltungskosten-wie-man-immobilien-anlagen-schoenrechnet/>).

<sup>150</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>151</sup> *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 2. Januar 2022, Seite 25, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* In der Analyse „Der beste Schutz vor Inflation“ werden die verschiedenen Vermögensklassen Immobilien, Aktien, Gold, andere Rohstoffe, Anleihen und Bargeld auf ihren Schutz vor steigenden Preisen untersucht. Die Assetklasse Aktien gewinnt deutlich und das Fazit lautet somit: „Insgesamt sind Aktien auf lange Sicht eine der renditeträchtigen Geldanlagen und sollten daher in keinem Depot fehlen.“

<sup>152</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 2021, Seite 31.

<sup>153</sup> *Handelsblatt* vom 23. - 25. April 2021, Seite 49.



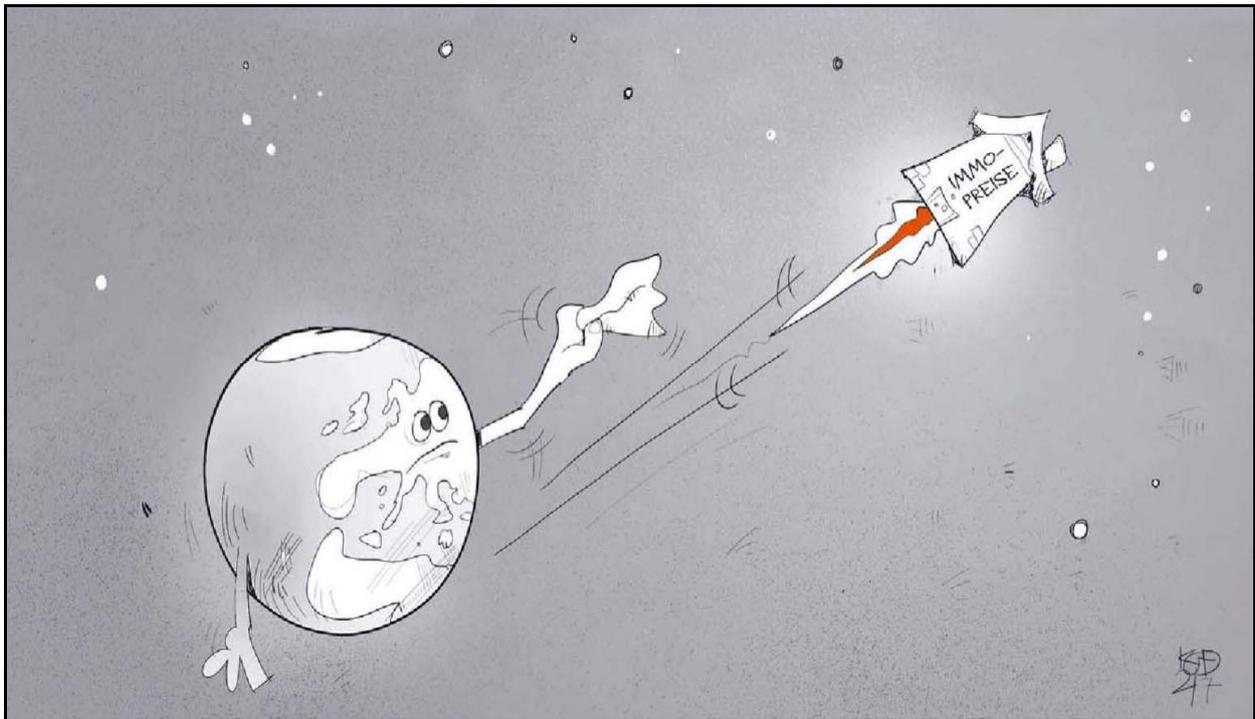
Quelle: *Handelsblatt* vom 23. - 25. April 2021, Seite 50

Um festzustellen, ob der Immobilienmarkt heiß läuft, schauen Ökonomen unter anderem auf das Verhältnis der Kaufpreise zu den erzielbaren Jahresmieten oder zu den Einkommen der Käufer. In den letzten Jahren **sind die Immobilienpreise viel stärker gestiegen als die Mieten** oder die Einkommen. So haben zum Beispiel die realen, also inflationsbereinigten Wohnungspreise in Frankfurt in den Jahren 2016 bis 2020 jährlich um durchschnittlich zehn Prozent zugelegt, die Mieten sind jedes Jahr jedoch nur um weniger als drei Prozent gestiegen.<sup>154</sup>

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass es in den allermeisten Großstädten in Deutschland günstiger ist, zur Miete zu wohnen, statt selbstgenutztes Wohneigentum zu erwerben. Das Onlineportal *Immowelt* hat in einer Modellrechnung in 75 deutschen Großstädten Kaufpreise und Mieten gegenübergestellt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass inzwischen in 51 Städten Mieter weniger Miete zahlen müssen, als sie für eine monatliche Kreditrate einkalkulieren müssten, wenn die Mieter ihre Wohnung kaufen würden, statt ihre Wohnung weiter zu mieten. Die drei Städte, in denen es sich am wenigsten lohnen würde, eine Wohnung zu kaufen, statt sie zu mieten, sind (wenig erstaunlich): München, Hamburg und Frankfurt. Umgekehrt gibt es immerhin 24 Städte, in denen sich der Kauf einer Wohnung im Vergleich zur Miete lohnen würde. Die Stadt, in der es sich am ehesten lohnen würde, Wohneigentum zu erwerben, ist übrigens die Heimatstadt des Verfassers dieser Jahresberichte: Oberhausen.<sup>155</sup>

<sup>154</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Oktober 2021, Seite 23.

<sup>155</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 8. April 2021, Seite 36. Für die Untersuchung von 75 Großstädten wurde der Median der Angebotspreise im Zeitraum März 2020 bis Februar 2021 für Wohnungen zwischen 80 und 120 m<sup>2</sup>



Quelle: *Handelsblatt* vom 8. Juli 2021, Seite 28

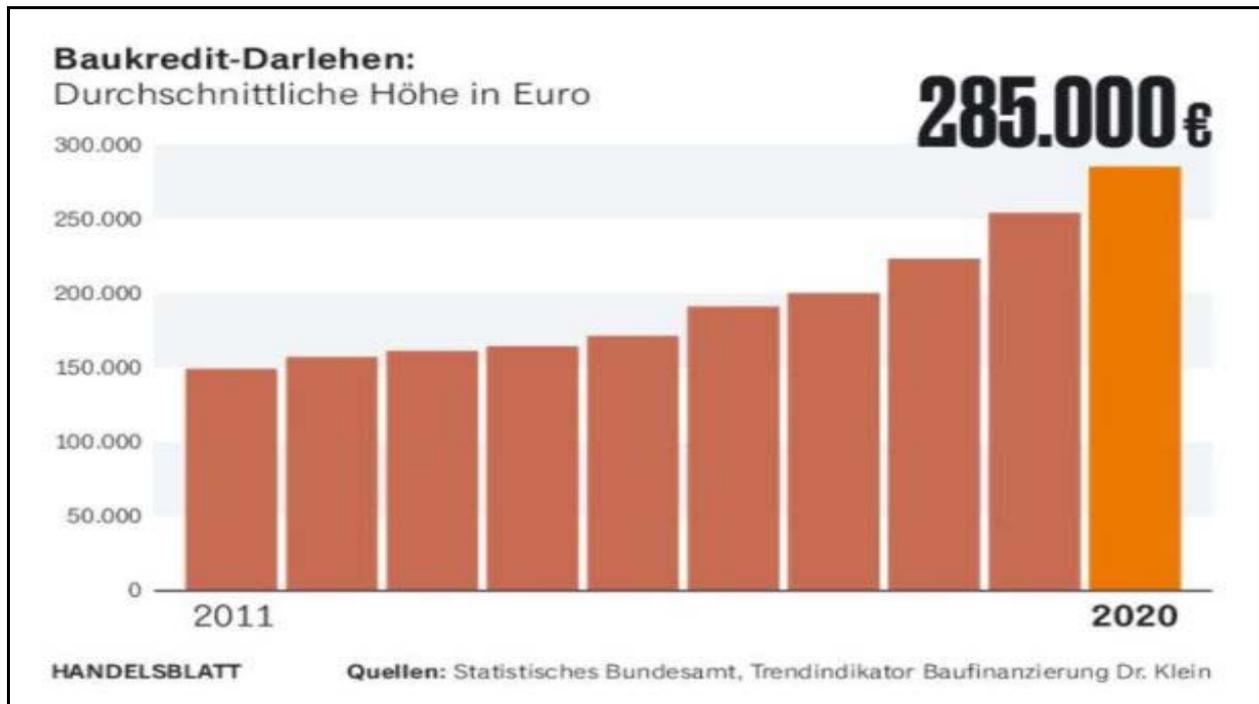
Aber das Marktrisiko ist nicht die einzige Gefahr für die zu hoch bewerteten Immobilien. Wenn die Kapitalmarktzinsen aufgrund anziehender Inflationsraten ebenfalls wieder anziehen sollten, steigt das Risiko von Zahlungsausfällen und Zwangsversteigerungen, wodurch sich eine einsetzende Talfahrt bei den Immobilienpreisen noch beschleunigen würde. Denn in den meisten Euro-Ländern sind die Hypothekenkredite variabel verzinst. Die *WirtschaftsWoche* warnt daher: **„Steigende Inflation und Zinsen sind das größte Risiko für die Immobilienmärkte.“**<sup>156</sup>

Sobald die Zinssätze für Hypothekenkredite beginnen, von ihrem unnatürlich tiefen Niveau wieder in den „Normalbereich“ zu steigen, kommen viele Haushalte mit hohen und obendrein variabel verzinsten Hypothekenkrediten in Bedrängnis. Allein in den letzten zehn Jahren hat sich das durchschnittliche Baudarlehen von 150.000 Euro auf 285.000 Euro fast verdoppelt:

---

angenommen. Bei den Mietpreisen wurden die Nettokaltmieten bei Neuvermietung angesetzt. Für die Annuitätenrate wurde eine 100-Prozent-Finanzierung mit einer Laufzeit von 15 Jahren, einem marktüblichen Zinssatz von 1,6 Prozent und einer anfänglichen Tilgung von 2 Prozent unterstellt.

<sup>156</sup> *WirtschaftsWoche* vom 7. Mai 2021, Seite 39. Der Artikel „Hausgemachtes Risiko“ auf den Seiten 38 - 39 schreibt bei der Entwicklung der Hauspreise von „Luftschlössern“ (Seite 39) und kommt zu dem Fazit: „Verlieren die Immobilien an Wert, müssten die Banken ihre Forderungen wertberichtigen. Das zehrte an ihrem Eigenkapital und schmälerte die Möglichkeit, neue Kredite zu vergeben. Auch dadurch verschärfte sich die Baisse am Immobilienmarkt – und am langen Ende würden Makler nicht mehr um Verkäufer, sondern um Käufer buhlen.“ (Seite 39)



Quelle: *Handelsblatt* vom 25. März 2021, Seite 29

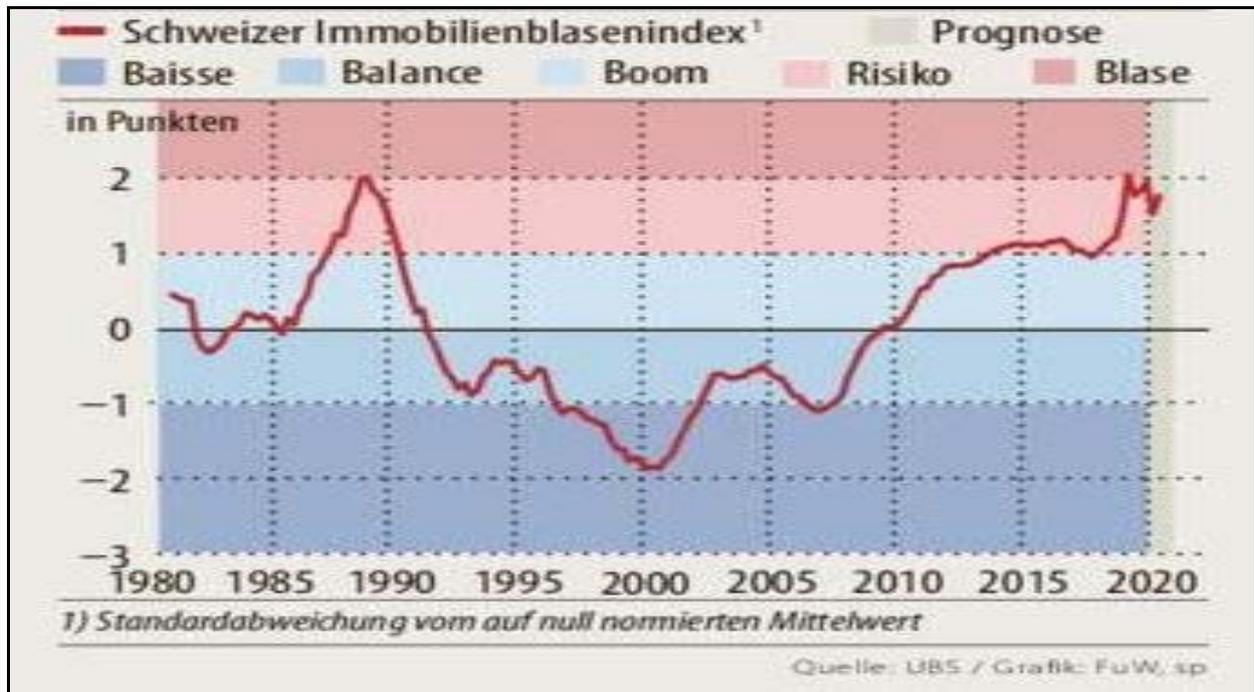
*Marc Friedrich* warnt daher: „Wehe nur, wenn die Zinsen irgendwann wieder steigen und überhitzte Immobilienmärkte implodieren. Dann drohen Überschuldung und Zwangsversteigerung.“<sup>157</sup>

Die *FINANZWOCHE* weist darüber hinaus neben dem Marktrisiko, dem Zinsrisiko und dem Ausfallrisiko auch auf das politische Risiko hin: Wenn eine deutsche Regierung mit grüner Beteiligung eine Vermögensteuer einführt, die Reparaturkosten ausreichend berücksichtigt werden und jetzt auch noch die CO<sub>2</sub>-abhängigen Kosten zur Hälfte vom Vermieter getragen werden müssen, dürfte eine Immobilienanlage in den meisten Fällen unattraktiv geworden sein. Wenn es dann noch zu einer bundesweiten Mietpreisbremse kommt (gesetzlich durchaus erlaubt), kann man sich vorstellen, wohin die Immobilienpreise – dank Grünen-Politik – tendieren werden.<sup>158</sup>

Deutschland ist nicht das einzige Land mit einer Immobilienblase. In der Schweiz droht wieder eine ähnliche Überhitzung des Immobilienmarktes wie Ende der 1980er Jahre:

<sup>157</sup> *Marc Friedrich*: Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 46. An anderer Stelle warnt Friedrich: „Geschätzte 8 bis 9 Millionen Immobilien in Deutschland sind Spitz auf Knopf finanziert.“ (Seite 224)

<sup>158</sup> Vgl. *FINANZWOCHE* vom 20. Mai 2021, Seite 4.



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 9. Juni 2021, Seite 21

Die Folgen von damals sind bekannt. Als die Immobilienblase platzte, gerieten Hypothekenehmer und Investoren in massive Probleme. Banken verloren aufgrund von Abschreibungen Milliardenbeträge. Erst Mitte der 1990er Jahre fand der Immobilienmarkt wieder sein Gleichgewicht.<sup>159</sup>

Alle diese aufgeführten Gründe zeigen, dass **eine Investition in Immobilien wohl für viele Jahre nicht sinnvoll erscheint**. Die folgenden Schlagzeilen sind aktuell, standen aber so oder so ähnlich auch schon vor einem Jahr in den Zeitungen: „In zahlreichen Großstädten wächst die Gefahr einer Immobilienblase“<sup>160</sup>, „Wohnimmobilien: wo die Gefahr einer Preisblase am größten ist“<sup>161</sup>, „Immobilienboom wird immer heißer“<sup>162</sup>, „Bundesbank warnt vor größeren Risiken am Immobilienmarkt“<sup>163</sup> oder auch „Die gefährliche Immobilien-Illusion“<sup>164</sup>.

Wir warnen nicht nur vor dem Kauf einer Immobilie, sondern raten stattdessen zum rechtzeitigen **Verkauf von Immobilien** im Bestand – die eigene Wohnimmobilie einmal ausgenommen. Neben den überhöhten Preisen für Immobilien und der daraus resultierenden Rückschlaggefahr droht nämlich noch aus einer ganz anderen Ecke Ungemach: die volle Einführung der „Spekulationssteuer“ auf Haus- und Sacheigentum.

<sup>159</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 9. Juni 2021, Seite 21. Der in der Grafik abgebildete Schweizer Immobilienblasenindex setzt sich aus sechs Subindizes zusammen. Drei dieser Teilindizes befanden sich im ersten Quartal 2021 bereits auf dem höchsten Blaseniveau: das Kauf-Mietpreis-Verhältnis, die Relation der Haushaltseinkommen zu den Eigenheimpreisen und die reale Eigenheimpreisentwicklung.

<sup>160</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Oktober 2021, Seite 21.

<sup>161</sup> *Handelsblatt* vom 14. Oktober 2021, Seite 32.

<sup>162</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Oktober 2021, Seite 16.

<sup>163</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. November 2021, Seite 27.

<sup>164</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Dezember 2021, Seite 22.



Anfallende Gewinne, die sich aus einem niedrigeren Kaufpreis für die Immobilie und einem höheren Verkaufspreis ergeben, würden dann mit der vollen Einkommensteuer belastet.<sup>165</sup>

Es muss ja nicht gleich soweit kommen, dass Wohnungseigentümer enteignet werden, wie dass in einem Volksentscheid in Berlin Ende September eine Mehrheit der Stimmbürger gefordert hat. Es reicht schon, dass anstelle einer Enteignung die Immobilien stärker besteuert werden. „Der Gesetzgeber könnte daran denken, bei der Einkommensteuer Veräußerungsgewinne auch außerhalb der geltenden Zehn-Jahres-Frist zu besteuern“.<sup>166</sup> Und *Clemens Fuest* ergänzt: „Bei vermieteten Immobilien gehört die Doppelbegünstigung aus unbegrenztem Werbungskostenabzug und Steuerfreiheit des Veräußerungsgewinnes zu den letzten verbliebenen großen Steuervergünstigungen des Einkommensteuerrechts. **Veräußerungsgewinne müssten voll besteuert werden.**“<sup>167</sup>

Solche Ideen, die dazu noch aus einer ideologisch unverdächtigen Ecke kommen, wird die neue Ampel-Koalition in Berlin sicherlich gerne aufgreifen. Denn der Bedarf an zusätzlichen Milliarden Euro Steuereinnahmen ist nach den Staatsausgaben in Höhe von vielen 100 Milliarden Euro für die zahlreichen Corona-Hilfen dringend nötig. Denn merke: „Für die Folgen einer verfehlten Politik haben bisher immer die Bürger gehaftet und bezahlt; so wird es auch unter der künftigen Bundesregierung weitergehen.“<sup>168</sup>

Jeder Immobilieneigentümer ist gut beraten, die derzeit noch sehr guten Verkaufspreise für Immobilien und insbesondere die noch geltende Steuerfreiheit nach Ablauf der Zehn-Jahres-Frist für sich zu nutzen – solange es noch geht!

---

<sup>165</sup> Vgl. *Smart Investor* vom November 2021, Seite 12.

<sup>166</sup> *Johanna Hey* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. November 2021, Seite 20. Professor Hey leitet seit dem Jahr 2006 das Institut für Steuerrecht an der Universität zu Köln. Der Artikel „Immobilien stärker besteuern und nicht enteignen – Forscher fordern Abbau von Steuervorteilen“ beklagt, dass die Steuervorteile für Immobilien zum starken Anstieg der Immobilienpreise beigetragen haben.

<sup>167</sup> *Clemens Fuest* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. November 2021, Seite 20, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Fuest ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Präsident des ifo Instituts. Zusammen mit *Christoph Spengel* (seit 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre II der Universität Mannheim) haben Hey und Fuest einen Aufsatz über den Abbau von Steuervorteilen von Immobilien für den Schnelldienst des Münchner ifo Instituts geschrieben, der Mitte November veröffentlicht worden ist.

<sup>168</sup> *Erich Hambach* im Interview mit der *Smart Investor* vom November 2021 auf den Seiten 13 - 17, hier Seite 13.



## 4.6 Gold

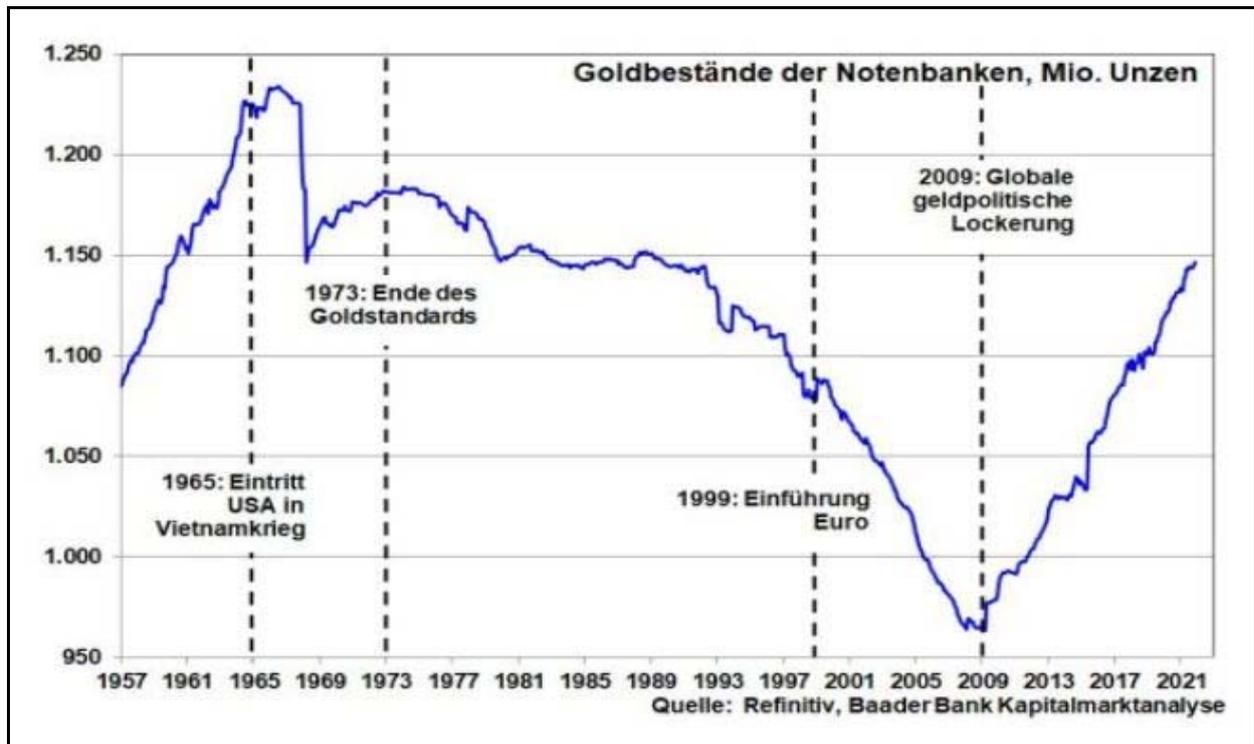
Neben Aktien erscheint aus der Sicht von *Schmitz & Cie.* für die kommenden Jahre **auch Gold ein lohnenswertes Investment** zu sein. Denn Aktien und Gold sind die einzigen liquiden Vermögensanlagen, die in Zeiten von hohen Inflationsraten noch einen Schutz vor Kaufkraftverlusten ermöglichen. Bei Gold gibt es darüber hinaus noch einen deutlichen Nachholbedarf gegenüber früheren Preisnotierungen. Zwar nicht nominal, aber kaufkraftbereinigt. Anfang der 1980er Jahre stand der Goldpreis bei rund 800 US-Dollar die Feinunze. Heute würde dieser Preis real (mit den jährlichen Inflationsraten hochgerechnet) rund dem Dreifachen entsprechen. Siehe hierzu die rote Linie in der untenstehenden Grafik:



Quelle: *Halvers Kapitalmarkt Monitor*, 19. November 2021

Die blaue Linie zeigt den tatsächlichen Goldpreis in den letzten rund 40 Jahren; und der Abstand zur roten Linie weist auf das Aufholpotential hin, damit der Goldpreis erst einmal wieder auf das (reale) Niveau der achtziger Jahre kommt, bevor er dann zu weiteren Höhenflügen ansetzen kann.

Auch die Interpretation der nächsten Grafik spricht für mittel- und langfristig steigende Goldpreise. Rund 40 Jahre lang haben die internationalen Notenbanken ihre Goldbestände abgebaut:



Quelle: *Halvers Kapitalmarkt Monitor*, 19. November 2021

Die Argumentation war jahre- und jahrzehntelang immer dieselbe: Gold bringt keine Zinsen, der Gegenwert für den Goldverkauf kann sinnvoller verwendet werden, Gold ist anachronistisch usw. Erst mit dem Beginn der Finanzkrise im Jahr 2009 und der ab diesem Zeitpunkt einsetzenden Gelddruckorgien der Notenbanken scheint Gold als Wertaufbewahrungsmittel auch für die internationalen Notenbanken wieder interessant zu sein, wie die spürbaren Aufstockungen der Goldbestände seit dieser Zeit deutlich machen.<sup>169</sup>

Gleichzeitig versucht die amerikanische Notenbank Fed immer wieder, Privatanleger aus dem Goldmarkt herauszudrängen, indem sie einen sogenannten **Flashcrash** produziert, das heißt, durch Marktmanipulationen stark sinkende Goldpreise in sehr kurzer Zeit bewirkt.<sup>170</sup> Der *Smart Investor* beschreibt eine dieser Manipulationen am Goldmarkt sehr detailliert: „Am Sonntag, 8.8., begann um 18:00 Uhr New Yorker Zeit nach der Wochenendpause der außerbörsliche Futureshandel. Bis 18:45 Uhr ereignislose Ruhe. Dann wurde durch eine Welle großer Verkaufsaufträge eine Abwärtskaskade ausgelöst. In den 14 Minuten bis 18:59 Uhr wurden 17.500 Goldkontrakte gehandelt – das entspricht mehr als 54 Tonnen bzw. einem Marktwert von über 3 Mrd. USD.“

<sup>169</sup> Vgl. hierzu auch *WirtschaftsWoche* vom 13. August 2021, Seite 36 - 37. Das Magazin erwähnt den inzwischen wieder hohen Goldbesitz der Zentralbanken von über 35 000 Tonnen und schreibt: „Angesichts von Geldschwemme und geopolitischer Konflikte könnte Gold aber künftig wieder eine Rolle als Stabilitätsanker spielen.“ (Seite 36)

<sup>170</sup> Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 13. August 2021, Seite 82.



Das Ergebnis war ein Absturz des Goldpreises in wenigen Minuten um rund fünf Prozent. Der *Smart Investor* weiter: „Wer wirft zu handelsarmer Zeit gegen jede wirtschaftliche Vernunft solche Mengen an Gold (und auch Silber) auf den Markt und warum schreitet die Börsenaufsicht CFTC nicht ein, wenn ein Großer auf solche Art und Weise den Markt manipuliert? Zwei mögliche Antworten: Das können nur amerikanische Großbanken oder das New Yorker Trading Desk der Fed gewesen sein. Ein Ziel der Aktion war ganz offensichtlich, negative Schlagzeilen für Gold zu erzeugen, um einen zu starken Anstieg des Edelmetallpreise zu verhindern.“<sup>171</sup>

Wer weiß, vielleicht bauen die Notenbanken ja einen größeren Vorrat an Gold auf, um bei einer in Zukunft möglicherweise stattfindenden (Welt)Währungsreform eine neue, wieder (teil)goldgedeckte Währung einführen zu können. Denn wie wusste schon *Friedrich August von Hayek* (1899 - 1992): „Mit Ausnahme der 200 Jahre der Goldwährung haben praktisch alle Staaten der Geschichte ihr Monopol der Geldausgabe dazu gebraucht, die Menschen zu betrügen und auszuplündern.“ Und könnte es nicht sein, „dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eine Währungsreform wahrscheinlicher werden lassen?“<sup>172</sup> fragt *Ulrich Horstmann*.

Allerdings würde eine solche Währungsreform den Bürgern und Sparern nicht viel nützen, weil sie im Grunde genommen gar keine Reform ist, denn: „Nichts wird reformiert, weder der Ausgabenwahn des Staates noch die Kumpanei der Notenbank mit den Politikern, weder die verantwortungslose polemische Raserei der Gewerkschaften und Interessenverbände noch die unbegrenzte Neid- und Bestechungsmentalität der Bürger. Es wird nur etwas deformiert, nämlich das Vermögen der Bürger.“<sup>173</sup>

---

<sup>171</sup> *Smart Investor* vom September 2021, Seite 47.

<sup>172</sup> *Ulrich Horstmann*: Die digitale Währungsreform kommt! Lockdown und Pandemie beschleunigen unsere Enteignung. Wie Sie sich und Ihr Vermögen schützen können, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2021, Seite 13. Horstmann erläutert seine Befürchtung: „Die Pandemie lieferte den Regierungen (noch mehr als die Diskussion um den Klimawandel!) gute Begründungen für Einschränkungen unserer persönlichen Freiheit und könnte ein perfekter Auslöser für ein neues, vollständig digitalisiertes Geldsystem sein.“ An anderer Stelle bricht Horstmann eine Lanze für Gold und fragt: „Ist am Ende nur Gold – oder Silber – Geld? Es ist begrenzt und beliebt. Es ist eine gute Absicherung gegen mögliche Negativzinsen und damit gegen die uns bedrohende weitere Enteignung.“ (Seite 88)

Ähnliche Sorgen vor der Einführung von digitalem Geld hat Peter Orzechowski. Er schreibt in seinem Buch *Peter Orzechowski: Durch Corona in die Neue Weltordnung*, Kopp Verlag, Rottenburg 2021 auf Seite 77 davon, dass die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* als wichtigstes Anliegen die Schaffung einer digitalen Zentralbankwährung betreibt. „Im Klartext heißt das Abschaffung materieller Vermögenswerte wie Banknoten und Münzen sowie Einführung von digitalem Geld, das von den Zentralbanken ausgegeben wird.“ Und weiter: „Beim elektronischen Bezahlen werden riesige Datenmengen über das Verhalten, die individuellen Eigenschaften und die Persönlichkeit eines Individuums gesammelt, mit Künstlicher Intelligenz (KI) ausgewertet und in riesigen Datacentern gespeichert, ob es dem Kunden passt oder nicht“ (Seite 78) Mit der Konsequenz: „Ohne Bargeld kann unser gesamtes Leben kontrolliert werden und uns jederzeit der Zugang zu unserem Geld verwehrt werden.“ (Seite 78)

<sup>173</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 6. März 2021, Seite 2. Das Zitat stammt von *Roland Baader* (1940 bis 2012). Baader war ein deutscher Volkswirt und als freier Publizist der Autor mehrerer Bücher und zahlreicher Fachartikel zum klassischen Liberalismus.

Eine aktuelle Schlagzeile aus den letzten Wochen lautet: „Deutsche Profianleger setzen verstärkt auf Gold“<sup>174</sup>. Wir von *Schmitz & Partner* setzen schon deutlich länger auf Gold (und auch auf Silber). Seit der Auflage des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds im Jahr 2008 sind Gold und Silber die größten Positionen im Fonds. Zum Jahresende 2021 betrug der Goldanteil 10,2 Prozent und der Silberanteil 10,3 Prozent am gesamten Fondsvolumen. Damit ist der defensive Part der beiden *Schmitz & Partner* Investmentfonds auch immer ein sinnvoller Baustein in den Wertpapierdepots unserer Kunden, der sich insbesondere in schwierigen Börsenphasen gut bewährt hat.

#### 4.7 Nachhaltiges Investieren

Voraussichtlich ab August 2022 müssen Anlageberater die **Nachhaltigkeitspräferenzen** ihrer Kunden berücksichtigen. Bislang ist die Frage, ob ein Kunde bei der Geldanlage Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt wissen möchte, als freiwilliger Punkt unter den „sonstigen Angaben“ bei der Ermittlung der Anlageziele versteckt. Künftig wird nun aus der Kür eine Pflicht.<sup>175</sup>

Der Aspekt der Nachhaltigkeit umfasst **drei ethische Dimensionen**:

1. Umwelt und ökologische Aspekte (E)
2. Soziale und gesellschaftliche Aspekte (S)
3. Verantwortliche Unternehmensführung und Transparenz (G)

Die sogenannten ESG-Kriterien sind aus den englischen Begriffen für *Environment* (E), *Social* (S) und *Governance* (G) abgeleitet.

Die Frage, was denn eigentlich „nachhaltig“ bedeutet, ist sowohl für Investoren als auch für Berater von Bedeutung. Aber was verbirgt sich hinter „Nachhaltigkeit“? Der Begriff Nachhaltigkeit wurde vor über 300 Jahren von *Hans Carl von Carlowitz* eingeführt. Von Carlowitz forderte bereits damals eine „nachhaltende“ Waldbewirtschaftung, bei der nicht mehr Holz geerntet wird als auch wieder nachwächst. Und nach dem *Brundtland-Bericht* bedeutet Nachhaltigkeit, „die Bedürfnisse der Gegenwart zu erfüllen, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu gefährden“.<sup>176</sup>

<sup>174</sup> *Handelsblatt* vom 17. - 19. Dezember 2021, Seite 36. Die Zeitung zitiert aus einer Studie der Beratungsgesellschaft *Truth* im Auftrag des *World Gold Council*. Darin wurden 20 Fondshäuser, Privatbanken und Family-Offices in Deutschland mit mindestens einer Milliarde Euro verwalteten Vermögen befragt. Die wichtigsten Gründe für die Investition in Gold sind laut der Studie die Absicherung gegen Inflation, der Schutz vor Währungsabwertung sowie die Erwartung langfristig steigender Goldpreise.

<sup>175</sup> Vgl. *fondsprofessionell* 4/2021, Seite 282.

<sup>176</sup> Als Brundtland-Bericht wird ein Bericht mit dem Titel *Our Common Future* ‚Unsere gemeinsame Zukunft‘ bezeichnet, den im Jahr 1987 die 1983 gegründete Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen veröffentlichte.



Und was heißt der Begriff konkret für Anleger, die in Investmentfonds investieren möchten? „Er kann für die Vermeidung von Kohleinvestitionen, für das Verbot von Kinderarbeit, für die Gleichstellung von Frauen, für die Vergabe von Mikrokrediten in Entwicklungsländern, für die Finanzierung von Windrädern oder von arbeitslosen Zeitungsverkäufern und schließlich für jede mögliche Kombination all dieser Themen und Anlagestrategien stehen.“<sup>177</sup>

Soweit der theoretische Ansatz. Aber wie sieht die Praxis aus? Aktuelle Überschriften zu diesem Thema lauten: „Der grüne Bluff“<sup>178</sup>, „Mehr Schein als Sein“<sup>179</sup>, „Raubbau im Namen der Umwelt“<sup>180</sup> oder „Forscher zweifeln an Wirkung grüner Finanzanlagen“<sup>181</sup>. Als Ergebnis der von der Politik vorgegebenen Vorschriften zu nachhaltigen Investments kommt es bereits jetzt zu Überbewertungen von nachhaltigen wirtschaftenden Unternehmen an den Aktienbörsen und zu Unterbewertungen etwa für Rohstoff- und Minenaktien oder auch Zementhersteller. „Aber gerade hier finden sich viele unterbewertete Unternehmen, denen es dennoch gelingt, ihre Produktion umweltschonender auszurichten.“<sup>182</sup>

Hier wird schon der **Konflikt für den Anleger** deutlich: Kaufe ich überbewertete Aktien oder Aktienfonds aus nachhaltigen Bereichen und beschneide durch die zu hohen Kaufkurse meine Rendite (habe dafür aber ein gutes, da „grünes“ Gewissen), oder nutze ich die niedrigen und günstigen Kurse von Unternehmen, die durch Verkäufe von nachhaltig operierenden Investmentfonds unterbewertet sind, und steigere durch die niedrigen Kaufkurse meine Anlagerendite?<sup>183</sup>

<sup>177</sup> Adam Lessing: Nachhaltig investieren gegen den Klimawandel, Braumüller Verlag, Wien 2020, Seite 18.

<sup>178</sup> DER SPIEGEL vom 18. September 2021, Seite 70 - 72. Das Nachrichtenmagazin schreibt: „Seit die Klimakrise die Schlagzeilen dominiert, boomt das Geschäft mit nachhaltigen Aktienfonds. Jetzt packt ein Insider aus und enthüllt die Scheinheiligkeit der Branche.“ (Seite 70) Der Vorstand des Vereins Finanzwende, Gerhard Schick, wird mit den Worten zitiert: „Die Finanzindustrie nutzt den Nachhaltigkeitsboom, um teils unpassende Produkte zu gesalzeneren Preisen an Kunden zu verkaufen.“ (Seite 71)

<sup>179</sup> Trends in Asset Management, 3. Quartal 2021, Seite 22. Das Magazin führt aus: „Laut einer aktuellen Studie des Londoner Analysehauses InfluenceMap soll mehr als die Hälfte der am Markt befindlichen Klimafonds die Kriterien des Pariser Klimaschutzabkommens nicht erfüllen. Unter den 593 als ESG-Fonds aufgelegten Produkten erhielten sogar 421 von InfluenceMap das Prädikat ‚ungenügend‘.“

<sup>180</sup> DER SPIEGEL vom 30. Oktober 2021, Seite 8 - 16. Die Titelgeschichte beschäftigt sich mit der Energiewende und klagt: „Es ist eine paradoxe Logik: Windräder, Elektroautos und Solarmodule sollen den Planeten retten, doch für ihre Produktion wird er erstmal geplündert. Sie alle enthalten kostbare Rohstoffe, für deren Gewinnung vor allem arme Länder ihre Natur zerstören. Heiligt die Klimawende jedes Mittel?“ (Seite 8) Das Nachrichtenmagazin kommt zu dem Ergebnis: „Selbst die größten Recyclinganstrengungen reichen somit nicht aus, den Raubbau an der Umwelt zu beenden. Die Natur wird weiter ausgebeutet – auch weil die Menschheit künftig grüner leben, arbeiten, wohnen und sich fortbewegen will.“ (Seite 16)

<sup>181</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 2021, Seite 23. Der Artikel erläutert eine gemeinsame Studie vom Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE, der Wirtschaftsuniversität ESMT Berlin und der Dresdner Niederlassung des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und zitiert daraus: „Wer in grüne Finanzanlagen investiert, macht dadurch zwar sein eigenes Portfolio grüner, aber es ändert sich nichts an den Emissionen der Gesamtwirtschaft“.

<sup>182</sup> Handelsblatt vom 7. Dezember 2021, Seite 37. Die Aussage ist ein Zitat von Götz Albert vom Fondshaus *Lupus Alpha*. In dem Artikel mit der Überschrift: „Nachhaltige Investments: Es gibt groteske Aufschläge bei der Bewertung“ auf den Seiten 36 und 37 wird gewarnt: „Die Beschränkung auf Umweltaspekte führt zu suboptimalen Anlageentscheidungen.“ (Seite 36)

<sup>183</sup> Einen ersten Überblick über den Zielkonflikt zwischen dem Kauf von nachhaltigen und dem von gewinnträchtigen Aktien gibt der Artikel „Böse Werte. Gutes Geld.“ in der *WirtschaftsWoche* vom 7. Januar 2022 auf den



Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragt bereits: „Gibt es an den Finanzmärkten eine ‚grüne Blase?‘“ und zitiert aus einer Studie der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)*, die vor einer **Preisblase bei nachhaltigen Anlagen** warnt, die „zu erheblichen finanziellen Ungleichgewichten“ führen könnte. Die Studie schlägt einen Bogen zu historischen Parallelitäten und zeigt auf: „Vermögenswerte, die mit grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen verbunden sind, neigen dazu, nach einem anfänglichen Investitionsboom große Preiskorrekturen zu erfahren.“<sup>184</sup> Eisenbahnaktien in der Mitte des 18. Jahrhundert, Internetaktien während der Blütephase des „Neuen Markts“ um die Jahrtausendwende oder hypothekarisch gesicherte Wertpapiere zur Zeit der Weltfinanzkrise zehn Jahre später sind eindrucksvolle Beispiele für den nahtlosen Übergang von grenzenloser Euphorie mit starken Kurssteigerungen zu crashartigen Abstürzen.

Professor *Aswath Damodaran* bringt seine Gedanken zu nachhaltigen Investments auf den Punkt: „Aus meiner Sicht **ist ESG möglicherweise sogar das am meisten überbewertete und überverkaufte Konzept aller Zeiten.**“ Er fordert daher: „Macht endlich Schluss mit der ESG-Heuchelei!“<sup>185</sup> Eine ähnliche Sicht hat *Tariq Fancy* und fordert: „**Kaufen Sie keine Nachhaltigkeitsfonds**“. Er begründet seine Ablehnung und sagt: „Es gibt keine klaren Regeln. Das ist so, als wenn man Fußball spielt auf einem Feld, auf dem keine Linien eingezeichnet sind. Da kann man sich allenfalls ungefähr denken, wo die Grenzen sind.“ Für Fancy ist seine Abneigung gegen nachhaltige Investmentfonds klar: „Man zahlt höhere Gebühren, und es gibt keine Garantie, dass man dafür bessere Renditen bekommt. Stattdessen **trägt man zur Verbreitung eines gesellschaftlichen Placebos bei.**“<sup>186</sup>

Eine große Gefahr für die theoretisch gute Idee der Nachhaltigkeit benennt *Adam Lessing* in seinem Buch „Nachhaltig investieren gegen den Klimawandel“: „Die verschiedensten Anlagemöglichkeiten werden plötzlich als nachhaltig angepriesen. Im schlimmsten Fall werden ganz normale Investments mit einer dünnen Schicht grüner Farbe versehen und traditionelle Produkte plötzlich als nachhaltig verkauft. Diesen Trick nennt man ‚**Greenwashing**‘.“<sup>187</sup>

---

Seiten 14 - 22. Der Untertitel lautet: „Unternehmen sollen heute gut und grün sein. Ein Megatrend. Und eine Chance für Anleger, die gegen den Strom schwimmen.“ (Seite 15)

<sup>184</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. September 2021, Seite 25.

<sup>185</sup> In dem lesenswerten Interview mit *institutional money* vom 4. Quartal 2021 auf den Seiten 52 - 62 „Schluss mit der Heuchelei um ESG“ bringt Damodaran das Problem mit der Nachhaltigkeit auf den Punkt: „Es geht darum, dass man den Investoren quasi Kuchen verkauft, der angeblich keine Kalorien enthält. Man sagt ihnen, dass sie gut seien und trotzdem höhere Renditen erzielen können. Das ist aber leider logisch inkonsistent, denn ein Optimum unter Nebenbedingungen kann dem Optimum ohne Nebenbedingungen nun einmal nicht überlegen sein.“ Damodaran ist Professor an der Stern School of Business der New York University und lehrt Unternehmensfinanzierung und Aktienbewertung.

<sup>186</sup> Die drei Zitate stammen aus dem *Handelsblatt* vom 14. September 2021, Seite 32. Fancy war bis 2019 Chef für nachhaltiges Investieren bei *BlackRock*, dem weltgrößten Vermögensverwalter mit Sitz in New York.

<sup>187</sup> *Adam Lessing*: Nachhaltig investieren gegen den Klimawandel, Braumüller Verlag, Wien 2020, Seite 10 - 11, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Für Adams ist die Gefahr des „Greenwashing“ so präsent, dass er sie in seinem Buch insgesamt dreimal an verschiedenen Stellen ausführlich erwähnt und beschreibt (neben dem oben aufgeführten Zitat auch noch auf den Seiten 125 und 205).



Für die *Schmitz & Cie. GmbH* in der Kundenberatung und auch für die *Schmitz & Partner AG* in der individuellen Vermögensverwaltung und in der Fondsstrukturierung der beiden *Schmitz & Partner* Fonds ist die Idee der Nachhaltigkeit bei der Investmentanlage von der Politik vielleicht gut gemeint, aber leider nicht gut durchdacht. Wenn Politiker von Nachhaltigkeit sprechen, wird schnell deutlich, dass sie den Begriff oft nur oberflächlich verwenden – Nachhaltigkeit verkommt zu einem grünen Feigenblatt.

Denn die wirklich wichtigen politischen Entscheidungen für unsere Zukunft werden leider viel zu wenig unter nachhaltigem Gesichtspunkt getroffen, hier nur ein Beispiel: „So laufen die Sozialversicherungssysteme aus dem Ruder, da aus ihnen mehr Beiträge entnommen als eingezahlt werden. Die Folge: Die Sozialversicherungen müssen zugunsten der jetzigen Leistungsempfänger mit Steuergeldern subventioniert werden. Dafür wird bereits jetzt rund ein Drittel des Bundeshaushaltes aufgebracht – Tendenz steigend. Weil damit die freien Haushaltsmittel dahinschmelzen, haben künftige Generationen immer weniger finanziellen Spielraum, um selbst Politik gestalten zu können.

Ähnliches bewirkt der Schuldenberg, den die Grünen immer höher auftürmen und der jungen Generation hinterlassen wollen. Denn Schulden müssen irgendwann zurückgezahlt werden.“<sup>188</sup> Und Professor *Fuest* ergänzt: „Eine Politik, die Schuldenquoten in guten Zeiten konstant hält und hinnimmt, dass sie in jeder Krise ansteigen, ist nicht nachhaltig.“<sup>189</sup>

Ständig wachsende Staatsschulden, kräftig steigende Inflationsraten, politisch gewollter schwacher Euro – was hat das alles mit Nachhaltigkeit zu tun? Für die *Schmitz & Cie. GmbH* und auch für die *Schmitz & Partner AG* bedeutet nachhaltiges Investieren vor allem die **Auswahl der Währung** (harter Schweizer Franken und stabile norwegische Krone, statt weichem Euro) und die **Auswahl von Staaten** als Anlageland, die eine geringe Staatsverschuldung haben.

Das ist aus unserer Sicht langfristig nachhaltiges Investieren im Sinne unserer Kunden, die auch auf Sicht von vielen Jahren ihre Kaufkraft und ihr Vermögen erhalten möchten.

---

Wie kritisch die Klassifizierung „nachhaltiger“ Anlagen ist, zeigt die Entscheidung der Europäischen Union, Investitionen in Atomkraftwerke als nachhaltig einzustufen. Vgl. den Artikel „Grüne Verwirrung“ in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Januar 2022 auf Seite 22.

<sup>188</sup> *Sarna Röser* in ihrem Gastkommentar „Was Nachhaltigkeit wirklich bedeutet“ im *Handelsblatt* vom 14. September 2021 auf Seite 48. Sie fordert: „Statt grünem Anstrich, einer Verbotskultur und neosozialistischer Wirtschaftspolitik müssen wir eine wirklich nachhaltige Politik betreiben.“ Röser ist Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbandes *Die Jungen Unternehmer*.

<sup>189</sup> *Clemens Fuest*: *Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Coronakrise*, Aufbau Verlag, Berlin 2020, Seite 108. Fuest schreibt weiter: „Um die Nachhaltigkeit der deutschen Staatsfinanzen zu wahren, sollte die deutsche Finanzpolitik sich das Ziel setzen, auf mittlere Sicht wieder die Schuldenquote von 60 Prozent zu erreichen.“ (Seite 251)



Übrigens: Wer Wert auf ein nachhaltiges Investment legt, darf konsequenterweise sein Geld auch nicht in **Bitcoin** oder andere Kryptowährungen anlegen.<sup>190</sup> Denn für das „Schürfen“ von Bitcoin werden in schnell zunehmenden Ausmaß fossile Brennstoffe genutzt. Inzwischen beträgt der Stromverbrauch für die „Herstellung“ von Bitcoin pro Jahr 150 Terawattstunden. Das ist mehr als Norwegen im ganzen Jahr an Strom verbraucht.<sup>191</sup>

Die Erklärung für diesen riesigen Stromverbrauch liegt in der Art der Erzeugung von Bitcoins. Sie werden durch das sogenannte „Schürfen“, oder auf Englisch „Mining“, geschaffen. Dies erfordert eine enorme Rechenleistung und damit elektrische Energie für die Computer. Grund dafür ist das Konzept, mit der die Miner die sogenannte Blockchain, also die Buchhaltung des Systems, fortschreiben. Denn je mehr Miner sich beteiligen, desto höher ist auch der Stromverbrauch für die Computer. Und wenn jetzt viele Finanzkonzerne auf den Krypto-Trend aufspringen, dann steht das im deutlichen Widerspruch zu ihrem selbst erklärten Ziel, stärker auf Nachhaltigkeit in ihren Investitionen und Geschäftsmodellen zu achten.<sup>192</sup>

Wie ineffektiv die Digitalwährung nicht nur in der „Produktion“, sondern auch im täglichen Umgang als Transaktionswährung ist, zeigt folgender Vergleich: Für eine einzige Bitcoin-Transaktion kann man etwa 450 000 Transaktionen mit einer Kreditkarte ausführen.<sup>193</sup>

---

<sup>190</sup> Einen interessanten Ansatz über den Grund der Wertsteigerung von Bitcoin in den letzten Jahren beschreibt Professor *Robert J. Shiller* in seinem Buch „Narrative Wirtschaft: Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen – ein revolutionärer Erklärungsansatz“, Börsenmedien Verlag, Kulmbach 2020: „Menschen kaufen Bitcoin, weil sie Teil von etwas Aufregendem und Neuem sein und aus der Erfahrung lernen wollen.“ (Seite 34) „Schließlich und endlich sind Menschen am Bitcoin interessiert, weil so viele andere Menschen daran interessiert sind.“ (Seite 35) „Die Bitcoin-Story ist ein Beispiel für ein erfolgreiches ökonomisches Narrativ, denn sie war hochansteckend ...“ (Seite 26) Shiller kommt dennoch zu dem Fazit: „Aber der Bitcoin hat keinen Wert, außer die Menschen glauben, dass er Wert besitzt, wie seine Befürworter freimütig zugeben.“ (Seite 26) Shiller ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Yale University. Im Jahr 2013 erhielt er den Wirtschafts-Nobelpreis.

Entgegengesetzter Meinung über die zukünftige Preisentwicklung von Bitcoin ist Marc Friedrich. Er fragt die Leser in seinem Buch *Marc Friedrich: Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren*, FinanzBuch Verlag, München 2021, auf Seite 239: „Warum ist Bitcoin die größte Chance Ihres Lebens?“ und gibt als Antwort: „ein Tsunami an Geld wird in Bitcoin fließen.“ (Seite 249) Er folgert daraus: „Was jetzt kommen wird, ist der größte Bullenmarkt aller Zeiten! Die größte Investmentchance unserer Lebzeit!“ (Seite 242)

<sup>191</sup> Siehe zu den Zahlenangaben *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Mai 2021, Seite 23.

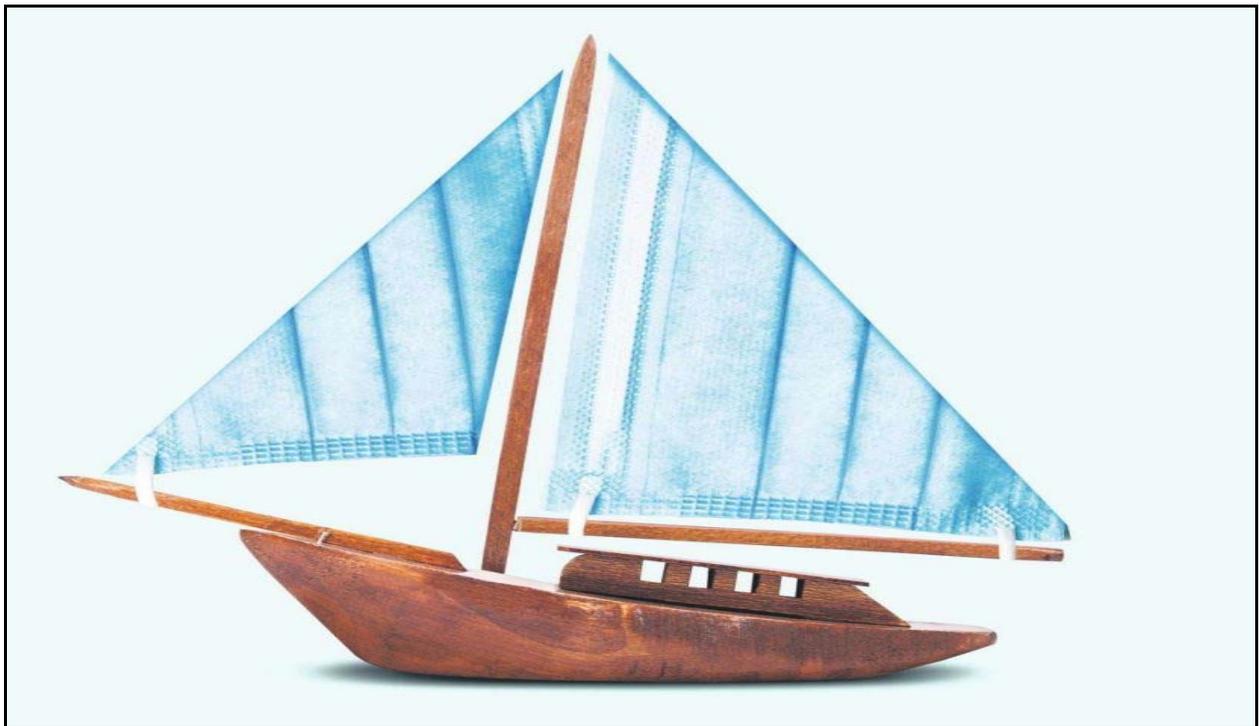
<sup>192</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 18. Mai 2021, Seite 5.

<sup>193</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Mai 2021, Seite 23.



## 5. Ausblick auf das Investmentjahr 2022

Natürlich wird auch das Jahr 2022 weiter durch Corona-Krise und die von den Politikern veranlassten Maßnahmen bestimmt. Wohin die Corona-Reise noch geht, wissen wir natürlich nicht:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. September 2021, Sonderbeilage Vermögensverwaltung, Seite 1

Allerdings wird sich die Wirtschaft und auch die internationalen Aktienbörsen auf Dauer von der Corona-Krise nicht unterkriegen lassen. Vor genau einem Jahr schrieben wir an dieser Stelle: „Das alles spricht für eine kräftige Wirtschaftserholung im Jahr 2021, höhere Unternehmensgewinne und steigende Aktienkurse. Ja, auch für steigende Kurse an den internationalen Aktienmärkten. Denn so schwierig das aktuelle wirtschaftliche Umfeld auch sein mag, die Börsen schauen nicht auf die triste Gegenwart, sondern auf eine bessere Zukunft. Und deshalb gilt auch für das Jahr 2021: **An Aktien führt kein Weg vorbei!** Die gigantische Geldmengenausweitung durch die internationalen Notenbanken und der riesige, aufgestaute Nachholbedarf beim Konsum sind gewaltige Argumente für weiter steigende Aktienkurse.“

Dieselben Worte könnten wir auch für unseren Ausblick auf das Jahr 2022 wiederverwenden und mit aktuellen Schlagzeilen ergänzen: „**Ohne Aktien geht es nicht**“<sup>194</sup> oder „**Mehr Mut zu Aktien**“<sup>195</sup>. Die Sorge vor einem Aktiencrash ist vorläufig unbegründet. Denn nur unter zwei Voraussetzungen kommt es zu einer Baisse mit kräftig fallenden Aktienkursen: die Unternehmensgewinne brechen ein oder die Notenbanken

<sup>194</sup> *Handelsblatt* vom 29. - 31. Oktober 2021, Seite 36.

<sup>195</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Dezember 2021, Seite 25.

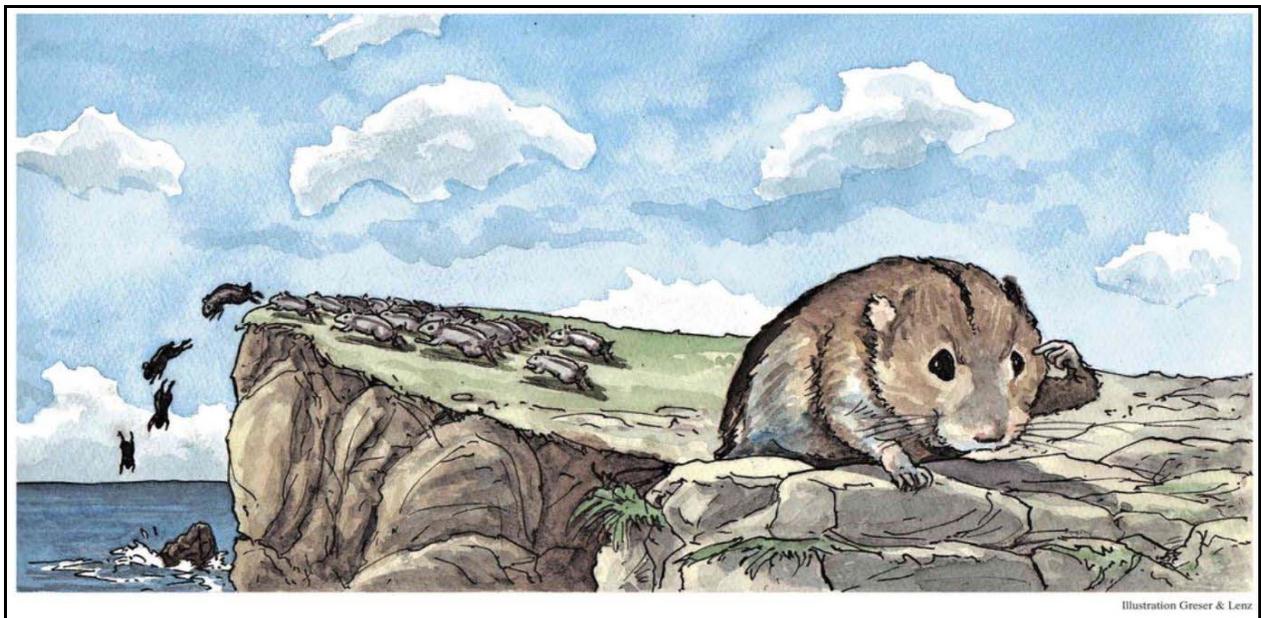


heben die Zinsen deutlich an. Beides ist nicht in Sicht. Und darum gibt es zu Aktien auch keine ernsthaften Alternativen!

Die Furcht vor bevorstehenden Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten darf bei Geldanlagen in Aktien und Aktienfonds nicht dominieren. „Sind ausreichend Mut, Urvertrauen und gesundes Selbstbewusstsein vorhanden, überstehen Anleger sogar Crashes und längere Bärenmärkte psychologisch und wirtschaftlich in guter Verfassung.“<sup>196</sup>

Wir von *Schmitz & Partner* werden auch nicht den Versuch unternehmen, durch Aktienverkäufe in größerem Stil und spätere Rückkäufe zu (erhofft) niedrigeren Kursen – sogenanntes „Timing“ – zusätzliche Gewinne mit den uns von Kunden anvertrauten Wertpapiervermögen oder in den beiden *Schmitz & Partner* Fonds zu erzielen. Das führt erwiesenermaßen nur zu Verlusten, aber nicht zu Gewinnen. „Im Durchschnitt erzielen Anleger durch schlechte Timingentscheidungen zwei Prozent weniger Rendite pro Jahr. Das bedeutet, dass sie öfter zum falschen Zeitpunkt ein- und aussteigen als zum richtigen, was als ‚Behavior Gap‘ (Verhaltenslücke) bezeichnet wird. Eine neue Studie zeigte sogar, dass ungünstiges Timing neben einer geringeren Rendite auch noch zu einem höheren Risiko führt.“<sup>197</sup>

Wir überlassen solche Timingversuche gerne den anderen Börsenteilnehmern:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2021, Seite 6

Und auch Privatanleger sollten der Versuchung widerstehen, an der Börse durch schnelle Kauf- und Verkaufsentscheidungen überdurchschnittliche Renditen erzielen zu wollen. Das Gegenteil wird der Fall sein! Früher sagte man: „**Hin und Her macht**

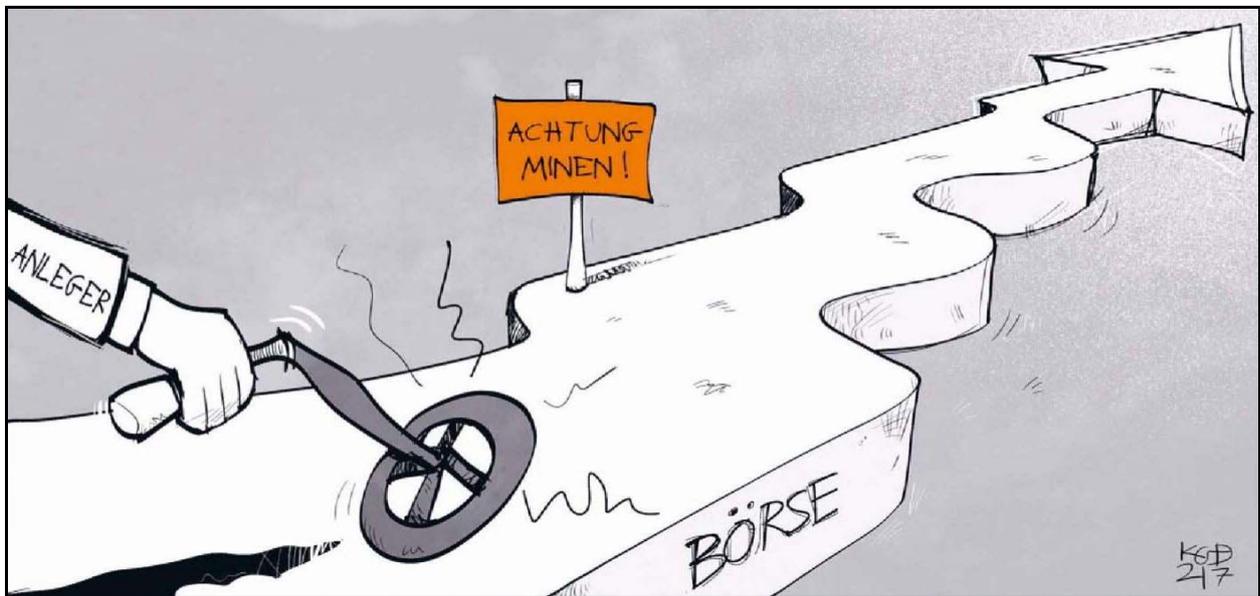
<sup>196</sup> *Antonio Sommese / Michael Brückner: Alle reden vom Crash. Bleiben Sie cool!, FinanzBuch Verlag, München 2021, Seite 20. Das Buch trägt den Untertitel. „Wie Sie auch in Krisenzeiten Rendite erwirtschaften und sich vor falschen Prophezeiungen schützen“.*

<sup>197</sup> *TRADERS' Magazin* vom August 2021, Seite 15.



**Taschen leer!** Im Zeitalter von Internet und Mobiltelefonen lautet die moderne Version dieser alten Börsenregel: „Zocken mit dem Smartphone kostet Anleger Rendite“<sup>198</sup>. Denn Smartphones erleichtern es, eine emotionale Entscheidung auch ohne weitere Reflexion gleich in die Tat umzusetzen. Und das führt zu deutlich schlechteren Renditen beim Anleger, wie das *Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE* empirisch untersucht hat.<sup>199</sup>

Bei aller Vorliebe für die Vermögensanlage in Aktien gibt es natürlich auch im Jahr 2022 einige Themenbereiche, die Sorgen machen können. So zum Beispiel die drohende Pleite des chinesischen Immobilienkonzerns Evergrande, die drastisch gestiegenen Energiepreise, Lieferengpässe in vielen Branchen, die wieder anziehende Inflation, der drohende Einmarsch von Russland in die Ukraine, die mögliche Invasion von China in Taiwan usw. Aber ein Minenfeld auf dem Weg nach oben war die Börse schon immer:



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. Juli 2021, Seite 26

Im Gegensatz zu Aktien und Gold werden **festverzinsliche Wertpapiere** bei unseren Anlageüberlegungen auch im Jahr 2022 keine Rolle spielen. Zusammen mit dem spürbaren Kaufkraftverlust durch hohe Inflationsraten führen Investitionen in Festverzinsliche zu einem garantierten realen Verlust. Gerne rufen wir in diesem Zusammenhang noch einmal unsere Überlegungen aus unserem Jahresausblick auf das Jahr 2021 in Erinnerung. Wir schrieben damals an dieser Stelle: „Es ist übrigens ein Denkfehler zu erwarten, mit (stark) steigenden Inflationszahlen würden dann ja auch

<sup>198</sup> So die Überschrift eines Artikels in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 29. April 2021 auf Seite 25.

<sup>199</sup> Das Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE hat für die Untersuchung insgesamt mehr als 22 Millionen Transaktionen von rund 180 000 Nutzern analysiert. Mit der Studie werden auch ältere Forschungsergebnisse bestätigt, wonach eine neue Technik (in diesem Fall Börsenhandel mit dem Smartphone) die Anleger dazu bringt, öfter und emotionaler zu handeln, und dass genau dadurch die Erträge sinken. Das liegt aber nicht an der neuen Technik an sich. Vielmehr ist übermäßiges Selbstvertrauen die Ursache für spürbar schlechtere Renditen. Dazu gesellen sich eine falsche Wahrnehmung der Ursachen von Erfolg und Misserfolg sowie die Illusion von Wissen und Kontrollfähigkeit. Vgl. hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. April 2021, Seite 25.

die Geld- und Kapitalmarktzinsen steigen. Das war in der Vergangenheit tatsächlich häufig so. Aber was passiert, wenn der Staat mit seiner unsoliden Finanzpolitik die Inflationsraten steigen lässt und die Notenbanken mit ihrer Geldpolitik dafür sorgen, dass wir trotzdem weiterhin Null- oder Negativzinsen haben? Dann haben wir einen hohen negativen Realzins, der die Schuldenlast des Staates erleichtert und den Sparer durch die deutlich sinkende Kaufkraft immer mehr enteignet.“

Festverzinsliche Wertpapiere, Bargeld, Spar- und Termineinlagen und Lebensversicherungen machen fast 70 Prozent des Geldvermögens der deutschen Sparer aus:



Und genau dieser viel zu hohe Anteil an dem gesamten Geldvermögen von 7 700 Milliarden Euro wird durch die Inflation dem ständigen und unumkehrbaren Prozess der Kaufkraftvernichtung ausgesetzt. Nur der kleine Teil von 674 Milliarden Euro, der in Aktien investiert ist, hat die gute Chance, der garantierten Vermögensvernichtung zu entkommen. Bei dem Teil des Vermögens, der in Investmentfonds (1 001 Milliarden Euro) angelegt ist, besteht wiederum nur ein kleinerer Betrag aus Aktienfonds. Der weitaus größte Anteil der Investmentfonds ist in gemischten Fonds, Rentenfonds oder Immobilienfonds investiert.

Wer mit seinem Geld auf lange Sicht ein Vermögen bilden möchte, der muss in den nächsten Jahren in Aktien oder Aktienfonds investiert sein. Und wer sich nicht zutraut, den richtigen Einstiegszeitpunkt für sein Investment zu finden (und wer kann das schon nachhaltig?), der sollte regelmäßig und unabhängig von den jeweiligen Börsenkursen einen bestimmten (Teil)Betrag seines verfügbaren Vermögens anlegen:

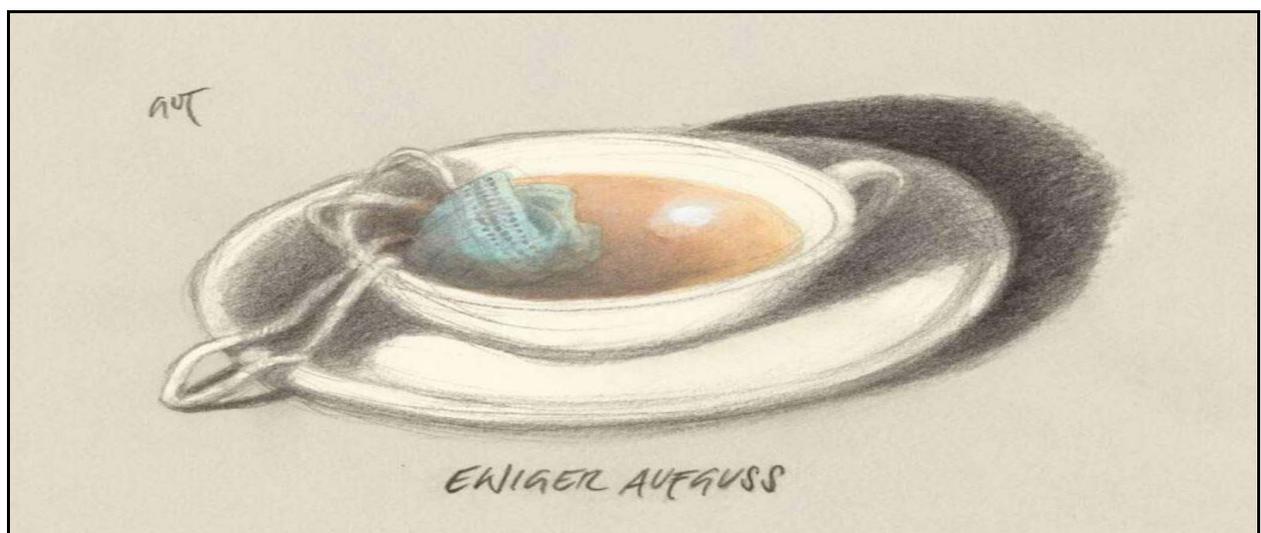
**So lange dauert es bis zu ersten Million an der Börse**

	<i>Szenario 1</i>	<i>Szenario 2</i>	<i>Szenario 3</i>	<i>Szenario 4</i>
<b>Monatl. Beitrag</b>	<b>Renditeerwartung: 5%</b>	<b>Renditeerwartung: 8%</b>	<b>Renditeerwartung: 10%</b>	<b>Renditeerwartung: 0,7% (Sparbuch)</b>
<b>250 CHF</b>	58,3 Jahre	42,6 Jahre	36,6 Jahre	172, 2 Jahre
<b>500 CHF</b>	45,4 Jahre	34,1 Jahre	29,6 Jahre	110,5 Jahre
<b>1000 CHF</b>	33 Jahre	25,9 Jahre	22,9 Jahre	65 Jahre
<b>2000 CHF</b>	22,7 Jahre	18,6 Jahre	16,7 Jahre	36,6 Jahre

Quelle: *cash* vom 9. Februar 2021

Wer beispielsweise jeden Monat eintausend Schweizer Franken (das Beispiel funktioniert natürlich auch mit Euro) in einen erfolgreichen Investmentfonds anlegt und mit seiner Investition im Durchschnitt eine langfristig realistische Rendite von acht Prozent erzielt, erreicht ein Vermögen von einer Million Franken bzw. Euro in knapp 26 Jahren. Dieses Ergebnis ist in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte mit soliden Aktienfonds immer wieder erreicht worden. Laut einer Langzeitstudie der Privatbank *Pictet & Cie.* lag der durchschnittliche jährliche Wertzuwachs einer Anlage am Schweizer Aktienmarkt von Anfang 1926 bis Ende 2020 bei 7,8 Prozent.<sup>200</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelt: „Die beste Werbung für Aktienfonds“ und schreibt in der Unterschrift: „Für alle Zweifler: Das Renditedreieck des Deutschen Aktieninstituts zeigt, wie Geldanlage in Aktien funktioniert – breit gestreut und langfristig orientiert.“<sup>201</sup> Und auch in der Zukunft kann nur ein „ewiger Aufguss“ der Corona-Krise diesen Erfolg verhindern, wahrscheinlich aber nur aufschieben:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Oktober 2021, Seite 17

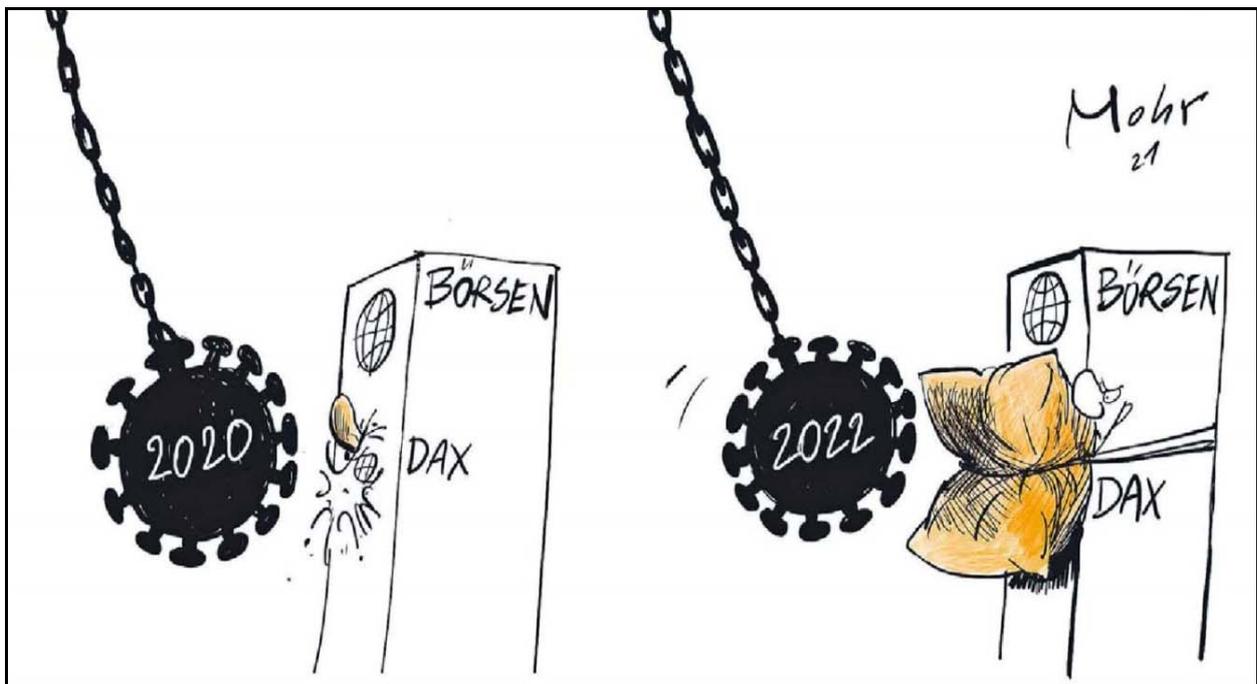
<sup>200</sup> Vgl. *cash* vom 13. Februar 2021.

<sup>201</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Januar 2022, Seite 23.



Wir von *Schmitz & Cie. GmbH* werden auch im Jahr 2022 den Schwerpunkt in den von uns betreuten Investmentdepots auf **Aktien** legen. Und auch die *Schmitz & Partner AG* macht dasselbe in den individuellen Wertpapierdepots ihrer Kunden und in den beiden *Schmitz & Partner* Investmentfonds.

Im Gegensatz zum Frühjahr 2020, wo der Deutsche Aktien Index DAX aus Angst vor den Folgen des Corona Virus innerhalb von nur vier Wochen knapp 40 Prozent an Wert verloren hat, sind die Aktienbörsen für das Jahr 2022 vor derart dramatischen Kurseinbrüchen besser geschützt:



Quelle: *Handelsblatt* vom 3. - 5. Dezember 2021, Seite 18

Gerne zitieren wir an dieser Stelle zum wiederholten Male den langjährigen Mentor des Verfassers dieser Berichte, *André Kostolany*: „**Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben, langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben.**“

## 6. Durchblick mit aktuellen Presseartikeln

- Fondsanalyse „Defensive Alternative“ aus *TiAM FundResearch* vom 1. April 2021 (Seite 79)
- Artikel „Franken als Stabilitätsanker“ aus *Euro am Sonntag* vom 30. April 2021 (Seite 80)
- Anlageidee „Die besten defensiven Mischfonds der vergangenen drei Jahre“ aus *TiAM FundResearch* in der Ausgabe 19 / 2021 (Seite 81)
- Fondsanalyse „Schmitz & Partner Global Defensiv“ aus *Smart Investor* vom Juli 2021 (Seite 82)
- Interview mit dem *Smart Investor* September 2021: „Die höhere Inflation ist politisch gewollt“ (Seite 83 - 84)



TIAM FundResearch 14-Daily (07/21)  
Erschienen am 01.04.2021

## Defensive Alternative

Mit dem Schmitz & Partner Global Defensiv investieren Anleger kaum in Europapapiere, sondern vielmehr in Franken, norwegische Krone, Edelmetalle und erzsolide Aktien



*Holger Schmitz ist ein Eurokritiker und Edelmetallanhänger. Sein Handwerk lernte er beim legendären André Kostolany. Im Jahr 1997 erfolgte die Gründung der SCHMITZ & PARTNER AG - Privates Depotmanagement in der Schweiz.*

### Fondsmanager

Dr. Holger Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA Depotverwaltung mit André Kostolany zusammen. 1993 machte sich Schmitz selbstständig. Neben der individuellen Verwaltung managt er die beiden Fonds Schmitz & Partner Global Offensiv sowie Schmitz & Partner Global Defensiv.

### Anlagestrategie

Schmitz zählt seit vielen Jahren zu den Eurokritischen Fondsmanagern und dementsprechend richtet er auch seine Fonds aus. Bei dem mit Euro-FondsNote 1 ausgezeichneten Schmitz & Partner Global Defensiv setzt der im Tessin lebende Schmitz daher stärker auf den Schweizer Franken oder auch die norwegische Krone. Hier parkt er einen Großteil seiner rund 22-prozentigen Cashquote. Ein weiterer Bestandteil seiner Strategie sind Edelmetalle. „Auch mit Gold und Silber wird man in den kommenden zwei bis drei Jahren sicher Geld verdienen können. Denn die Geldruckorgien der Notenbanken sorgen ja langsam wieder für steigende Zinsen und Inflation. Daher hat auch insgesamt der Rohstoffsektor jüngst deutlich zugelegt“, sagt Schmitz. Interessant findet er auch das britische Pfund, das in den vergangenen Wochen deutlich zugelegt hat. „Dies dürfte kein kurz-, sondern ein langfristiger Effekt sein. Mich würde es nicht wundern, wenn Großbritannien nun nach dem Brexit viel attraktiver wird, als es sich viele vorstellen können“, so Schmitz weiter. Daher könnten selbst Brexit-Gegner in

zwei, drei Jahren froh darüber sein, dass das Land aus der EU ausgetreten ist.

### Portfolio

Die Aktienquote des Fonds liegt derzeit bei rund 44 Prozent und ist damit nur leicht unter der Maximalquote von 50 Prozent. Beim Blick auf die Top-Positionen sieht man sogleich den hohen Anteil an eidgenössischen Unternehmen. Vier der fünf größten Positionen stammen aus dem Alpenland. Das sind Schweizer Bluechips wie Nestlé, Novartis, Roche und der Baseler Lebensmittelkonzern Bell. Nur das kanadische Edelmetallunternehmen Wheaton Precious Metals bricht die Schweizer Phalanx. Diese fünf Titel machen schon rund ein Drittel des gesamten Portfolios aus. Gold und Silber sind mit rund 22 Prozent gewichtet. Sie werden in der Regel über physisch besicherte Zertifikate im Fonds abgebildet. Bei der 3,4-prozentigen Gewichtung von Anleihen handelt es sich um norwegische Staatsanleihen.

### Rendite-Risiko-Profil

In den vergangenen drei Jahren konnte der Fonds um knapp 19 Prozent zulegen. Die Volatilität betrug dabei rund 7,3 Prozent. Die Sharpe-Ratio lag bei 0,63.

### Fazit

In der jüngeren Vergangenheit lief der Schmitz & Partner Global Defensiv sehr gut. Wer den Euro ebenfalls kritisch sieht und gern eine höhere Edelmetallquote haben möchte, kann den Fonds auf die Watchlist setzen. *jk*

### DATEN SCHMITZ & PARTNER GLOBAL DEFENSIV

Kategorie	Mischfonds
KVG	Oddo BHF
Manager	Holger Schmitz
ISIN (thesaurierend)	DE000A0M1UL3
WKN (thesaurierend)	A0M1UL
Auflegung	07.05.2008
Fondsvermögen (per 31.03.2021)	12,05 Mio. Euro
Ausgabeaufschlag	bis 5,00 %
Laufende Kosten p. a.	1,96 %
Erfolgsgebühr	10 % (High-Water-Mark)
Börsenhandel	nein
Performance seit 3 Jahren (per 31.03.21)	19,2 %
Volatilität 3 Jahre (per 31.03.21)	7,29 %
Internet	www.schmitzundpartner.ch

### CHART SOLIDE ENTWICKLUNG





Ausgabe 17/2021  
30.04.2021



LETTER FROM  
SWITZERLAND

## Franken als Stabilitätsanker

Die Schweiz ist ein Land geordneter Verhältnisse und hoher Lebensqualität. Das zeigt sich auch in Corona-Zeiten: Während in Deutschland ein Lockdown auf den anderen folgt, gehen die Eidgenossen **liberaler** mit der Situation um. Schulen, Hotels, Kinos, Skipisten – alles ist geöffnet, wo nötig zwar nur für kleinere Besucherzahlen, aber immerhin. Dennoch bewegen sich die Infektionen auf dem Niveau von Deutschland. In den letzten Monaten wurde sogar eine Untersterblichkeit gegenüber dem langfristigen Durchschnitt gemessen.

Auch für Menschen, die sich weniger wegen der Lebensqualität als vielmehr in puncto Kapitalanlage für die Schweiz interessieren, hat das Land viel zu bieten. Zum Beispiel eine **Vielzahl hochsolider Unternehmen**, vom Großkonzern bis zum Mittelständler. Doch der wichtigste Standortvorteil ist der Schweizer Franken.

Statista schätzt die Staatsschuldenquote der Schweiz für 2021 auf 28,7 Prozent. Zum Vergleich: Für Deutschland liegt der

Wert bei 70,1 Prozent und für die Eurozone sogar bei 102,3 Prozent. Es ist absehbar, dass die europäische Gemeinschaftswährung weiter abwerten wird, während der Franken **noch stärker an Wert gewinnt**. Somit können Anleger Sicherheit und zusätzliches Wertsteigerungspotenzial einkaufen, wenn sie Euro-Wertpapiere veräußern und dafür auf Franken lautende Titel erwerben. Statt Unilever-Aktien hält man dann eben Nestlé oder statt der Münchener die Schweizerische Rückversicherung – beides Wechsel, die keine große Änderung der Strategie bedeuten, aber das Risiko reduzieren können.

Hinzu kommt: Auch die politischen Verhältnisse in der Schweiz bieten Anlegern **stabile Rahmenbedingungen**. Für Deutschland dagegen bleibt abzuwarten, ob nach der Wahl der Trend noch stärker in Richtung Umverteilung geht.

**DIESE WOCHE:** Holger Schmitz, Vorstand der Schmitz & Partner AG – Privates Depotmanagement, schreibt aus dem Tessin.



# Die besten defensiven Mischfonds der vergangenen drei Jahre

Viele institutionelle Anleger kaufen einen Fonds erst, wenn er drei Jahre alt geworden ist. Daher analysiert TiAM FundResearch die Drei-Jahres-Historie der besten defensiven Mischfonds



## Die zehn besten Fonds

Bei den defensiven Mischfonds rangiert der PTAM Defensiv Portfolio, den die PT Asset Management GmbH verwaltet, in den vergangenen drei Jahren an der Spitze. Als Berater des Fonds dient Prof. Dr. Stefan Duchateau, der sich mit den Bereichen Risikomanagement, Financial Engineering und Portfoliomanagement befasst.

Auf dem zweiten Platz dieser Wertung liegt der Assenagon Multi Asset Conservative. Fondsmanager Thomas Romig kann bei dem Fonds bis zu 40 Prozent in Aktien anlegen. Dafür investiert er jedoch nicht in Einzelwerte, die in Krisenzeiten mitunter schwer zu verkaufen sind. Stattdessen nutzt er aktiv gemanagte Fonds oder Futures auf den S & P 500. Seine Entscheidungen trifft er dabei anhand etlicher Indikatoren wie der Rohstoffpreise oder des Verhaltens von Großanlegern. Als langfristige Fondspreis-Volatilität strebt Romig drei bis sechs Prozent an.

Auf dem dritten Platz dieser Wertung reiht sich der Schmitz & Partner Global Defensiv ein, den Dr. Holger Schmitz berät und dort aktuell rund 46 Prozent in Aktien hält

Auf dem vierten Platz liegt schließlich der Selection Rendite Plus, den die Münchner Selection Asset Management GmbH mit einer Zielaktienquote von 45 Prozent managt.

Dahinter reihen sich Fonds wie der Kapital Plus, der Phaidros Conservative oder der Siemens Balanced ein, deren Aktienquote 30 Prozent nicht überschreitet.

## Weitere Fonds

Bei den weiteren defensiven Mischfonds haben etliche Produkte in den vergangenen drei Jahren ebenfalls ordentlich abgeschnitten. So konnten der Bethmann Stiftungsfonds und der Berenberg Sustainable Stiftung im jährlichen Schnitt beispielsweise um rund fünf Prozent zulegen.

### DIE 10 BESTEN DEFENSIVEN MISCHFONDS

Name	Perf. 3 Jahre in %	ISIN	Stichtag
PTAM Defensiv Portfolio	24,1	LU0260464168	13.09.21
Assenagon Multi Asset Conservative	23,4	LU1297482736	09.09.21
Schmitz & Partner Global Defensiv	22,6	DE000A0M1UL3	10.09.21
Selection Rendite Plus R	21,4	DE000A2H7NQ9	10.09.21
Degussa Bank Universal Renten-Fonds	20,9	DE0008490673	10.09.21
Schroder Global Multi-Asset Balanced	20,9	LU0776414087	10.09.21
Kapital Plus A €	20,5	DE0008476250	10.09.21
Phaidros Conservative A	20,3	LU0504448563	13.09.21
Siemens Balanced	19,7	DE000A0KEXM6	09.09.21
Merck Finck Stiftungsfonds UI	17,5	DE0008483983	10.09.21

Quelle: Infront Financial Technology GmbH

### WEITERE DEFENSIVE MISCHFONDS

Name	Perf. 3 Jahre in %	ISIN	Stichtag
Bethmann Stiftungsfonds P	16,3	DE000DWS08Y8	10.09.21
Berenberg Sustainable Stiftung	16,1	DE000A0RE972	10.09.21
Bantleon Opportunities L PA	15,3	LU0337414485	10.09.21
Oddo BHF Polaris Moderate €	15,1	DE000A0D95Q0	10.09.21
Invesco Pan European High Income	14,5	LU0243957239	10.09.21
Der Zukunftsfonds	13,8	DE000A2DTM69	09.09.21
DWS Stiftungsfonds LD	13,1	DE0005318406	10.09.21
DWS Concept DJE Alpha Renten	12,3	LU0087412390	10.09.21
JPMorgan Global Income Conserv. €	11,6	LU1458463152	10.09.21
BL Global 30 B	11,2	LU0048292394	10.09.21

Quelle: Infront Financial Technology GmbH

10. DVFA Asset Management Forum

26. Oktober 2021

Frankfurt am Main & Online



DVFA

dvfa.de/amf



Analyse

# Schmitz & Partner Global Defensiv



Dr. Holger Schmitz, Fondsmanger des Schmitz & Partner Global Defensiv

FONDS-SNAPSHOT

WKN: A0M1UL  
Fondsberater: SCHMITZ & PARTNER AG  
Volumen: 12,5 Mio. EUR  
Auflegungsdatum: 7.5.2008  
Typ: Mischfonds defensiv

Dr. Holger Schmitz blickt mittlerweile auf eine 33-jährige Expertise in der Vermögensverwaltung zurück. In seiner Anfangszeit bei der FIDUKA-Depotverwaltung lernte er unter Börsenlegende André Kostolany das Investmentgeschäft von der Pike auf. Aktuell verantwortet der Anlageexperte den Schmitz & Partner Global Defensiv (WKN: A0M1UL) und den Schmitz & Partner Global Offensiv (WKN: A0MURD). Die Mischung der beiden vermögensverwaltenden Fonds, die keine Überschneidung im Portfolio aufweisen, ermöglicht die Abbildung unterschiedlichster individueller Risikoprofile.

#### Werthaltigkeit und Inflationsschutz

Auf der Aktienseite liegt der Fokus des Defensiv-Portfolios auf substanzhaltigen Unternehmen außerhalb des Euroraums, wie z.B. den Schweizer Blue Chips Nestlé, Novartis und Roche. Unter den Top-Holdings findet sich auch der kanadische Edelmetallkonzern Wheaton Precious Metals. US-Wachstumsaktien bewertet Dr. Schmitz als überteuert, im Fonds setzt er schwerpunktmäßig auf Value-Titel aus starken Volkswirtschaften. Die fünf am höchsten gewichteten Titel machen rund 34% des High-Conviction-Portfolios aus. Insgesamt liegt die Aktienquote bei ca. 46% (Stand: 9.6.2021) und damit leicht unterhalb der Höchstgrenze von 50%. Den Mix ergänzen mit rund 23% Gold- und Silberinvestments, die u.a. dazu beitragen, das Portfolio gegen Krisen und Inflation zu immunisieren. Abgebildet werden die Edelmetalle über physisch besicherte Schuldverschreibungen. Eine Möglichkeit für Zukäufe auf ermäßigtem Niveau – wie während des Corona-Crashes – bietet der Cashanteil, der momentan bei etwa 20% liegt. Eine norwegische Staatsanleihe wurde ebenfalls antizyklisch gekauft, als die Krone

gegenüber der Gemeinschaftswährung aufgrund des sinkenden Ölpreises Schwäche zeigte. Renten als Anlageklasse spielen mit ca. 11% im aktuellen Zinsumfeld allerdings eine untergeordnete Rolle.

#### Inflationsschutz im Blick

Aus Sicht des Fondslenkers ist der Schutz des Vermögens vor politisch gewollter Inflation – die dazu beitragen soll, die stark in der Kreide stehenden Staaten real betrachtet zu entschulden – essenziell. Ein wesentlicher Fokus des Eurokritikers liegt auf der Diversifikation über den Euroraum hinaus. Die Cashreserven des Fonds werden hauptsächlich in starken Währungen wie dem Schweizer Franken und der norwegischen Krone gehalten. Durch das Aufwertungspotenzial gegenüber dem Euro bieten sich Anlegern Chancen auf Währungsgewinne.

#### Fazit

Die Wertentwicklung des Fonds zeigt, dass auch mit einer defensiven Ausrichtung attraktive Renditen erwirtschaftet werden können. In den vergangenen drei Jahren erzielte der Fonds annualisiert 7,3% bei einem vergleichsweise geringen Maximum Drawdown von 16,3%. Laut Fondsstatistik von FWW (Stand: 11.6.2021) liegt der Schmitz & Partner Global Defensiv über drei Jahre mit einem Wertzuwachs von 23,4% auf Rang 5 von über 600 Fonds in der Kategorie Mischfonds defensiv Welt. Anleger investieren in ein Portfolio, das die klare Haltung dessen Managers widerspiegelt. Mit seiner Ausrichtung auf Aktien außerhalb des Euroraums sowie Edelmetalle und einem aktuell hohen Cashanteil eignet sich der Fonds zur Diversifikation von Portfolios, die hauptsächlich in Ländern der Gemeinschaftswährung investiert sind. ■

Christian Bayer



Interview

# „Die höhere Inflation ist politisch gewollt“

Gespräch mit dem Vermögensverwalter und Fondsmanager **Dr. Holger Schmitz** über die Sicht der Schweizer auf die EU, die sich verschärfende Inflation und die anstehenden Bundestagswahlen



Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Die Schmitz & Partner AG arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Dr. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA-Depotverwaltung mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.

**Smart Investor: Dr. Schmitz, Sie sind deutscher Staatsbürger, operieren aber als Vermögensverwalter aus dem schweizerischen Tessin. Wie sehen denn die Eidgenossen das, was in der EU und insbesondere in Deutschland abläuft?**

*Schmitz:* Zum einen ist man hier etwas verwundert, wie Deutschland in Sachen Corona agiert, da zuletzt wieder massive Restriktionen beschlossen wurden. Die Schweiz ist hier deutlich liberaler. Und wenn wir mal von Corona absehen, dann beunruhigt die Schweizer die Staatsverschuldung in der EU bzw. die dortige Inflation – und beides hängt aus meiner Sicht zusammen. Vor wenigen Wochen hat zum ersten Mal die Gesamtverschuldung im Euroraum die Marke von 100% in Relation zum BIP überschritten. In der Schweiz liegt diese Relation unter 30%. Da sagt man sich in der Schweiz natürlich: Warum macht Deutschland bzw. der Euroraum so stark Schulden? Damit hängt natürlich die Inflationsrate zusammen, die aktuell bei 3,8% in Deutschland liegt, aber in der Schweiz laut Statista bei nur 0,7% im Juli – damit hat das Land wirklich Preisstabilität. All das muss Auswirkungen auf den Wechselkurs haben, d.h., der Schweizer Franken wird dadurch immer stärker. Oder richtiger formuliert: Der Euro wird immer schwächer. Und das ist für die Schweiz ein Grund zur Sorge, weil damit auch die Exportfähigkeit leidet usw.

**Smart Investor: Von Politikern hierzulande hört man oft, dass Deutschland vom Euro profitieren würde und dass die Einheitswährung ähnlich stabil wäre wie die frühere D-Mark. Was sagen Sie als langjähriger Eurokritiker dazu?**

*Schmitz:* Beide Aussagen halte ich für falsch – und gefährlich. Erstens: Klar, eine schwache Währung begünstigt die Exporte zunächst – langfristig gilt aber das Gegenteil. Man muss doch nur mal historisch denken! Denn als es die D-Mark noch gab, war Deutschland Exportweltmeister, trotz, oder ich sage bewusst: wegen der harten D-Mark. Zweitens: Wenn eine schwache Währung das Land profitieren ließe, dann wären doch in der Vergangenheit, als es den Euro noch nicht gab, die Schwachwährungsländer wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien auf der Export-, Wohlstands- und Wirtschaftswachstumsskala ganz weit oben gewesen. Das waren sie aber nicht. Warum haben sich diese Länder mit den schwachen Währungen denn so gefreut, dass sie den Euro bekamen? Weil sie genau wussten, dass sie eine schwache gegen eine härtere Währung austauschen. Nur Deutschland hatte einen großen Widerstand in der Bevölkerung, weil die Bürger geahnt – oder gewusst – haben, dass sie eine starke deutsche Mark gegen einen schwächeren Euro eintauschen werden. Und genauso ist es auch gekommen. Die Einheitswährung ist bei Weitem nicht so stabil wie die frühere D-Mark. Dazu müssen Sie sich nur den Wechselkurs zu harten Währungen wie dem Schweizer Franken oder zum Gold ansehen, seit es den Euro gibt. In beiden Fällen sehen Sie, wie massiv die Kaufkraft des Euro zurückgegangen ist.

**Smart Investor: Es zeichnet sich ja schon seit Monaten ab und manifestiert sich nun auch in den Zahlen: Die Inflation kommt! Überrascht Sie das?**

*Schmitz:* Nein, überhaupt nicht. Ich habe mich in der Vergangenheit überrascht



gezeigt, dass es so lange gedauert hat: Denn wer so massiv die Geldmenge ausgedehnt bzw. aufgeblasen hat – das ist ja der Ursprung des Wortes Inflation, „Inflare“ –, ohne dass der Güterberg entsprechend gewachsen ist, der muss irgendwann damit rechnen, dass die Differenz im Wachstum der Geldmenge und der Gütermenge sich als Inflationsrate niederschlagen wird. In der Vergangenheit wurde ein Teil des übermäßigen Geldwachstums dadurch aufgefangen, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes permanent gesunken ist. Sobald das aber jetzt nicht mehr der Fall ist, muss die Inflation deutlich sichtbar werden.

**Smart Investor: War im Maastrichter Vertrag nicht die Preisstabilität als das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank festgelegt worden?**

*Schmitz:* Genau, und unter Preisstabilität sollte man eigentlich 0% Inflation verstehen. Es war schnell absehbar, dass das nicht funktioniert, und daher wurde das Ziel irgendwann modifiziert in Richtung einer Obergrenze von 2% Inflation. Viele Jahre später kam Mario Draghi und sagte: Nein, wir nehmen die 2% nicht als Obergrenze, sondern als Zielmarke. Und vor wenigen Wochen kam ein weiterer Schritt: die 2% nicht mehr als Zielmarke, sondern als symmetrische Auslegung. Das heißt, wenn die Teuerung zehn Jahre deutlich unter 2% lag, dann darf sie nun auch mal zehn Jahre deutlich über 2% liegen. Insofern ist es doch nicht überraschend, dass wir jetzt 3,8% in Deutschland haben, ohne dass die EZB einschreitet. Und da kommen wir noch zu einem anderen Punkt: Die höhere Inflation ist politisch gewollt. Nominal lassen sich die Staatsschulden doch gar nicht mehr reduzieren. Aber real kann man sie zumindest im Zaum halten, indem man höhere Inflationsraten zulässt bzw. sogar bewirkt, durch politisches Handeln – wobei politisches Handeln die Notenbanken mit einschließt.

**Smart Investor: „Das frivole Leben auf Kredit fordert früher oder später seinen hohen Preis“, zitieren Sie in Ihrem Quartalsbericht die NZZ vom 8.4.2021. Was genau wird denn der Preis sein, den wir zukünftig zu bezahlen haben?**

*Schmitz:* Dass wir irgendwann mal die Kredite zurückzahlen müssen. Und falls nicht, dann müssen wir sie ständig mit Zinsen bedienen, die ja auch nicht ewig auf null bleiben. Das heißt, wir haben bis jetzt eine Konsumorgie zulasten der Substanz gehabt. Oder wie es ein Werbefachmann formulieren würde: „Kaufe jetzt, zahle später!“ Nehmen Sie nur den aktuellen Zuschuss des Bundes zur Rentenkasse in Höhe von alles in allem rund 100 Mrd. EUR – das ist mehr als ein Viertel des gesamten Bundeshaushalts. Das ist reiner Konsum, das ist weg, und die zukünftigen Generationen dürfen das dann abbezahlen. Schon vor ein paar Jahren hat in Deutschland die Anzahl der Wahlberechtigten, die netto Geld vom Staat bekommen, die Anzahl derjenigen, die Geld an den Staat zahlen müssen, v.a. durch Steuern, überschritten. Das ist natürlich ein trauriges Ergebnis, weil sich die Politik immer an der Mehrheit orientiert – und die Mehrheit sind die Zahlungsempfänger. Das kann nicht ewig gutgehen.

**Smart Investor: In rund vier Wochen stehen Bundestagswahlen an. Wie schätzen Sie deren Ausgang ein?**

*Schmitz:* Das kann übel ausgehen. Gerade die letzten Umfragen geben drei mögliche Koalitionsvarianten her. Das eine ist Jamaica, also CDU/CSU zusammen mit den GRÜNEN und der FDP. Das wäre vielleicht noch die am wenigsten dramatische Konstellation. Dann gibt es die Ampelkoalition als rechnerische Möglichkeit, also SPD und FDP und Grüne, das wäre schon deutlich übler. Und das Allerübelste ist seit der letzten Umfrage auch wieder rechnerisch möglich – das ist nämlich Rot/Rot/Grün, also SPD, Grüne und DIE LINKE. Wenn Letzteres kommen sollte, dann sage ich: Gute Nacht, Deutschland! Und im Gegensatz zu den letzten Bundestagswahlen hat ja die SPD nicht ausgeschlossen, dass sie mit der Linken in eine Regierungskoalition gehen würde. Dann reden wir nicht über eine Vermögensteuer von 1% oder 2%, sondern z.B. über eine einmalige Vermögensabgabe von 20% oder 25%. Und dann reden wir über massive Erhöhungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

**Smart Investor: Das klingt nicht sehr hoffnungsvoll. Wie werden die Märkte reagieren?**

*Schmitz:* Bezogen auf die Währungen wird sich die Entwicklung der letzten Jahre weiter verstärken, also der Euro wird weiterhin eine Schwachwährung sein. Immer wohlgehemmt in Relation nicht zu anderen Schwachwährungen wie dem US-Dollar – da sieht man das nicht –, sondern zu harten Währungen, eben zum Franken oder auch zu Gold. An Aktien kommt man gar nicht vorbei, egal in welchem Umfeld. Mein langjähriger Mentor André Kostolany hat immer so schön gesagt: Kurzfristig ist es riskant, Aktien zu haben. Langfristig ist es riskant, keine Aktien zu haben. Und das gilt unabhängig vom Umfeld und den politischen Rahmenbedingungen. Da können wir uns die ganzen letzten Jahrzehnte in welchen Ländern auch immer anschauen – die Aktien sind und bleiben die ertragreichste Anlageform, die wir kennen. Weit vor Immobilien, auch wenn manche das immer anders sehen, aber die statistischen Wahrheiten sind nun mal da. An Aktien kommt man also nicht vorbei, und ich denke, Gold sollte ebenfalls, wie auch Silber, in kleinen Beimischungen in keinem Depot fehlen. Zudem gilt weiterhin: Finger weg von Anleihen! Denn irgendwann werden die Zinsen steigen, und selbst wenn sie auf diesem Niveau bleiben: Wir haben eine Null- oder Minusverzinsung, d.h., real betrachtet macht man mit Anleihen einen sicheren Verlust.

**Smart Investor: In Ihren beiden Fonds versuchen Sie, Ihre Meinung umzusetzen. Ist Ihnen das Ihrer Ansicht nach gelungen, seitdem Corona die Welt und die Finanzmärkte in Schach hält?**

*Schmitz:* Ja. Ich habe ja zwei Fonds, den Schmitz & Partner Global Offensiv und den Schmitz & Partner Global Defensiv. Der defensive hat das natürlich noch viel besser weggesteckt und es gab vor ein paar Wochen eine schöne Statistik, die mich sehr gefreut hat: Auf Dreijahressicht rangiert er in seiner Kategorie unter den besten fünf Fonds von über 600. Das heißt, er gehört zu den besten 1% aller Fonds in diesem Sektor. Oder noch anders formuliert: 99% aller anderen Fonds waren schlechter.

**Smart Investor: Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**

*Interview: Ralf Flierl*





**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

**Schmitz & Cie. GmbH**  
**Individuelle Fondsberatung**

Am Sommerfeld 22  
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20

Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)

[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
**Privates Depotmanagement**

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65

Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)

[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)